

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Politische Berichte



20. Juni 1981  
Jg. 2 Nr. 13

G 7756 D Preis:  
2 DM



Nato: Neue Militärstützpunkte, EG-Ausdehnung, Gewaltaktionen – Die Südostflanke soll kriegsfähig werden  
Seite 3



Japan: Massenbewegung gegen US-Militärpakt und Atomwaffen in Japan  
Seite 29



Frankreich nach den Wahlen: Die Reaktion ist geschwächt, die Arbeiterbewegung jedoch keineswegs geeint  
Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich. GNN, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Kamekestr. 19, Tel. 51 74 57.

## Inhalt

**NATO:** Neue Militärstützpunkte, EG-Ausdehnung, Gewaltaktionen: Die Südostflanke soll kriegsfähig werden ..... Seite 3

**Der Prozeß gegen DISK** dient der Zerschlagung der türkischen Gewerkschaftsbewegung ..... Seite 4

**BRD hilft dem Balkan** — im Geist der Truman-Doktrin auf eigene Rechnung ..... Seite 5

---

**Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet** ..... Seite 6

**Bayern:** Landeskriminalamt stellt Ermittlungen wegen Oktoberfest-Attentat ein ..... Seite 7

**Westberlin:** CDU-Minderheitsregierung — ein Modellfall? ..... Seite 8

**Arbeitsämter:** „Haltet den Dieb“-Kampagne der Kapitalistenverbände, die Regierung spurt ..... Seite 8

**Schwarzarbeit:** Bundestag will schärfer strafen ..... Seite 9

**IG Chemie:** Rascher Abschluß nach Streikdrohung ..... Seite 10

**Entwicklungsländer:** Schulden und Wucherzinsen beschwören die Gefahr des Zusammenbruchs ..... Seite 10

**Lambsdorff in Südkorea:** Westdeutsche Konzerne zeigen „Flagge“ ..... Seite 11

**BAföG:** Kämpfe gegen die BAföG-Kürzungen ..... Seite 12

**Öffentliche Dienste:** Dienstherr spielt mit dem Gedanken an Beamtengehaltskürzung — Werden Festgeldforderungen wieder aktuell? ..... Seite 13

**Nächste tarifpolitische Aufgaben der Gewerkschaft ÖTV** ..... Seite 14

**ÖTV gegen die Einführung des geplanten Beurteilungswesens** ..... Seite 16

**„Friedenspolitik“:** Keine Kritik am NATO-Beschluß? .. Seite 17

---

**Nachrichten aus der Arbeiterbewegung** ..... Seite 18

**Gaspreise:** DGB sammelt Unterschriften gegen 30%ige Gaspreiserhöhung ..... Seite 19

**Land Baden-Württemberg:** Vorreiter in der Beamtenbeurteilung ..... Seite 19

**Schulentwicklungsplan Hamburg:** „Wir wollen eine Schule, die Spaß macht!“ ..... Seite 20

**Polizei:** Festnahmen orientiert am Aussehen ..... Seite 21

**Evangelische Kirche:** Pfarrer spüren nicht richtig ..... Seite 21

**Umweltverseuchung:** Obst und Gemüse gesundheitsgefährdend ..... Seite 21

**Stahlindustrie:** Rationalisierung von Hoesch und Krupp in den Aufsichtsräten durchgesetzt ..... Seite 22

**„Saar-Modell“** ..... Seite 23

**Hochwasser:** Gefordert wird wirksamer Hochwasserschutz ..... Seite 23

**BMW AG:** Offene Fragen bei Angestelltenentlohnung .. Seite 24

**Daimler-Benz:** Rationalisierungsprogramm von 13 Mrd. DM ..... Seite 24

**Kostendämpfung:** Raschere Vernetzung der ganzen Lebenskraft der Arbeiter ..... Seite 25

**Gesundheitsversorgung aus der Sicht der Kapitalisten** ... Seite 26

**Stichwort Kostendämpfung** ..... Seite 27

---

**Internationale Nachrichten** ..... Seite 28

**Japan:** Massenbewegung gegen US-Militärpakt und Atomwaffen in Japan ..... Seite 29

**Südliches Afrika:** US-Konterrevolutionskurs formuliert ..... Seite 30

**Zimbabwe:** „Der Hauptfeind ist der Kapitalismus“ .... Seite 30

**Jamaica:** USA und IWF am Werk ..... Seite 31

**Parteitag der PVAP:** KPdSU und westliche Banken üben Druck aus ..... Seite 31

**US-Bergarbeiter:** 72-Tage-Streik erzwingt besseren Tarifvertrag ..... Seite 31

**Frankreich nach den Wahlen:** Die Regierung ist geschwächt, die Arbeiterbewegung jedoch keineswegs geeint ..... Seite 32

**Regierung Mauroy löst Wahlversprechen ein** ..... Seite 33

---

**Aus Kultur und Wissenschaft** ..... Seite 34

**Kunstaussstellung:** „Westkunst“: Nichts zu den arbeitenden Klassen, dafür „Freiheit“ und „unverbrauchte Moderne“ .. Seite 34

**Kriminaltango in der Kaserne** ..... Seite 35

**Konzerttournee:** Dylan: Musiker des amerikanischen Liberalismus ..... Seite 36

**Hamburg:** Evangelischer Kirchentag — „Fürchte dich nicht“ ..... Seite 36

**Grüne:** Strafanzeige gegen Bundesregierung ..... Seite 37

**Beschäftigung und Lohnhöhe** ..... Seite 38

# Neue Militärstützpunkte, EG-Ausdehnung, Gewaltaktionen: Die Südostflanke soll kriegsfähig werden

Ihre Kriegsvorbereitungen in Mitteleuropa hat die NATO in den letzten Jahren mit einer Reihe von wirtschaftlichen, politischen und militärischen Maßnahmen kombiniert, die Kriegsfähigkeit im Mittelmeerraum herstellen sollen. Systematisch soll die Kontrolle über die entscheidenden strategischen Positionen wiederhergestellt und ausgedehnt werden. Im Westen über die Aufnahme Spaniens in die NATO, im Osten über die Festigung der Stellung der NATO in Griechenland und der Türkei. Der gescheiterte Putschversuch Anfang Juni, angezettelt von Offizieren der früheren griechischen Militärjunta, stimmte ganz gut mit den NATO-Interessen gegenüber Griechenland überein.

Wenige Tage vor dem Putschversuch hatte der griechische Ministerpräsident Rallis die USA aufgefordert, bei den Verhandlungen über amerikanische Militärstützpunkte akzeptable Vorschläge zu machen, die eine Ratifizierung durch das griechische Parlament noch vor der Sommerpause ermöglichen sollen. Die Athener Regierung verlangt eigene Kontrolle über US-Einrichtungen im Land und will eine Zusage für den Einsatz von US-Truppen in der Golfregion „im voraus nicht“ geben. Kommt die Ratifizierung vor der Sommerpause nicht zustande, kann sie erst nach der Parlamentswahl im Herbst erfolgen. In der NATO wird aber mit einem weiteren Anwachsen der Stimmen für die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) gerechnet, die die Mitgliedschaft Griechenlands in der NATO ablehnt. Der Putschversuch, ob nun konsequent durchgeführt oder nur angedeutet, war eine Drohung an die Volksbewegung gegen die NATO-Mitgliedschaft und eine Warnung an die Regierung vor irgendwelchen Beschränkungen des amerikanischen Spielraums. Schon 1967 war in Griechenland nach NATO-Plänen geputscht worden.

Der Putschversuch war die vorläufig letzte einer Reihe von Gewaltaktionen im östlichen Mittelmeer, nachdem die NATO 1978 und 1979 die Beseitigung von Schwächen an der Südostflanke als strategisches Erfordernis ersten Ranges deklariert hatte.

Lang vorbei war die Zeit, wo sie das Mittelmeer als ihr unangefochtenes „westliches Binnenmeer“ betrachten konnte wie zu Beginn der 50er Jahre.

Damals waren Großbritannien und Frankreich Kolonialmächte in Nahost und Afrika mit etlichen Militärbasen wie in Libyen oder am Suezkanal. Britische und französische Mittelmeerflotten kreuzten unter NATO-Kommando. Griechenland und die Türkei konnten zur NATO-Mitgliedschaft genötigt werden, was der NATO die Kontrolle über die Meerengen, Bosphorus und Dardanellen, verschaffte. Die US-Imperialisten, die mit ihrer sechsten Flotte ständige Interventionsbereitschaft an den Mittelmeerküsten demonstrierten und 1958 auch tatsächlich im Libanon einfielen, bauten in der Türkei insgesamt 26 Militärstützpunkte mit weitreichenden Abhöranlagen, Raketenstellungen und Atomwaffen

Jahre trat ihnen die sozialimperialistische Supermacht mit der dritten Eskadra immer stärker entgegen.

Zwischen den NATO-Ländern verschärfen sich Gegensätze. Nachdem die griechische Militärjunta 1974 mit der Annexion Zyperns gescheitert und durch die Volksbewegung gestürzt war, türkische Truppen aber einen Teil Zyperns besetzt hatten, erklärte die Regierung Karamanlis den Austritt Griechenlands aus der militärischen Organisation der NATO. Mit der Kündigung des Vertrags über Heimathafenrechte wurde sechs US-Zerstörern die bisherige Basis entzogen. Die NATO-Anlagen auf griechischem Boden wurden teilweise stillgelegt, teilweise



Marineinfanterie der 6. US-Flotte im Mittelmeer bei einer Landungsübung auf Sizilien.

tragenden Bombern auf. Mit dem CENTO-Pakt wurde ein Gürtel abhängiger Staaten unter US-Oberaufsicht vom Balkan bis Westasien geschaffen. Der Iran war unter imperialistischer Kontrolle mit beherrschender Stellung am Golf.

Der Unabhängigkeitskampf der unterdrückten Länder hat die Lage an den Mittelmeerküsten gründlich verändert. Ägypten zwang die britischen und französischen Imperialisten zum Abzug aus der Suezkanalzone. In Libyen mußten die Briten und Amerikaner räumen. Mit dem Verlust von Stützpunkten und Häfen „zerfaserte“ den NATO-Strategen die Mittelmeerküste immer mehr. Ab Mitte der 60er

unter griechischer Kontrolle weiterbetrieben.

Gegenüber der Türkei verhängte der US-Kongreß 1975 unter dem Eindruck der Niederlage in Südostasien ein Waffenembargo: US-Waffen seien vertragswidrig auf Zypern eingesetzt worden. Die türkische Regierung schloß als Reaktion die US-Basen in Anatolien. Da die türkische Armee, die größte im Mittelmeerraum, weitgehend mit amerikanischen Waffen ausgerüstet war, Ersatzteillieferungen und Erneuerung aber nicht stattfand, konstatierte die NATO schon 1978 die Veraltung der türkischen Waffen. Nur ein Drittel bis maximal die Hälfte der türkischen Luftwaffe war einsatzbereit. Daran änderte nichts, daß die Bundesregierung

das US-Embargo genutzt und für 700 Mio. DM Waffen in die Türkei geschafft hatte.

Der CENTO-Pakt, in dem auch die Türkei Mitglied war, wurde durch die Revolution im Iran gesprengt. Mit der Zerschlagung des Schahregimes und dem Verlust der Kontrolle über den Iran wuchs die Bedeutung der Türkei als westlicher Basis für Interventionen am Persischen Golf. Die Flugplätze in Anatolien sind für den Lufttransport von Infanterie und Waffen in das Golfgebiet geeignet.

Interventionen auch außerhalb der NATO-Grenzen wurden ganz offen ins Auge gefaßt. So erklärte der Oberkommandierende von NATO-Süd 1979 bei der Erörterung der Lage der Südostflanke: „Wir können es uns nicht leisten, auf einer Karte saubere Linien zu ziehen und zu sagen, daß dies die NATO-Grenzen sind, die alle unsere Interessen umschließen.“ Die Lage der Türkei sei dabei aber „fraglos das ernsteste Einzelproblem“.

Auch für Druck auf den Süden der Sowjetunion wurde die Türkei für die NATO unentbehrlich: Als „Tausendmeilenfenster“ für weitreichende Radar- und Abhöreinrichtungen, als Sprungbrett für die Luftflotte, als Riegel für die Sperrung der Durchfahrt ins Mittelmeer, falls erforderlich. Daher in



Armee beherrscht das Stadtbild nach dem Militärputsch in der Türkei.

der NATO immer lauter die Forderung, die Schwächen der Flanke zu bereinigen.

Das Waffenembargo gegen die Türkei hatte die Carter-Regierung schon 1978 aufgehoben. Ein Jahr später erreichte sie die Wiederinbetriebnahme der stillgelegten amerikanischen Anlagen in Anatolien. Es folgte ein neuer Vertrag über US-Stützpunktrechte. In der Türkei selber ging die Demirel-Regierung unter dem Druck der Imperialisten mit blutiger Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse vor, beseitigte die gesetzliche Grundlage der Nationa-

lisierung der Bergwerke und erleichterte ausländische Investitionen.

Das Urteil der NATO über diesen Kurs Mitte letzten Jahres fiel durchaus positiv aus, aber vermischt mit der Sorge, ob die Regierung das Programm bis zum Schluß durchziehen könne. Der Militärputsch vom September beseitigte störende parlamentarische Rücksichten. Daß die NATO bei diesem Putsch die Hand im Spiel hatte, ist in amerikanischen Soldatenzeitungen ein offenes Geheimnis. Der türkische General Saltik wird als Verbindungsmann der Putschisten zur NATO genannt. Mit dem Manöver Anvil Express 80, das zu gleicher Zeit bei den Meerengen im türkischen Thraxien durchgeführt wurde unter Beteiligung von sechs Staaten, war eine Reserve für alle Fälle in der Nähe. Mit einem weiteren Manöver Anfang dieses Jahres mit Truppen aus der BRD, Belgien, Italien, Großbritannien und den USA demonstrierte die NATO weiter Präsenz.

Ohne umfassende wirtschaftliche Bindung der Länder im östlichen Mittelmeer an Westeuropa sind sie nicht unter fester Herrschaft der NATO. Insbesondere die westeuropäischen NATO-Staaten fordern daher die Ausdehnung der EG auch auf die Türkei. Schon vor zwei Jahren wurde als „ungelöstes strukturelles Problem“ bezeichnet, daß die „strategischen Gren-

## Der Prozeß gegen DISK dient der Zerschlagung der türkischen Gewerkschaftsbewegung

Am 22. April ließ die Militärjunta den Prozeß gegen 300 hauptamtliche Funktionäre der türkischen Gewerkschaft DISK eröffnen. Die Anklage stützt sich auf die Artikel 141 und 146 des türkischen Strafgesetzbuches. Danach wird zum Tode verurteilt, wer mehrere oder alle Zusammenschlüsse leitet, deren Ziel darin besteht, „die Herrschaft einer Gesellschaftsklasse über die anderen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu beseitigen beziehungsweise eine der wirtschaftlichen oder sozialen Institutionen des Landes umzustürzen.“ (Artikel 141) Die DISK wurde durch ihren Vorsitzenden Abdullah Bastürk vertreten. Nach einer formellen Eröffnung des Verfahrens und einer Erklärung des Vorsitzenden der DISK ließ der Richter den Prozeß auf den 18. Mai verschieben mit der Begründung, daß er nicht wisse, ob das Militärgericht den Fall übernehmen wolle.

Die am 12. September 1980 durch Putsch an die Macht gekommene türkische Militärregierung hatte zunächst alle drei Gewerkschaftsverbände verboten, die Türk-Is mit einer

Million Mitglieder, die faschistische Gewerkschaft, die etwa 5000 Mitglieder hat, und die DISK, die zum damaligen Zeitpunkt über 500000 Mitglieder hatte. Das Verbot gegen Türk-Is wurde teilweise aufgehoben. Die Türk-Is darf auf überregionaler Ebene tätig werden, mußte aber genauso wie die DISK die Gewerkschaftsbüros auf örtlicher und betrieblicher Ebene schließen. Inzwischen wurde auch die Yol-Is, Bauarbeitergewerkschaft im Türk-Is, verboten, weil sie laut Satzung von der Wissenschaft der Arbeiterklasse ausgeht.

Die Militärregierung ließ das Eigentum der DISK beschlagnahmen. Drei Kuratoren der Regierung sind mit der Verteilung des Vermögens beschäftigt. So wurde ein großes Ferienhaus der kommunalen Arbeiter der Gewerkschaft Genel-Is einer türkischen Fremdenverkehrsbank für zehn Jahre zur Verfügung gestellt. Trotz Verbot der DISK werden die Gewerkschaftsbeiträge der Mitglieder weiterhin durch die Kapitalisten eingezogen und an die DISK-Kuratoren übersandt.

Das Verbot und die Verfolgung der DISK diente und dient u.a. der direkten Unterdrückung der Lohnforderungen der Arbeiter. Der Nationale Si-

cherheitsrat setzte eine neunköpfige Schiedskommission ein, die die Löhne der Arbeiter festlegt. Von den neun Personen sind sieben Vertreter der Regierung und der Kapitalisten, und zwei sind Vertreter der Türk-Is. Das Tarifrrecht ist aufgehoben.

Eine der ersten Auswirkungen ist die Festsetzung der neuen Mindestlöhne, die im Frühjahr stattfand. Eine Mindestlohnkommission setzte die Mindestlöhne auf 10000 Lira (heute ca. 200 DM) fest. Vor drei Jahren hatte die letzte Mindestlohnerrhöhung stattgefunden. Nach Berechnungen der Türk-Is ist für eine fünfköpfige Familie ein Mindestlohn von monatlich 46000 Lira notwendig (umgerechnet 1000 DM). Eine ähnlich einschneidende Maßnahme wurde vor kurzem beschlossen. Prämien dürfen danach nur noch viermal im Jahr ausgezahlt werden. 1976 hatten diese Prämienzahlungen in 13 Produktionszweigen einen Anteil von 47,3% am Lohn.

Der Internationale Metallarbeiterbund hat sich am 24. April gegen die Auflösung der DISK und für die Wiedereinsetzung der Gewerkschaftsfreiheit in der Türkei ausgesprochen, ebenso der Europäische Gewerkschaftsbund.

zen Westeuropas“ (gemeint sind die Grenzen der Türkei zur Sowjetunion und zum Nahen Osten) nicht mit den politisch-ökonomischen Grenzen Westeuropas zusammenfallen (Marine Forum, September/Oktober 1979). Mit „Türkeihilfe“ und Rüstungsprogrammen – gegenwärtig hauptsächlich aus der BRD – soll die Türkei in eine Lage versetzt werden, wo nichts als die Angliederung an die EG übrigbleibt.

Ein Türkeiforum der westdeutschen Südosteuropagesellschaft hat im letzten Jahr gute Gründe für eine EG-Mitgliedschaft der Türkei zusammengetragen. „Politische Stabilität“, also Botmäßigkeit, stand ganz oben. Aber auch ein neuer Markt von 45 Millionen Menschen, der mit einigen westlichen Erschließungsinvestitionen ganz gut geöffnet werden könnte, sowie ein riesiges Arbeitskräftereservoir seien nicht zu verachten. Westdeutsche Handels- und Industrieniederlassungen in der Türkei schließlich sollen die Expansion in den Nahen und Mittleren Osten erleichtern.

Mit tiefer Befriedigung verbuchte die NATO den Wiedereintritt Griechenlands in die militärische Organisation und die Unterstellung der Truppen unter NATO-Oberkommando im Oktober letzten Jahres und die Eingliederung Griechenlands in die EG zum 1.1.1981. Nicht einmal die griechische Regierung, die die EG-Aufnahme betrieben hat, kann bestreiten, daß sich die Lage der griechischen Arbeiter und Bauern in der nächsten Zeit dadurch verschlechtern wird.

Die Zwischenbilanz der NATO-Ministerratstagung im letzten Dezember über die Herstellung der Kriegsfähigkeit an der Südostflanke war positiv: „Der Zusammenhalt der Südostflanke ist durch kürzliche positive Entscheidungen, die diese Gebiete betreffen, gestärkt worden, und die Fähigkeit des Bündnisses zur Abschreckung und Verteidigung dadurch beträchtlich gestiegen.“ Das Thema bleibt auf der NATO-Tagesordnung. Im Mai haben die Minister der Euro-Gruppe der NATO über die Umstände von Truppenentsendungen außerhalb des NATO-Gebiets verhandelt. Es könne erforderlich werden, „daß Mitglieder des Bündnisses Dislozierungen außerhalb des NATO-Gebiets zur Förderung der lebenswichtigen Interessen aller erleichtern.“ Sollte das nicht auf die Türkei und auf Interventionsvorbereitungen am Golf gemünzt gewesen sein? Mit weiteren Gewaltaktionen der NATO an der Südostflanke ist zu rechnen. Es kann den Imperialisten aber auch passieren, daß sie die Rechnung ohne den Wirt, in diesem Fall die Völker der Türkei und Griechenlands, gemacht haben. Es wäre nicht das erste Mal.

## BRD hilft dem Balkan — im Geist der Truman-Doktrin auf eigene Rechnung

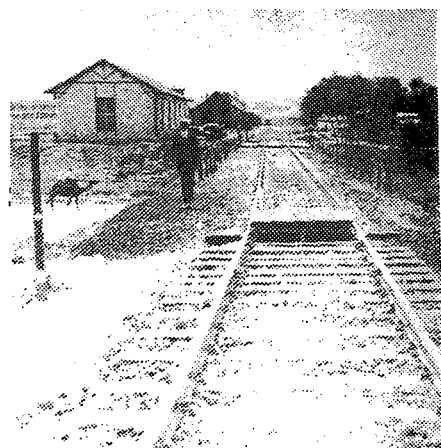
Im März 1947 beantragte US-Präsident Truman 400 Mio. Dollar für Griechenland und die Türkei, Entsendung amerikanischen Militär- und Zivilpersonals in beide Länder und Ermächtigung zur Unterweisung und Ausbildung ausgewählten griechischen und türkischen Personals, alles als Hilfe gegen die Gefahr, daß „totale Regierungsformen, die freien Völkern durch direkte oder indirekte Aggression auferlegt werden, die Grundlagen des internationalen Friedens und damit die Sicherheit der Vereinigten Staaten untergraben“.

Die Regierungen der wiedererstarkten deutschen Imperialisten bemühten sich frühzeitig, Trumans Behauptung „Wir sind das einzige Land, das diese Hilfe geben kann“ praktisch zu entkräften. Schon 1954 konnte der Kanzler der BRD, Adenauer, „Hilfe“ anbieten. Nach seinen Besuchen in Griechenland und der Türkei, mit der die BRD ihre Politik der Zerstörung des Balkanpaktes und die Integration Griechenlands und der Türkei in den Gemeinsamen Markt einleitete, schrieb die französische Zeitschrift „Le Monde“ mit aufmerksamem Mißtrauen über die „meisterhafte Art“, mit der „die deutsche Diplomatie einen Weg in den Orient wiedereröffnet“ habe. Adenauer sei in den USA noch als Kunde, auf dem Balkan jedoch als Regierungschef, ja als „Champion der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ aufgetreten.

In der Folge bekräftigten die westdeutschen Staatsmänner die besonderen Bande bei ihren Besuchen, so Bundespräsident Heuss 1958, der die Wahrung von nationaler Sicherheit und menschlicher Freiheit der türkischen Regierung als „den letzten Sinn der Atlantischen Gemeinschaft“, den „wir, Türken wie Deutsche, begreifen“, schmackhaft machte.

Mit Brandt kam 1968 ein Schub westdeutschen Kapitals in die Türkei, 175 Mio. DM im Rahmen des Türkei-Konsortiums der OECD und weitere Kredite, u.a. für den Fernsehsender in Istanbul. Die BRD wurde der größte Handelspartner der Türkei. Diese mußte 70 ihre Ausfuhr von Tabak, Trockenfrüchten, Baumwolle steigern, um sich die Maschinen und Transportmittel aus der BRD leisten zu können. Die technische Hilfe der BRD erstreckte sich bereits auf Ausbildung und Ausrüstung der türkischen Verkehrspolizei, später auch Ausbildung von Offizieren.

Die griechischen Regierungen leisteten dem Vordringen westdeutschen Kapitals größeren Widerstand als die der Türkei. Internationales Ärgernis erregte Außenminister Schröder 1964, als er gegen den Protest der griechischen Regierung die Schulden von 1,3 Mrd. Reichsmark, die die nationalsozialistische Regierung bei der Bank von Griechenland gemacht hatte, einfach als erledigt betrachtete und sie sozusagen vom „deutschen Beitrag zu den Verteidigungsaufwendungen im Rahmen der NATO“ abgezogen haben wollte. Zu erwähnen sind die Verdienste des Verteidigungsministers Strauß bei der Hineinzwängung Griechenlands in den Gemeinsamen Markt. 1960 stellte er in Athen weitere Aufträge für die griechische Rüstungsindustrie in Aussicht, um ihre laufende Beschäftigung zu sichern, da sie fast ausschließlich für die Bundeswehr arbeite. Er habe *nicht* über Nachschubdepots für die deutschen Streitkräfte in Griechenland verhandelt. Nichts hielt aber die BRD-Regierung davon ab, Griechenland wie ihre Basis zu



Die Bagdad-Bahn, gebaut von der Deutschen Bank und Siemens

behandeln, als sie 1972 den Professor Mangakis durch eine Bundeswehrmaschine unter Aufsicht des deutschen Botschafters entführen ließ.

1962 wurden NATO-Raketenbasen auf Kreta stationiert. 1964 erhielt der Ständige Rat der NATO den Auftrag, die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder zu beschleunigen, um die „Verteidigungsstruktur der Südostflanke der NATO“ zu verbessern. Die BRD versetzte sich damit in die Lage, ihre Investitionen auf dem Balkan als Verteidigungsbeitrag in Anschlag zu bringen.



## Wahlen in Irland

Premierminister Haugheys Fianna Fail Partei verlor die irischen Parlamentswahlen am Samstag vor allem auf dem Land. Die Bauern machten Haughey für die katastrophalen Auswirkungen der EG-Agrarpolitik auf die irische Landwirtschaft verantwortlich. Fianna Fail hat jetzt nur noch 78 der 166 Parlamentssitze. Fine Gael erreichte 65 Sitze, Labour-Partei 15. Acht unabhängige Kandidaten wurden gewählt. Wer die neue Regierung bildet, ist ungeklärt, da komplizierte Koalitionsverhandlungen geführt werden müssen. — Zwei der acht unabhängigen Kandidaten sind Gefangene aus dem britischen Maze-Gefängnis in Nordirland, die aus den Zellen heraus kandidierten. Mehr als 43000 Iren stimmten für die H-Block-Gefangenen. Der Kampf in Nordirland erhält weltweit, gerade in der Dritten Welt, Hilfe. 100 Veteranen des indischen Befreiungskampfes demonstrierten am 21.5. vor der britischen Botschaft in Delhi für die Forderungen der Hungerstreiker. 500 Iraner demonstrierten am 13.6. in Frankfurt in Unterstützung des irischen Befreiungskampfes. In Teheran wurde eine Straße nahe der britischen Botschaft in „Bobby-Sands-Straße“ umbenannt.

## Politische Berichte



Interdisziplinäre Lohnstandard und Gewerkschaftsbewegung

In der 5-teiligen Reihe Politische Berichte/Arbeitshefte ist bisher erschienen: Arbeitsheft 1, Lohnstandard und Gewerkschaftsbewegung. Die Reihe versucht, einige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Politik der Revolutionäre und der Linken seit Mitte der 60er Jahre zu liefern. — Zu beziehen über: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte, 5000 Köln, Kamekestr. 19.

## Bauern: Beschleunigte Verschuldung

Auf fast 40 Mrd. DM sind 1980 die Schulden der Bauern gestiegen. Sie stiegen damit von 1977 bis 1980 ebenso schnell wie im gesamten Zeitraum 1970 bis 1977, nämlich um ca. 24%. Die Zinszahlungen der Bauern haben sich seither auf 2,6 Mrd. DM fast verdoppelt.

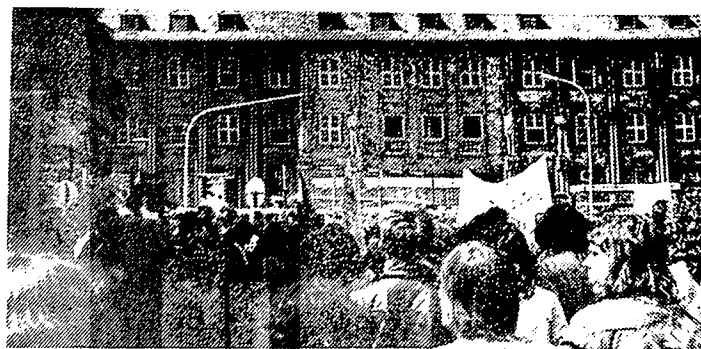
## „Keine Nachrüstung ...“

„... auch nicht im Zivildienst!“ Unter dieser Parole führten die Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden bundesweit Aktionen durch. Sie protestierten gegen die angekündigte Novelle zum Zivildienst, die u.a. dessen Verlängerung auf 20 Monate vorsieht, fordern die Abschaffung des Prüfungsverfahrens und Rücknahme des NATO-Mittelstreckenraketenbeschlusses. — Die CDU will jetzt durchsetzen, daß Kriegsdienstverweigerer unter den Hausbesetzern nachträglich zum Wehrdienst gezogen werden.

## BRD-Kapitalexport als Brückenkopf

„Deutsche Industrie sucht Auslands-Brückenköpfe“, meldet das „Handelsblatt“. Nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW, Wirtschaftsinstitut des BDI) ist der westdeutsche Kapitalexport 1980 auf 8,2 Mrd. DM angestiegen. Damit sind nach Angaben des IW die Investitionen der BRD-Imperialisten im Ausland auf rund 74 Mrd. DM angewachsen und damit rund 3½mal so hoch wie 1970. Dem „deutschen Rekord“ (Handelsblatt) stehe ein Tief der imperialistischen Konkurrenten gegenüber, deren Kapitalexport in die BRD 1980 der zweitniedrigste in den letzten zehn Jahren gewesen sei.

Den Beginn des sprunghaften Anstiegs der Kapitalexporte des westdeutschen Finanzkapitals datiert der BDI auf die frühen 70er Jahre. Also genau auf den Zeitpunkt, als die westdeutsche Bourgeoisie begonnen hat, gegen die Arbeiterklasse in Westdeutschland ihren Restriktionskurs zur Gewinnssanierung zu steuern. Als Gründe für die Zunahme des Kapitalexports der westdeut-



Über 4000 Menschen beteiligten sich am 13.6. in Heidelberg an einer Demonstration unter den Hauptforderungen: Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen, atomwaffenfreie Zone in Europa, Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen. Auf der Abschlußkundgebung sprachen ein Vertreter der Aktionseinheit, des BWK, der Lateinamerikakomitees und RA Croissant. Eine Grußadresse des Landesverbandes der Judos wurde verlesen.

schen Kapitalisten nennt das IW: — Die Aufwertungstendenzen der DM zu Beginn der 70er Jahre hätten den Kapitalexport verbilligt; — die Kapitalisten hätten versucht, in Niedriglohnländern zu investieren; — vor allem aber sei der Kapitalexport schließlich die beste Garantie für die Sicherung von Absatzmärkten in den jeweiligen Ländern.

Der größte Teil der Investitionen entfällt auf die Länder der imperialistischen Konkurrenz. Einerseits Länder wie Belgien und Luxemburg, die die BRD in ihre Abhängigkeit bringen will, andererseits den Hauptkonkurrenten auf dem Warenmarkt USA. Den Bestand der westdeutschen Investitionen in den USA beziffert das IW auf 15,7 Mrd. DM.

## Autofahren immer unerschwinglicher

Nach der Erhöhung der Mineralölsteuer und bereits drei Benzinpreiserhöhungen schossen jetzt die Benzinpreise zum fünften Mal in diesem Jahr in die Höhe. Benzin kostet jetzt durchschnittlich 1,45 DM pro Liter, 20,5 Pf. mehr als Ende 80. Für 1 l Super sind an den Autobahntankstellen schon 1,52 DM zu zahlen. Die Arbeiterbevölkerung konnte diese ständigen Erhöhungen nicht durch entsprechende Lohnerhöhungen ausgleichen. Der Verbrauch von Motorenbenzin sank, obwohl die PKW-Zahlen noch stiegen, in den ersten vier Monaten 1981 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,3%, der Verbrauch von Dieseldieselkraftstoff um 3,9%. Insgesamt

nahm der Verbrauch der wichtigsten Mineralölprodukte, neben den genannten noch leichtes und schweres Heizöl, um 18,2% ab. Der erzwungene „Verzicht“ kostet die Arbeiterbevölkerung zuerst einmal Zeit (längere Fahrtzeiten usw.). Gelingt den Kapitalisten, diese Produkte weiter aus ihrem Konsum zu drücken, sinkt der Wert der Arbeitskraft und gesetzmäßig der Lohn.

## Kriminelle und terroristische Vereinigung

Am 16.5. hat die Sonderkommission der Kripo Kiel Hausdurchsuchungen und ED-Behandlung bei sieben Mitgliedern der BUU Itzehoe und Bewegung „Weiße Rose“ durchgeführt. Gegen diese sieben wird ermittelt wegen Bildung einer kriminellen (§129) bzw. terroristischen Vereinigung (§129a). Über 500 Exemplare des „Rundschreibens“, Zeitung der Bürgerinitiative, wurden beschlagnahmt. Die Sonderkommission ist eingesetzt worden, um Brandanschläge im Raum Itzehoe auf am Bau des KKW Brokdorf beteiligte Firmen zu klären. BUU und „Weiße Rose“ haben u.a. den Brief der Aktionseinheit M. Duffke veröffentlicht, die an fünf Stellen gleichzeitig Brände bei am Bau befindliche Firmen gelegt haben, wobei 61 LKWs in Flammen standen bzw. beschädigt wurden. Die Presse hat diese Information unterdrückt, die Bürgerinitiative hat sie als richtige Maßnahmen im Kampf gegen das KKW Brokdorf vertreten.

Bayern

## Landeskriminalamt stellt Ermittlungen wegen Oktoberfest-Attentat ein

Die Sonderkommission „Oktoberfest-Attentat“ des Bayerischen Landeskriminalamts wurde jetzt aufgelöst und die Akten der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe überstellt. Am 26. September 1980 waren bei diesem Bombenanschlag 13 Menschen getötet und 217 verletzt worden. Generalbundesanwalt Rebmann erklärte zum Ermittlungsergebnis, der Verdacht, daß der bei dem Attentat ums Leben gekommene Gundolf Köhler Mittäter gehabt habe, sei durch die Ermittlungen nicht widerlegt worden, wenn er auch keine Bestätigung gefunden habe.

Dieses dürftige Ermittlungsergebnis war vorgegeben. In einer Erklärung der Bayerischen Staatsregierung vom 30. September 1980 wurde angewiesen: „Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen spricht alles dafür, daß es sich um die Tat eines Einzelnen gehandelt hat. Der Versuch, sie als organisiertes Verbrechen der Wehrsportgruppe Hoffmann zu konstruieren und gleichzeitig der Staatsregierung vorzuwerfen, diese Organisation verharmlost und nicht nachdrücklich genug beobachtet zu haben, ist in sich zusammengebrochen.“

Zwar waren unmittelbar nach dem blind brutalen Bombenanschlag in mehreren Wohnungen von Anhängern der Wehrsportgruppe Hoffmann Sprengstoff, Zündkapseln und 10,5-cm-Kartuschen gefunden worden und wurde Hoffmann festgenommen, da feststand, daß Köhler zumindest an Wehrübungen des Hoffmann teilgenommen hatte. Nach zwei Tagen wurde er jedoch wieder freigelassen. Vier Mitglieder einer „Wehrsportgruppe Schlageter“ und einer „Kampfgruppe Schwarzwald“, zu denen Köhler ebenfalls Verbindungen hatte, ließ man ins Ausland ausreisen.

Franz Josef Strauß lieferte dann mit seiner „Agenten-Theorie“ weiteres Material, um die Sache zu verdunkeln. Die Wehrsportgruppe Hoffmann sei möglicherweise von DDR-Agenten unterwandert worden, um die Bundesrepublik in Mißkredit zu bringen, so die wüste Spekulation, für die Strauß jeden Beweis schuldig blieb.

Der weitere Ermittlungsgang diene dann bloß noch der Untermauerung, daß der Tote der Attentäter gewesen sei und ansonsten nichts zu klären sei. Mitteilung der Sonderkommission vom 28. Oktober 80: Gesucht werden zwei Männer, die unmittelbar vor der Explosion mit Köhler sprachen. „Nach Sachlage hat sich der Verdacht erge-

ben, daß auch sie in das Attentat verwickelt waren.“ Zwischenbericht des Generalbundesanwalts vom 14. November 80: Die Ermittlungsbehörden konnten nicht klären, „ob er als Alleintäter gehandelt oder ob er einer Gruppe angehört und gemeinsam mit deren Mitgliedern die Tat geplant und verübt habe. Auch über mögliche Motive Köhlers sei man sich noch nicht im klaren“. Bundesanwaltschaft 16. November 80: „Vage sind derzeit die Hinweise, die für eine Verbindung von vier kürzlich im Libanon spurlos verschwundenen mutmaßlichen deutschen Rechtsextremisten zu Gundolf Köhler sprechen.“ Rebmann, 18. Dezember 80: „Die Zeugenvernehmungen hätten ergeben, daß Köhler zur Zeit der Münchner Tat keine Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen unterhalten habe.“

Entsprechend häuften sich die Klagen, daß Zeugenaussagen mißachtet wurden. So schrieb ein Rechtsanwalt in einem Leserbrief an die „Süddeutsche Zeitung“ am 23. Dezember 80 von Beobachtungen mehrerer Zeugen, die in der Nähe der Explosionsstelle einen Unbekannten gesehen hatten, der versuchte, Leute fernzuhalten, unmittel-

Leute. Einer kann das physisch und psychisch nicht allein schaffen.“

Was blieb, war der Schrei nach verstärkter Sicherung der öffentlichen Ordnung durch die Staatsgewalt. In der schon zitierten Erklärung der Staatsregierung vier Tage nach dem Attentat hieß es: „Für eine umfassende Wertung des Verbrechens ist es jetzt noch zu früh. Festzuhalten bleibt jedoch, daß die Bundesregierung mit Innenminister Baum an der Spitze seit langem die Gefahren des Terrorismus verharmlost, die Sicherheitsorgane verunsichert und die staatliche Autorität geschwächt hat ... Die Bayerische Staatsregierung fordert die Bundesregierung auf, endlich gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahren des Terrorismus zu bannen.“

Taten folgten. Eine Protestkundgebung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN) anläßlich des Bombenanschlags auf dem Münchner Oktoberfest wurde im Septemberbericht des Verfassungsschutzes unter dem Kapitel „Linksextreme Aktivitäten und Bestrebungen“ verzeichnet. Gegen einen Lehrer und einen Arzt wurde Strafantrag gestellt, weil sie auf der Trauerfeier Plakate trugen „Wir trauern um die Opfer der faschistischen Mörderbande“. Sie wurden jetzt vom Amtsgericht München zu je 800 DM Geldstrafe wegen Verstoßes gegen das Versamm-



bar bevor die Bombe explodierte. „Die Reaktion der Polizei auf Angaben dieser Art erscheint mir mehr als merkwürdig. Wird man von einer erneuten Fahndungspanne der Strafverfolgungsbehörden sprechen müssen?“ Ebenso gibt es Zeugenaussagen, daß Köhler vor dem Anschlag gesagt hatte: „Für eine solche Sache braucht's zwei

lungsgesetz verurteilt. Nach Ansicht von Staatsanwaltschaft und Gericht hätte diese Spontan-Reaktion der beiden Verurteilten vorher bei den Behörden angemeldet werden müssen – entsprechend der Regierungserklärung von Strauß, daß die Staatsregierung die Verschärfung des Demonstrationsrechts weiter verfolgen werde.

## CDU-Minderheitsregierung — ein Modellfall?

Die schweren Auseinandersetzungen in der SPD haben bereits eine Reihe von Landesregierungen, in denen die SPD Regierungsverantwortung innehatte, in Krisen gestürzt. Der Ausgangspunkt liegt in den weitgehend von der FDP geprägten Koalitionsvereinbarungen und der entsprechenden Politik der Bundesregierung. Sie ist nicht mehr tragbar für einen beträchtlichen Teil der SPD-Mitgliedschaft. Die CDU/-CSU macht Pluspunkte, und es scheint immer mehr Sozialdemokraten bis hinein in den Bundesvorstand zu geben, denen die Rolle der Oppositionspartei als direkt erstrebenswert gilt. So ist auch die Westberliner SPD geschlossener als beispielsweise während der gesamten Regierungsverantwortung Dietrich Stobbes. Hans Jochen Vogel wird in der Stadt bleiben und den Fraktionsvorsitz übernehmen. Es zeichnet sich eine bessere Zusammenarbeit der Parlamentsfraktion der SPD mit den örtlichen Gewerkschaftsvorständen ab.

Es zeichnen sich aber vor allem eine Reihe von Gefahren ab. Sicher, die Wahl des Weizsäcker-Senats war nicht überzeugend. Der Weingroßhändler und neue Wirtschaftssenator Elmar Pieroth fiel beim ersten Wahlgang durch ... Die Unterstützung von einem Teil der FDP-Fraktion ist nicht gesichert, gerade auch auf Grund der Auseinandersetzungen in der Westberliner FDP. Die Reaktion kann also nicht „marschieren“. Aber sie hat die Macht, und das bedeutet viel. Es bedeutet eine Gewichtsverlagerung der Politik des Senats. Westberlin hat eine eigentümliche soziale Struktur. Mehr als 50% aller Haushalte sind Einzelhaushalte, es gibt über 200000 Ausländer in der Stadt, davon 100000 Türken. Gegen die Ausländer entfaltet die Reaktion Hetze. Sie werden für die teilweise menschenunwürdigen Lebensverhältnisse verantwortlich gemacht. In keinem Ort der Bundesrepublik leben so viele vom Sozialamt wie in Westberlin. Gegen sie entfaltet die Reaktion Hetze. Auch sie werden verantwortlich gemacht für die Zustände in der Stadt. Die Hausbesetzer sind ein Teil der Jugendbewegung. Sie haben zur Arbeiterbewegung, zu den Gewerkschaften im wesentlichen keine Beziehungen. Die Reaktion entfaltet gegen diese Jugendlichen Hetze auf der Linie: „Tausende suchen geduldig Wohnungen, aber eine Minderheit bricht aus egoistischen Motiven heraus das Recht.“ Die soziale Demagogie und der Chauvinismus der CDU sind nicht ohne Boden. Ein Stimmenanteil

von 48% beweist dies. Die Gefahr sozial-demagogischer Strömungen gestützt durch den Senat ist real vorhanden. Wie dagegen vorgehen?

Die beiden Oppositionsparteien SPD und AL sind ganz verschieden. Während die SPD ihre vorhandenen guten Beziehungen zur Gewerkschaftsbewegung herausstellt und sich als Anwalt der arbeitenden Menschen profilieren will, setzen vor allem die Jugendlichen (25% der Erstwählerstimmen gingen an die AL) ihre Hoffnungen auf die Alternative Liste.

Die Unabhängigkeit und der fortschrittliche Prozeß innerhalb der DGB-Gewerkschaften steht auf dem Spiel, wenn sich die Gewerkschaftsbewegung, die in Westberlin leider nur unterdurchschnittlich von den Industriegewerkschaften geprägt wird, benutzen läßt als Instrument des Reformismus der SPD. Die Jugendbewegung in der Stadt ist in Gefahr, durch

die Mobilisierungsanstrengungen der CDU ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren. Die CDU wird auch unter dem Innensenator Lummer nicht sofort daran gehen, die Häuser zu räumen. Aber sie wird mit Nachdruck dafür arbeiten, die Stimmung für solche Aktionen herzustellen.

Die Arbeiterbewegung kann ihre Position nur ausbauen, wenn sie die Unabhängigkeit gegenüber der SPD bewahrt. Die Jugendbewegung kann nur Erfolge erzielen, wenn sie das Bündnis mit der Gewerkschaftsbewegung sucht. Es wird sich noch zeigen müssen, ob die AL-Abgeordneten dazu in der Lage sind bzw. ob sie es überhaupt wollen. Es ist zur Zeit noch kein Urteil darüber möglich. Es ist aber auch ganz und gar nicht die Aufgabe der Revolutionäre, lediglich Urteile zu fällen. Sofern die AL-Abgeordneten nicht auf Unterstützung verzichten, soll man sie unterstützen, im Interesse einer wirkungsvollen Bekämpfung des CDU-Senats.

### Arbeitsämter

## „Haltet den Dieb“-Kampagne der Kapitalistenverbände, die Regierung spurt

Wie bereits 1974/75 weist die Kasse der Bundesanstalt für Arbeit auch mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ein hohes Defizit auf. Auf 28,4 Mrd. DM einschließlich Nachtrag werden die Kosten, auf 19,9 Mrd. die Einnahmen der „Arbeitsverwaltung“ in diesem Jahr veranschlagt. Runde 8,5 Mrd. fehlen. 3,5 Mrd. werden den Trägern der Rentenversicherung von der Regierung entzogen, weitere 4,2 Mrd.

DM werden aus dem Haushalt des Sozialministeriums zugeschossen.

Die Regierung hat den Kapitalisten bereits zugesagt, bis zur Beratung über den Haushalt 1982 Ende Juli die „Leistungsgesetze“ zu prüfen und Eingriffe vorzubereiten. „der arbeitgeber“, Organ der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, kommentiert die Haushaltsberatungen befriedigt: „Auf Drängen der Arbeitgeber hin zeichnet

### Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit

Jahr	1970	1974	1975	1976	1977	1978(1)	1979	1980
<i>Einnahmen in Mio. DM ohne Bundeszuschüsse, Darlehen u.ä.</i>								
Beitragsaufkommen .....	3097	6444	7786	12497	13773	14740	15926	17321
Umlage der Bauwirtschaft .....	—	931	822	775	754	729	786	906
Konkursausfallgeld .....	—	71	262	268	276	223	213	206
Zusammen: .....	3097	7446	8870	13540	14803	15692	16925	18433
<i>Ausgaben in Mio. DM ohne Arbeitslosenhilfe</i>								
Förderung der beruflichen Bildung .....	782	2128	2865	2178	1491	1623	2230	2925
Förderung der Arbeitsaufnahme .....	127	123	186	273	382	600	763	726
Berufliche Rehabilitation .....	67	393	434	453	479	554	1049	1650
Arbeitsbeschaffung .....	14	32	127	170	581	796	1032	1025
Kurzarbeitergeld .....	12	677	2207	990	594	596	334	471
Schlechtwettergeld (Bau) .....	1222	532	396	678	576	744	1597	983
Wintergeld und Mehrkostenzuschüsse (Bau) .....	38	854	707	564	770	714	567	948
Arbeitslosengeld .....	651	3552	7765	6906	6283	6270	7468	8110
Konkursausfallgeld .....	—	71	262	268	276	223	213	206
Verwaltung, Sonst. ....	899	1745	2093	2133	2294	3980(1)	2801	3046
Zusammen: .....	3821	10107	17042	14613	13726	16100	18054	20090

(1) In den Angaben für 1978 sind die Leistungen an die Rentenversicherungsträger für das 2. Hj. 78 im Umfang von 1450 Mio. DM pauschal unter dem Titel Verwaltung aufgeführt. — Quelle: Bundesarbeitsblatt 4/81



sich ab, daß die Bundesregierung bereit ist, einige Bestimmungen über den Bezug des Arbeitslosengeldes neu zu regeln, um auf diesem Wege eine mißbräuchliche Inanspruchnahme von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu verhindern.“

Der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung liegt gegenwärtig bei 3% auf den Bruttolohn, jeweils zur Hälfte von den Lohnabhängigen und Kapitalisten gezahlt. Langt dieser Beitragssatz etwa nicht?

Für den gegenwärtigen Leistungssatz an Arbeitslose (68% des Nettolohns) würden die Beitragseinnahmen vollständig reichen. Das zeigt nicht nur die Haushaltsbilanz in der nebenstehenden Übersicht. Die Arbeitslosenquote müßte schon deutlich über 5% ansteigen, daß die 3% Beitragseinnahmen auf die jährliche Bruttolohnsumme nicht mehr reichen würden, um den Lohnabhängigen ohne Beschäftigung  $\frac{2}{3}$  ihres vorhergehenden Nettolohns zu zahlen, und zwar *allen und für die gesamte Dauer der Beschäftigungslosigkeit*.

Zur Beurteilung der Kassenlage der Bundesanstalt muß weiter bedacht werden: 1. diese 5%-Arbeitslosenquote hat ja keineswegs die ganze Zeit zwischen 1970 und 1980 bestanden. Es müßte so betrachtet gehörig Geldvorrat gebildet worden sein. 2. Arbeitslos Gemeldete und Empfänger von Arbeitslosengeld sind etwas Verschiedenes: Im Jahresdurchschnitt 1980 z.B. waren 889000 arbeitslos gemeldet, jedoch bloß 454000 von ihnen oder 51,1% erhielten überhaupt Arbeitslosengeld. Die aus Steuermitteln bezahlte und je nach Bedürftigkeit gewährte Arbeitslosenhilfe macht diese Verhältnisse ja um keinen Deut annehmbarer, im Gegenteil.

Der Grund für die Zahlungsunfähigkeit der Bundesanstalt für Arbeit liegt in der in großem Stil betriebenen Abwälzung von Ausbildungskosten, Wiederherstellungskosten und direkten Lohnkosten der Arbeitskraft auf die „Arbeitsverwaltung“. Zum Vergleich: Im Jahre 1978 lagen die gesamten öffentlichen Ausgaben für das berufliche Schulwesen einschließlich Fachschulen bei 4,9 Mrd. DM. Die Kosten für Förderung der beruflichen Bildung, der Arbeitsaufnahme, berufliche Rehabilitation bis zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die alle darauf gerichtet sind, den Kapitalisten nachgefragte Arbeitskraft frei Haus zu liefern, umfassen 1978 zusammen 3,6 Mrd. DM. Nimmt man die öffentlichen Berufsbildungsausgaben als Beurteilungsmaßstab, so ergibt sich also eine spürbare Entlastung der Kapitalisten von Ausbildungs- und Anlernverpflichtungen. Die Kapitalisten sind seit dem Arbeitsförderungsgesetz 1969 in großem Stile dazu übergegangen, das Arbeitsamt

den Lohn zahlen zu lassen, um die Arbeitskraft umso besser ausbeuten und auch wieder abstoßen zu können bei Rückgang der Produktion (vergl. dazu auch S. 38/39 in diesem Heft). Im Ergebnis haben die Kapitalisten den Profit gemacht, und es fällt ihnen im Gesamten auch noch leichter, zu entlassen bei Produktionsrückgang, denn die so organisierte „Arbeitsverwaltung“ drängt den Nachschub auf.

So ist es nicht erstaunlich, daß die Kapitalisten *keine* Einwendungen haben gegen die seitens der Regierung jetzt angekündigte „Ausbildungsoffensive für Arbeitslose“. Das alles macht die Arbeitskraft für sie billiger. Damit dieses Geschäft mit Beschäftigungsrückgang und Einstellung, subventioniert durch das Arbeitsamt, schwungvoll gedeiht, wollen die Kapitalisten die Leistungskürzung beim Arbeitslosengeld durchsetzen. Das ist das Hauptziel der Novelle. Das Hauptmittel neben vielen einzelnen Streichungen und schikanöseren Regeln wird die Verschärfung der Kontrolle der gemeldeten Arbeitslosen sein (Verfügbarkeit).

Eine Regierungskommission, zu der auch Vertreter der Gewerkschaften und der Kapitalistenverbände gezogen waren, ist zu diesen Punkten ohne Bericht auseinandergegangen. Gescheitert sei die Kommission am DGB, beklagt sich das „Handelsblatt“.

## Schwarzarbeit Bundestag will schärfer strafen

Am 14. Mai hat der Bundestag zwei Gesetzentwürfe zur Schwarzarbeit verhandelt. Den einen hatte der Bundesrat auf Initiative des Landes Hessen eingebracht, den anderen die CDU/CSU. Die beiden Gesetzentwürfe stimmen im wesentlichen überein. Im alten Gesetz von 1957 hat das Parlament verordnet, daß Schwarzarbeit, die aus Gewinnsucht und in erheblichem Umfang geleistet wird, als Ordnungswidrigkeit strafbar ist. In den neuen Gesetzentwürfen ist der Begriff der Gewinnsucht gestrichen und „in erheblichem Umfang“ ist in „nicht unerheblichem Umfang“ geändert. Das Bußgeld wird auf „bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark“ erhöht. Dienst- und Werkleistungen sind dann keine Nachbarschaftshilfe oder Gefälligkeit mehr, „wenn sie gewerbsmäßig erbracht werden“.

Regierung und Opposition bekla- gen, daß die Schwarzarbeit eine Größenordnung von 10 bis 15% des Brutto- sozialprodukts erreicht hat. Der Zentralverband des Deutschen Hand-



Streik der Bauarbeiter 1978

werks schätzt den Umsatz der Schwarzarbeiter auf 38 bis 40 Mrd. DM im Jahr, ca. 10% des Gesamtumsatzes des Handwerks. 10 Mrd. DM an Steuern und Sozialversicherungen gingen dem Staat jährlich verloren. Demgegenüber sei das gezahlte Bußgeld, das 1980 fast 3 Mio. DM gebracht habe, nur ein Kleingeld, erklärte FDP-Abgeordneter Merker dem Parlament.

Bisher fiel es den Behörden schwer nachzuweisen, daß die Leute Schwarzarbeit aus Gewinnsucht betreiben. Der Bundesrat zur Gewinnsucht: „... wenn er (der Täter, Red.) von dem Verlangen nach Gewinnerzielung so beherrscht wird, daß er ihm hemmungslos unterliegt ...“. Eher eine Definition für Kapitalisten. So heißt es jetzt in den Gesetzentwürfen „gewerbsmäßig“, also gegen Geld. Wenn der Arbeitskollege oder der Nachbar das Auto repariert und dafür 10 DM die Stunde nimmt, ist das gewerbsmäßig, und wenn es regelmäßig repariert wird, sicher in „nicht unerheblichem Umfang“.

Die Hauptbranchen der Schwarzarbeit sind der Bau, Dienstleistung und der Handel. Der bayerische Zentralverband des Karosseriehandwerks hat erklärt, daß schon jetzt nur etwa 25% der Unfallwagen in Fachbetrieben repariert werden. Bei sinkenden Löhnen und den geplanten Kürzungen von Sozialleistungen werden diese Zahlen ganz sicher steigen.

Nicht nur die einfachen Leute soll eine Verschärfung des Gesetzes treffen, hat die SPD in der Parlamentsdebatte klargemacht, sondern auch die Kapitalisten. So fordert sie auf Druck der Arbeiterbewegung auch gleichzeitig das Verbot der Leiharbeit und die schärfere Verfolgung der illegalen Beschäftigung. Die Gesetzentwürfe liegen jetzt den Ausschüssen des Bundestages zur Beratung vor.

## IG Chemie Rascher Abschluß nach Streikdrohung

Letzten Freitag hat die Schlichtungskommission in Rheinland-Pfalz, wo die Chemie-Industrie mit großen Werken wie BASF stark vertreten ist, den Vorschlag von 4,9%, was dem Metallabschluß fast entspricht, auf den Tisch gebracht. Zusätzlich sollen die Handwerker und Facharbeiter im Zeitlohn ab 1. Oktober 5 Pf/h über Tarif gezahlt kriegen. Dieses Ergebnis wurde von den Kapitalisten und von der IG Chemie angenommen. Inzwischen ist es auch für die Tarifbezirke Niedersachsen, Nordrhein und Hessen gültig. In der nächsten Woche sollen die kleineren Tarifbezirke folgen.

Vier Wochen lang hatten die Chemiekapitalisten auf ihrem 4%-Angebot beharrt. Sie fühlten sich gestärkt, nachdem sie in der Metalltarifrunde einen Abschluß ziemlich deutlich unter der von der Gewerkschaft wenigstens angestrebten Marke, der Inflationsrate, durchgesetzt hatten. Sie wollten gegenüber der IG Chemie ihren Erfolg fortsetzen bzw. ausbauen, indem sie dieser kleineren Gewerkschaft einen noch schlechteren Abschluß diktieren.

Daraufhin hatte die IG Chemie in verschiedenen Tarifbezirken die Verhandlungen für gescheitert erklärt und die Schlichtungsstelle angerufen. Diese mußte innerhalb von drei Wochen getagt haben, und die Friedenspflicht wäre mit dem Spruch der Schlichtungsstelle beendet gewesen für den Fall, daß ihr Spruch nicht akzeptiert wird.

Die IG Chemie hatte damit gerechnet, daß in der Schlichtung ein Ergebnis zwischen dem ÖTV-Abschluß von 4,3% und dem Metall-Abschluß von 4,9% ausgehandelt würde. Der Hauptvorstand hatte aber erklärt, daß ein

derartiges Schlichtungsergebnis auf jeden Fall abgelehnt werde und rief die Gewerkschaftsmitglieder zur „geschlossenen Abwehr des Lohndiktates“ auf. Bei einem Treffen aller Tarifkommissionen wurde beschlossen, keinen Abschluß unter dem Metallabschluß hinzunehmen. In den Verwaltungsstellen der IG Chemie fanden Beratungen mit gewerkschaftlichen Funktionären statt über die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik.

Da die Chemiekapitalisten nach einem Schlichtungsspruch das ausgehandelte Ergebnis erst einmal zahlen, egal, ob die Gewerkschaft einverstanden ist oder nicht, wäre eine schwierige Lage entstanden, weil die IG Chemie zum Streik hätte aufrufen müssen, um z.B. 0,3 oder 0,4% bis zur Marke 5% zu erkämpfen. Der Hauptvorstand aber erklärte, daß die Lage für die IG Chemie sonst in den nächsten Jahren noch viel schwieriger und die gewerkschaftliche Kampfposition erheblich geschwächt würde, wenn es nicht gelinge, die Absicht der Chemiekapitalisten, den Chemie-Abschluß unter den von Metall zu drücken, zu durchkreuzen. Dies sei auch für die anstehenden Auseinandersetzungen um den Entgelttarifver-

trag und den Manteltarifvertrag von großer Bedeutung.

Auf Funktionärsversammlungen ist auch erörtert worden, ob man sich im Falle des Streiks auf den Metallabschluß von 4,9% beschränken könne. Es sei dann möglich, ein besseres Ergebnis zu erkämpfen, das wenigstens die Inflation ausgleiche. Der Metallabschluß war in Verhandlungen zustande gekommen und nicht durch einen Streik. „Wenn wir streiken, werden sie zahlen müssen...“. Es wurde auch an die steigenden Abzugslasten erinnert, die einen solchen Streik nur noch nötiger machen. Der Unterstützung der anderen Gewerkschaften war man sicher.

Weil die IG Chemie den Streik angekündigt und die Vorbereitungen in den gewerkschaftlichen Körperschaften eingeleitet hatte, mußten die Chemiekapitalisten nachgeben. Sie sind von ihren 4% hochgerückt, weil sie Angst hatten, daß sie nach einem Streik noch mehr als den Metallabschluß zahlen müßten. Die Kapitalisten mußten auch fürchten, daß mit einem erstreikten besseren Lohnabschluß der IG Chemie ihr ganzes Argumentationsgebäude zusammenfällt, das besagt, in wirtschaftlich schwieriger Lage seien Lohnsenkungen unabänderlich.

### Entwicklungsländer

## Schulden und Wucherzinsen beschwören die Gefahr des Zusammenbruchs

Auf 27 Mrd. \$ ist die Auslandsverschuldung Argentiniens hochgeschwollen. 9 Mrd. \$ muß das Land allein in diesem Jahr an Tilgung und Zinsen an die internationale Finanzbourgeoisie abführen. Seine Einnahmen aus dem Export, v.a. von Getreide, Vieh und Fleisch, Wolle, Häuten und einigen Industrieprodukten, betrugen 1980 7,9 Mrd. \$. Der gesamte Export 1981 ist verpfändet, bevor er die Grenzen überschreitet. Allein um seine Importe bezahlen zu können, muß sich Argentinien weiter verschulden.

Argentinien ist ein besonders krasser, aber kein Einzelfall. Von 1970 bis 1979 haben sich die Auslandsschulden der Entwicklungsländer (die Angaben der Weltbank erfassen 96 Entwicklungsländer) fast versechsfacht, ihre Schuldendienstzahlungen sogar mehr als verachtfacht. Seither beschleunigt sich diese Entwicklung noch.

Die Bourgeoisideologen schieben die Schuld auf die ölexportierenden Länder. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß die Ölpreiserhöhungen den wirtschaftlichen Aufbau in vielen Ländern der Dritten Welt beeinträchtigen und ihre Leistungsbilanzdefizite vergrößern. Doch ist dies nur ein Faktor und nicht der ausschlaggebende. Denn: Die

Auslandsschulden der meisten ölexportierenden Länder haben sich ebenfalls vervielfacht. Mexiko, Venezuela und Algerien z.B., die alle Öl exportieren, gehören zu den zehn höchstverschuldeten Ländern der Dritten Welt. Argentinien kann seinen Ölbedarf weitgehend selbst decken, gehört aber dieser Gruppe ebenfalls an.

1980 haben die Imperialisten die Preise für landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe, die Hauptexportprodukte der Länder der Dritten Welt, um durchschnittlich 12% gedrückt. Nach einer vorübergehenden Erholung Mitte der 70er Jahre haben sich die Austauschverhältnisse für die meisten Entwicklungsländer wieder rapide verschlechtert. Das ist ein aktueller Grund für die Schuldenexplosion. Ein zweiter ist die Hochzinspolitik der Imperialisten, die gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht hat, aber bereits um 1978 eingeleitet worden war. Sie trifft gerade die Länder der Dritten Welt mit brutaler Wucht.

Ist es Zufall? Ungefähr ab 1973/74 froren die imperialistischen Staaten ihre Entwicklungshilfe ein oder senkten sie sogar (real). Sie zwangen damit die Länder der Dritten Welt, ihren Geldbedarf auf den privaten internationa-



len Kapitalmärkten, hauptsächlich dem Eurokapitalmarkt, zu decken. Die Banken ihrerseits suchten nach Möglichkeiten, die „Ölgelder“, die zu billigem Zins aus den Ölexportierenden Ländern zurückflossen, profitabel anzulegen. Von 1973 bis 1979 stieg der Anteil privater Banken an der öffentlichen Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer von 19 auf 42%. Während die öffentlichen Gläubiger einschließlich der Entwicklungsbanken in der Regel langfristige Kredite zu festem Zins (z.T. unter dem Marktzins) vergeben, diktieren die Banken die härtesten Kreditbedingungen.

Erstens versperrten sie den Ländern der Dritten Welt weitgehend die Mög-

bor), sondern weitere „Margen“ darüber hinaus.

Drittens vergeben sie die meisten „Euro-Kredite“ als sogenannte „Roll-over-Kredite“, deren Zinssatz nicht festgelegt ist, sondern an die Entwicklung von Libor angepaßt wird. 1979 waren 28% der Eurokredite an Industriestaaten festverzinslich, aber nur 7% der an Entwicklungsländer.

Ein Land, das 1977 einen Eurokredit von sagen wir 1 Mrd. \$ zu einem Zins von 8,1% und jährlicher Tilgung von 200 Mio. \$ aufgenommen hätte, hätte 1978/79 über 80 Mio. \$ mehr Zinsen zahlen müssen als erwartet. Seither noch einmal bedeutend mehr. Durch

Vergabe eines neuen Kredites, damit das betroffene Entwicklungsland einen alten frühzeitig zurückzahlen kann, bedeutet, daß dieses Land auf den ursprünglichen Kredit eben nicht nur Zins, sondern Zinseszins zu zahlen hat, und dies auf Basis hochgetriebener Zinsen. – Zugleich ist jeder neue Kredit mit neuen wirtschaftlichen Erpressungen verbunden; die Imperialisten diktieren Lohnsenkung, Steuererhöhung, Kürzung der Staatsausgaben.

Wer sind die Blutsauger? Bis in die Mitte der 70er Jahre beherrschten die US-Banken dies Geschäft fast uneingeschränkt. 1976 noch entfielen 60% der Forderungen privater Gläubiger gegenüber den Entwicklungsländern auf US-Banken, davon wiederum 60% auf zehn Banken. Seither machen vor allem westdeutsche und japanische Banken der US-Konkurrenz die Beute streitig. Ende 1979 entfielen über zwei Drittel aller entsprechenden Forderungen auf US-, westdeutsche und japanische Banken, davon ca. 58% auf US-amerikanische und gut 25% auf westdeutsche. Für die westdeutschen Imperialisten zählt sich dieser Aufstieg in die Spitzengruppe der Blutsauger doppelt aus. Sie strichen 1979 ca. 3,5 Mrd. DM an Zinsen durch Kredite an die Entwicklungsländer ein; im Auslandsgeschäft der Banken ist die Kreditvergabe an die Entwicklungsländer inzwischen das Hauptgeschäft. Zum anderen vergeben sie fast keine ungebundenen Kredite, sondern verlangen, daß der Schuldner damit westdeutsche Waren kauft, öffnen also ihrem Export die Märkte der Dritten Welt und verschaffen sich damit zugleich den Zugang zu deren Rohstoffquellen.

Die Hochzinspolitik der Imperialisten steigert die aus der Auslandsverschuldung der Länder der Dritten Welt erwachsenden Probleme ungemein. Ihre Lösung setzt voraus, daß die Forderung der Länder der Dritten Welt nach Streichung aller Schulden uneingeschränkt durchgesetzt wird.

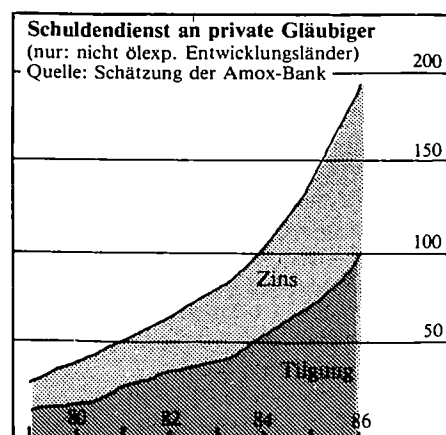
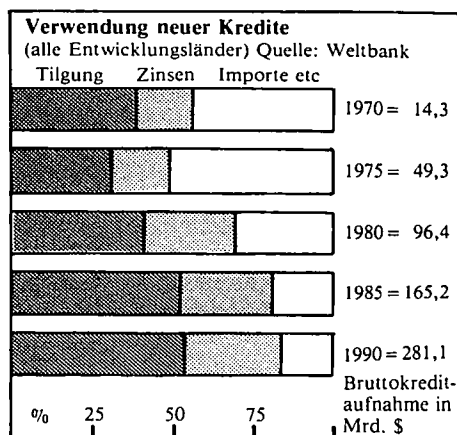
## Lambsdorff in Südkorea Westdeutsche Konzerne zeigen „Flagge“

Auffallend wenig publizistische Begleitung hatte Lambsdorffs „Abstecher“ nach Südkorea am 11./12. Juni im Anschluß an seinen Japan-Aufenthalt. Umso rühriger sind die neuerlichen Aktivitäten der BRD-Imperialisten in dieser unter der Fuchtel der USA und Japans stehenden Arbeitskolonie. Im Dezember fand unter Beteiligung von 120 Ausstellern die erste „rein deutsche“ Industrieausstellung in Seoul statt, auf der „Flagge“ gezeigt wurde, und erst kürzlich nahm eine deutsch-koreanische Handelskammer dort ihre

### Öffentliche und private Schulden der Entwicklungsländer (in Mio. \$)

	1970	1974	1977	1978	1979
Schulden (nur aus-gezahlte Kredite).....	64 139	141 938	257 556	318 391	376 000
Schuldendienst .....	8 270	20 906	37 860	52 251	69 000
Neuverschuldung .....	8 666	25 754	41 815	52 021	51 000

Quelle: World Bank, annual report 1980. Angaben für 1979 geschätzt.



lichkeit, internationale Anleihen aufzunehmen. Internationale Anleihen sind festverzinsliche Kredite, die später als Wertpapiere weitergehandelt werden können und deren Zins in der Regel niedriger ist als der direkter Bankkredite. 1980 waren lediglich 5,5% aller Kredite, die die Entwicklungsländer auf den internationalen Geldmärkten aufgenommen hatten, Anleihen.

Zweitens verlangen sie für direkte Bankkredite von „unsicheren“ Kunden, als die sie die Entwicklungsländer behandeln, nicht die am Markt herrschende Zinsrate, im allgemeinen die London Interbank Offered Rate (Li-

die steigenden Zinsen preßt die internationale Finanzbourgeoisie den Ländern der Dritten Welt jährlich Milliarden von Dollar als *Extra-Zinsen* ab.

Viertens steigern die Banken die Schuldendienstlasten durch kurze Laufzeiten. Von den gesamten Auslandsschulden, die die Entwicklungsländer Ende 1977 hatten, mußten sie fast 50% innerhalb der nächsten fünf Jahre zurückzahlen, von den Schulden an öffentliche Gläubiger 24%, von denjenigen an private Gläubiger 70%.

Zusammengefaßt müssen sich die Länder der Dritten Welt immer weiter und immer schneller verschulden, allein um den wachsenden Schuldendienst zahlen zu können. Doch längst reichen die neuen Kredite nicht mehr, um Tilgung und Zinsen der früheren zu bezahlen und das Handelsbilanzdefizit auszugleichen. Mit „Umschuldungsverhandlungen“ haben die Imperialisten in den vergangenen Jahren Zahlungsschwierigkeiten der Entwicklungsländer kurzfristig behoben, um die Kreditschlinge umso fester zuzuziehen. Denn die Umschuldung, d.h. die

### Zinsen und Margen auf dem Eurokreditmarkt 75 – 80

	Libor	◆Marge f. Entwicklungsländer
1975 .....	7,74	1,68
1976 .....	6,26	1,72
1977 .....	6,54	1,55
1978 .....	9,48	1,20
1979 .....	12,12	0,87
März 80 ..	18,44	unbek.

Arbeit auf.

Mit 5,6% an der Gesamtausfuhr Südkoreas lag die BRD 1979 auf einem abgeschlagenen dritten Platz hinter den USA (29,1%) und Japan (22,3%). Die westdeutschen Exporte nach Südkorea, zu 45% aus Maschinen bestehend, sind von 1979 auf 1980 um 35% zurückgegangen und liegen mit 4,2% an den südkoreanischen Importen an fünfter Stelle, hinter Saudi-Arabien und Kuwait. Die westdeutschen Direktinvestitionen belaufen sich seit 1962, kurz nach der Machtübernahme der Marionettengenerale, auf 23,4 Millionen Dollar (2%); Japan hält 53,7% und die USA 20,4% (1980). Aus der politischen Entwicklung der letzten 1½ Jahre in Südkorea aber errechnen sich die bundesrepublikanischen Imperialisten die Möglichkeit zur Erzielung höherer Anteile.

6,5 Millionen Arbeiter und Angestellte, die Hälfte der in Arbeit stehenden Lohnabhängigen, beziehen heute für oft zwölfstündige Arbeit an sieben Wochentagen einen Lohn unter dem Existenzminimum. In den Jahren von 1975 bis 1979 ist es ihnen in hartnäckigen Kämpfen gelungen, das Lohnniveau von einem Drittel auf zwei Drittel des japanischen heraufzudrücken. Im Oktober 1979 wurde der Diktator Park Tschung Hi umgebracht. Statt „schrittweiser Demokratisierung“ entfesselte der neue Militärmachthaber Chun Doo Hwan blutigen Terror, der in dem Massaker gegen den Volksaufstand Kwangu im Mai 1980 seinen Höhepunkt fand. Seit dem Herbst 1979 wurden mehr Arbeiter und Studenten ermordet als in den ganzen Jahren davor seit 1953. Für die Aufrechterhaltung des Ausbeuterparadieses Südkorea steht die Armee, die mit 600000 Mann bei einer 38 Millionen Köpfe zählenden Bevölkerung eine der größten der Welt ist, und 39000 Mann US-Besatzer. Im Oktober 1980 fielen die letzten Schranken für imperialistische Ausbeutung, u.a. wird Steuerfreiheit für die ersten fünf Jahre gewährt, sodann für weitere drei Jahre 50% Ermäßigung, unbeschränkter Gewinntransfer ist garantiert.

Ob und in welchem Umfang auch die BRD-Imperialisten bei dem Versuch der Niederwerfung der anhaltenden Kämpfe des südkoreanischen Volkes als Auftraggeber fungieren, ist kaum auszumachen. Man erinnert sich aber, daß 1967, vier Monate nach dem Südkorea-Besuch von Bundespräsident Lübke und dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Wischniewski, der südkoreanische Geheimdienst unbehelligt 20 koreanische Patrioten aus der Bundesrepublik und Westberlin entführen konnte. Seinerzeit gab es „in allen Fragen gemeinsamen Interesses ein hohes Maß an Übereinstimmung“.

## Bafög Kämpfe gegen die Bafög-Kürzungen

Nach örtlichen und landesweiten Aktionen der Studenten gegen die 7. Bafög-Novelle folgten ca. 30000 Studenten dem Aufruf der vds zu einer der größten Studentendemonstrationen am 3.6. nach Bonn. Es hätten leicht noch mehr werden können, hätte der vds-Vorstand durch die zentrale Losung „Bafög statt Pershing“ nicht einige Asten, insbesondere Basisgruppen-Asten, veranlaßt, örtliche Aktionen stattdessen durchzuführen. Auf der Abschlußkundgebung sprachen neben einem Vertreter des vds-Vorstands der SPD-Bundestagsabgeordnete Coppik, Gerd Köhler vom GEW-Hauptvorstand und Erwin Ebeling, Betriebsratsvorsitzender der Krupp Werke Südwestfalen. Und: Bildungsminister Engholm. Dieser versuchte unter Pfiffen und Buhrufen der 30000 um Verständnis für die Bafög-Kürzungen zu werben: „Ich könnte mir für den heutigen Tag nichts Besseres denken, auf eurer Seite statt auf der Regierungsseite zu stehen.“ Krupp-Betriebsrat Ebeling und Köhler (GEW) überbrachten unter großem Beifall die Solidaritätsgrüße ihrer Kollegen. Sie betonten, daß die Studenten und die Gewerkschaften zukünftig noch stärker Seite an Seite stehen müßten. Ebeling wies in seiner Rede darauf hin, daß gerade die 7. Bafög-Novelle zusätzlich große Löcher in die Arbeiterhaushalte reißen werde. Köhler erklärte, daß die GEW auch weiterhin die Aktionen der Studenten unterstütze.

Die SPD befindet sich unter Druck. Gleichzeitig sind die Termine gesetzt: Bis zum 26.6., der letzten Lesung des 7. BafögÄndG im Bundestag, erfol-

gen Ausschlußberatungen; vor der Verabschiedung am 10.7. wird die Novelle noch den Bundesrat passieren. Ab Juli beginnt die Beratung des 82er Haushalts. Die CDU/CSU will ein Haushaltssicherungsgesetz, von der SPD noch verschämt Subventionsabbaugesetz tituliert. Das letzte Gesetz dieser Art 1975 hatte die Bafög-Erhöhung verschoben. Diesmal soll es auf Drängen der CDU/CSU um die Struktur des Bafög gehen. Der niedersächsische Kultusminister Remmers will Bafög-Mittel für Schüler nur noch an die Eltern auszahlen lassen – zum Erhalt der Familie. Der Bund Freiheit der Wissenschaft fordert ein kostenorientiertes Studiendarlehensmodell. Die CDU/CSU hat sich dem angeschlossen und tritt zunächst für einen zweiten Leistungsnachweis für die Weiterförderung nach dem 6. Semester ein. Zuguterletzt die FDP: Sie will die Finanzierung der Förderung ausschließlich aus Ländermitteln (bisher 35%).

Am 1.10.1981 sollen die Bafög-Kürzungen in Kraft treten. Der vds-Vorstand und der Fachhochschulkongreß der vds rufen zu bundesweiten Aktions- und Streiktagen im Wintersemester auf. Die vds schlagen folgende Forderungen vor, die noch in den Studentenschaften diskutiert werden sollen: „Kostendeckendes Bafög! Keine Verschlechterungen für den Zweiten Bildungsweg! Chancengleichheit! Für den Ausbau der Hochschulen! Weiterführung des Wohnheimprogramms! Studien- und Lebensbedingungen, die erträglich sind! Keine neuen Mittelstreckenraketen! Bildung statt Rüstung!“.

Es wird darauf ankommen, diese allgemeinen Forderungen konkreter zu fassen und konkrete Kampfziele festzulegen. Von einigen Basisgruppen-Asten wird erwogen, für Oktober eine außerordentliche vds-MV einzuberufen, auf der Ziele und Aktionen festgelegt werden sollen.



Abschlußkundgebung der Studentendemonstration am 3.6. in Bonn

## Dienstherr spielt mit dem Gedanken an Beamtengehaltskürzung — Werden Festgeldforderungen wieder aktuell?

Finanzminister Matthöfer, neuester Kronprinz der welkenden Dynastie derer von Godesberg, eröffnet der parlamentarischen Opposition in der Haushaltsdebatte: An einer verfrühten Diskussion über den Haushalt 1982 und die zu einer soliden Finanzierung erforderlichen Maßnahmen werde sich die Regierung nicht mit Einzelheiten beteiligen. Sie, die Regierung, werde vielmehr Ende Juli Grundsatzentscheidungen treffen und Anfang September ihre Vorschläge vorlegen. Wieso Grundsatzentscheidungen? Die Sprecher der Regierungskoalition aus SPD und FDP haben in der letzthin stattgefundenen Haushaltsdebatte sich das Gedankengut der parlamentarischen Opposition aus CDU und CSU weitgehend zu eigen gemacht. Die Konsequenzen für die Gestaltung des Bundeshaushaltes 1982 werden sich weder mit den Parteiprogrammen von SPD und FDP passen noch mit den Wahlprogrammen vom Vorjahr noch mit der Regierungserklärung vom letzten Herbst.

Vorderhand stellt sich die Einlassung der führenden Regierungs- und Fraktionspersönlichkeiten der SPD und der FDP auf konservatives Gedankengut mehr als ein ideologisches Phänomen dar. Taten, wenigstens aber Tatversuche werden folgen müssen. Deswegen also Grundsatzentscheidungen Ende Juli, Vorschläge Anfang September! Wie diese Vorschläge im einzelnen aussehen werden, ist noch nicht heraus. Aus einzelnen Beiträgen einzelner Parlamentsredner der Regierungskoalition entnimmt man jedoch den vagen Umriss eines Gesamtbildes.

Den Rüstungsausgaben wird eine Vorrangstellung zugewiesen. Der Bund zieht sich Zug um Zug aus seiner Deckungsverpflichtung gegenüber der ausgenommenen Renten- und Arbeitslosenversicherung zurück. Diejenigen Sozialleistungen, die direkt über das Steuerwesen geregelt sind, werden gemindert. Im Bereich der öffentlichen Dienste werden Stellen gestrichen. Die Besoldung der Beamten wird von den Tarifabschlüssen der ÖTV abgehängt, die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Diensten wird von den in der Wirtschaft erzielten Abschlüssen Zug um Zug abgedrängt. Ziel der ganzen Unternehmung wird sein, den Mittelfluß der öffentlichen Haushalte auf zwei Sektoren zu lenken, nämlich auf den Sektor der Bereitstellung von Sach- und Dienstlei-

stungen direkt für das Gedeihen der kapitalistischen Wirtschaft und auf den Sektor der Rüstungspolitik, innere und äußere Rüstung zusammengekommen. Diese Haushaltspolitik wird die Regierungskoalition vielleicht nicht auf einen Schlag durchsetzen können, aber in diese Richtung drängt die CDU/CSU-Opposition seit Jahr und

Denn nur die Sozialdemokratie kann die Führung der DGB-Gewerkschaften zur Duldung eines solchen Kurses überreden, und nur die Duldung durch die Gewerkschaften ermöglicht einen solchen Kurs. An diese Wahrheit erinnert Kanzler Schmidt die Kapitalistenklasse, wenn er, wie in der Bundestagsdebatte geschehen, protzt:



Beschäftigungsrückgang in der Industrie — steigende Arbeitsanforderungen an die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten. Bild 1. Mai in Westberlin (aus: ötv-Magazin 6/81)

Tag, und diesem Drängen gibt nicht nur die FDP, sondern auch die SPD nach. Lambsdörfeln ist jetzt bei der ganzen SPD-Spitze modern geworden. Mit welcher Härte die Parteispitze der SPD ein derartiges Programm durchziehen will, zeigt das Protestbedürfnis, das inzwischen doch schon viele Abgeordnete der SPD überkommen und das sich auf die Vorrangstellung des Rüstungshaushaltes konzentriert hat. Die Hüter der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion werden in den kommenden Monaten weiterhin die Pflöcke in den Boden der öffentlichen Meinung eintreiben, die dem treuen Sozialdemokraten die dürrer Wiesen markieren, auf denen er seine Reformhoffnungen noch weiden lassen kann. Verboten wird zweierlei: zu verfechten, daß Anspruch auf Versicherung hat, wer durch die schrumpfende kapitalistische Produktion arbeitslos gemacht wurde, und zu verfechten, daß Anspruch auf einen Arbeitslohn hat, der die Reproduktionskosten deckt, wer Beschäftigung in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis gefunden hat. In den Sommermonaten wird es hinter den Kulissen ein Tauziehen geben wie noch selten in der Geschichte der BRD.

„Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat kürzlich öffentlich angeboten, im kleinen Kreise mit der Bundesregierung, auch mit der Arbeitgeberseite, über aktuelle Fragen der mißbräuchlichen Ausnutzung des sozialen Netzes und über aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik zu reden. Ich sehe das als ein neues Zeichen für die verantwortungsbewußte Haltung der deutschen Gewerkschaften an, für das ich dankbar bin. Es ist klar, daß wir zu solchen Gesprächen bereit sind.“

Die Haushaltsdebatte war aber nicht nur von Ankündigungen erfüllt, sondern enthielt bereits konkrete Vorstöße. Der eine war die Verkündung der Streichung von dreitausend Stellen im Bereich der öffentlichen Dienste. Der andere fand mehr zeitgleich mit der Debatte statt und bestand in dem Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen, die hohen Beamteneinkommen für dies Jahr von der Besoldungserhöhung derart abzukoppeln, daß eine Höchsterhöhung von zweihundertundeinigen DM beschlossen werden sollte. Der Bundesrat lehnte diesen Vorschlag ab. Der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung befindet sich im wesentlichen



# Nächste tarifpolitische Aufgaben der Gewerkschaft ÖTV

## Rationalisierungsschutz

Am 29. und 30. Juni wird erstmals über den von der ÖTV vorgelegten Entwurf eines Tarifvertrages über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung verhandelt. Der Tarifvertragsentwurf sieht Absicherung vor bei: *jeglicher Privatisierung, Einschränkung, Stilllegung, Verlegung von Betrieben oder Betriebsteilen, Änderung der Betriebsorganisation, Einführung neuer Arbeitsmethoden, Stellenplankürzungen, persönlicher Leistungsminderung.*

Die Schwerpunktforderungen sind: *bei allen Änderungen hat der Arbeitgeber einen mindestens gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatz bereitzustellen. Das kann Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen einschließen, diese sind vom Arbeitgeber zu organisieren und zu finanzieren, die Arbeitnehmer werden unter Fortzahlung des Lohnes dazu freigestellt, generellen Kündigungsschutz ab 40 Jahren und fünfjähriger Beschäftigung oder bei zehnjähriger Beschäftigung unabhängig vom Alter, für alle Kündigungsfrist von sechs Monaten, absolute Einkommenssicherung ab 40 Jahren.*

*Kreisstellen der ÖTV führen auf Grundlage des Entwurfs jetzt Fragebogenaktionen zu Rationalisierungen und ihren Auswirkungen durch. Sie sollen den Sommer über ausgewertet werden und zur Mobilisierung im Vorfeld der Verhandlungen im Herbst genutzt werden.*

Entschließung zu Fragen von Rationalisierung, Humanisierung und

technischem Wandel (Auszug aus dem Beschluß des 9. Gewerkschaftstages, Antrag 881, Antragsteller Hauptvorstand)

„Die Situation ist in fast allen Organisationsbereichen der ÖTV durch anhaltende Rationalisierungsmaßnahmen gekennzeichnet.

Mit Stellen- und Personaleinsparungen, der Anwendung neuer Techniken und Verfahren sowie mit Veränderungen der Arbeits- und Personalorganisation versuchen die Arbeitgeber, mit möglichst geringen Kosten den vorhandenen Anforderungen gerecht zu werden bzw. mit den gegebenen Mitteln höchstmögliche Ergebnisse zu erzielen.

Mit steigender Leistungsfähigkeit neuer Techniken und sinkenden Kosten für ihren Einsatz, z.B. Steigerung der Leistung bei sinkenden Kosten in der Elektronik, führt diese Entwicklung beschleunigt zur Einsparung menschlicher Arbeitskraft.

Gefährdungen für die Beschäftigten liegen insgesamt darin, daß

- Arbeitsplätze wegfallen, da vorhandene Arbeit mit weniger Arbeitskräften erledigt werden kann,
- Arbeitsplätze verändert werden, wobei andere Tätigkeitsstrukturen z.B. andere qualifikatorische Anforderungen stellen und zu Veränderungen im Einkommen führen können,
- andere Arbeitsinhalte und -mengen die Leistungsanforderungen berühren,
- eine andere Arbeitsplatz-/Arbeitsfeld- und Arbeitszeitgestaltung zu anderen gesundheitlichen Belastungen und Beanspruchungen führt.

Die Gewerkschaften haben den technischen Fortschritt als eine Quelle gesellschaftlichen Reichtums immer grundsätzlich bejaht. Neue Techniken und Verfahren – entsprechend entwickelt und eingesetzt – enthalten Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die technische Entwicklung führt jedoch nicht von selbst zu humaneren Arbeits- und Lebensbedingungen. Es bestand und besteht immer die Gefahr, daß neue Technologien und Formen der Arbeitsorganisation zu Lasten der Arbeitnehmer angewendet werden.

Es muß uns deshalb darauf ankommen, durch die Anwendung und Entwicklung aller gewerkschaftlichen Mittel Bedingungen zu schaffen, unter denen Techniken und Verfahren im Interesse der Arbeitnehmer entwickelt und angewandt werden können. Rationalisierungen dürfen keine negativen Auswirkungen für die Arbeitnehmer haben.

Die Maßstäbe für unser Verhalten ergeben sich aus den Interessen der Arbeitnehmer, im wesentlichen also an:

- ausreichenden und sicheren Arbeitsplätzen und Einkommen,
- zufriedenstellenden Arbeitsbedingungen, d.h. insbesondere an erträglichen und zumutbaren Arbeitsbelastungen, einer gesundheitssichernden Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung,
- inhalts- und abwechslungsreichen Arbeitsinhalten und Arbeitsstrukturen, die Entfaltungs- und Entscheidungsspielräume bieten.

Wichtige Handlungsbereiche im Sinne dieser Grundsätze sind:

- (...)
  - Die Tarifpolitik
- Die Tarifpolitik hat als wichtigste Ziele

noch im Planstadium, der Angriff auf den Lebensstandard in den öffentlichen Diensten bereits im Stadium der Erkundung durch praktisch wirksame Vorstöße.

Die Arbeiterbewegung in der BRD und Westberlin wird in den nächsten Monaten bereits feststellen müssen, daß ein groß angelegter Angriff zum Zwecke ihrer Spaltung im Rollen ist. Dieser Angriff der Kapitalistenklasse wird von einer breiten Strömung in allen drei Parlamentsparteien vorgetragen werden und sich zunächst auf die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten konzentrieren. Er wird keineswegs leicht zurückzuweisen sein. Was liegt vor?

Die CDU/CSU-Opposition droht, die Bundesregierung vor das Bundesverfassungsgericht zu schleifen, falls im neuen Haushalt wiederum das Ausmaß der Investitionen die Hälfte des Betrags der Neuverschuldung unter-

schreitet, wie dies im Haushalt 1981 der Fall ist. Daß die Hälfte der Neuverschuldung für Investitionen verwandt werden muß, ist eine Verfassungsvorschrift. Diese Verfassungsvorschrift



Forderungen auf der 1. Mai-Demonstration in Westberlin.

beruht auf wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten. Die Kapitalisten brauchen die öffentlichen Dienste für die Verbilligung ihrer Produktion. Eine Reihe von sachlichen Voraussetzungen der Produktion kann nicht in der Form des privaten Kapitals gestellt werden. Dies betrifft Straßen und Verkehrswesen, aber auch Abwasserbeseitigung usw. usf. Müßten die Kapitalisten diese Aufgaben bei ihren Investitionskosten mittragen, würde das nicht nur auf ihre Profite drücken, es würde sie auch überfordern. Der unmittelbare wirtschaftliche Vorteil aus solchen Investitionen ist so stark, daß die Kapitalistenklasse diesen ihren Anspruch in der Verfassung verankert hat. Die Bundesregierung wird diesem Anspruch genügen müssen oder sich eine Verurteilung durch das Bundesverfassungsgericht wegen Verfassungsbruchs einhandeln.

Wenn diese Verfassungsbestimmung



im Zusammenhang mit Rationalisierungsmaßnahmen die Sicherung der Arbeitsplätze und Einkommen, die Qualifizierung für veränderte Tätigkeiten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzustreben.

Die Rationalisierungsschutzabkommen sind dabei der Entwicklung anzupassen, neuen Gefährdungen ist zu begegnen und vorhandene Sicherungen sind zu verbessern.

Das Bezahlungssystem darf den Arbeitgebern keine Anreize zur Zerstückelung ganzheitlicher Tätigkeiten geben.

Die Bestrebungen der Arbeitgeber, Leistungsanreizsysteme zur Erhöhung der Arbeitsleistung einzuführen, sind abzulehnen.

Es muß zudem verhindert werden, daß sich technisch-organisatorische Entwicklungen über veränderte Tätigkeiten in Einkommenseinbußen niederschlagen.

Schädigende Umwelteinflüsse sollten nicht in Geld abgegolten, sondern

verhindert bzw. abgebaut werden. Einkommensverluste dürfen dadurch nicht entstehen.“

Dieser Abstimmung kommt zukünftig große Bedeutung auch deshalb zu, da durch Rationalisierungsmaßnahmen, neue Technologien und Verfahren ganze Industrie- und Dienstleistungsstrukturen – insbesondere auch im öffentlichen Bereich – verändert werden (Mikroelektronik, neue Informationstechnologien, Bildschirmtext etc.) und dieser Entwicklung mit einer abgestimmten Konzeption im gewerkschaftlichen Bereich begegnet werden muß.

**Entschließung zur Beamtenpolitik** (Beschuß des 9. Gewerkschaftstages der ÖTV, Auszug)

„III. Zentrale Forderung der ÖTV bei der Reform des Dienstrechts ist das einheitliche Personalrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf Grundlage der Tarifautonomie.

... Die Gewerkschaft ÖTV wird sich an der Umsetzung des ‚Sparpro-

gramms‘ (Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform) der Bundesregierung nicht beteiligen.

Reformen im Interesse der Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes sowie aller Arbeitnehmer werden von der ÖTV unterstützt.

... Laufbahnschranken, Zugangsvoraussetzungen und Ausleseverfahren werden abgelehnt.“

**Änderung der niedersächsischen Disziplinarordnung beschlossen**

Der Gesetzentwurf zur Änderung der niedersächsischen Disziplinarordnung (NDO) vom 8.9.1970 ist im Landeskabinett bereits verabschiedet und soll demnächst dem Landtag vorgelegt werden. In einer Pressemitteilung vom 8. Mai 1981 heißt es:

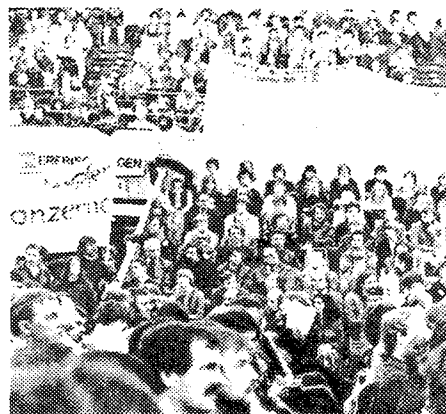
„Von besonderer Bedeutung ist die Beschleunigung bei förmlichen Disziplinarverfahren ... Der Gesetzentwurf sieht deshalb vor, daß Gehaltskürzungen, die in förmlichen Verfahren überwiegend verhängt werden, künftig nicht mehr von den Disziplinargerichten, sondern vom Dienstvorgesetzten ausgesprochen werden.“

... Einen zahlenmäßig wesentlichen Teil der Disziplinarfälle machen die sogenannten Massensachen aus. Sie betreffen zumeist Pflichtverletzungen im außerdienstlichen Bereich, die bereits durch Strafurteil geahndet worden sind (vor allem Trunkenheit im Straßenverkehr). Die beabsichtigte Verfahrensvereinfachung wird zur notwendigen Beschleunigung führen.“

Dem CDU-Kabinett geht es um eine schnellere Auslese politisch mißliebiger Beamten. Der entrechtete Status der Beamten (Doppelbestrafung etc.) soll verschärft werden.

in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation eingehalten werden soll, so muß die Bundesregierung eine große Umschichtung der Ausgaben vornehmen. Wieso? Die Ausgabenstruktur der sozialliberalen Regierungen ergab sich aus den politischen Interessen, die die westdeutsche Kapitalistenklasse in dem jetzt lang verstrichenen Zeitraum entwickelt hatte, in dem es der westdeutschen Wirtschaft an Arbeitskräften fehlte. Damals entstand der Schrei nach Ausgabe öffentlicher Mittel für solche Zwecke, die in der Reproduktion der Arbeiterbevölkerung Zeit sparen. Das Ziel war, die Arbeitskraft der Frau der Wirtschaft zuzuführen. Derartige Ausgaben waren damals bis hin zu den Kapitalistenverbänden populär, aus dieser Popularität schöpfte die Sozialdemokratie Reformatem. Freilich bewirkte die Verfolgung dieses Interesses eine erhebliche Ausdehnung der Personalliste der öffentlichen Dienste.

Seit Dauerarbeitslosigkeit besteht, wiegen diese Kosten für die bürgerliche Welt drückend schwer. Inzwischen ist das Ziel der Übung nämlich erreicht: ein Arbeitslohn, der für den großen



Gewerkschaftliche Protestaktion im März in Düsseldorf.

Teil der Bevölkerung den Betrieb einer Familie nur noch auf der Basis der Lohnarbeit zweier Erwachsener ermöglicht. Da von hier aus ein Zurück nicht mehr denkbar ist, können die Hilfsbrücken verbrannt werden, die benötigt wurden, um dorthin zu kommen. Folglich wird das ganze Gebiet der Sozialdienste zum Feld für Einsparungsübungen.

Ferner ergibt sich für den Lohn bzw. das Gehalt der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten ein Kuriosum kapitalistischer Wirtschaft. Mit sinkender industrieller Beschäftigung nimmt nämlich der Arbeitsanfall für die öffentlichen Dienste im großen und ganzen nicht ab, sondern zu. Dies gilt sowohl für die Sozialdienste, die sich mit allen Erscheinungen der Verelendung auseinandersetzen müssen, dies gilt für das Gesundheitswesen, welches durch den Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft strapaziert wird, dies gilt

# ÖTV gegen die Einführung des geplanten Beurteilungswesen

Das seit Anfang 1978 in ausgewählten Verwaltungsbereichen des Bundes, der Länder und Gemeinden zur Erprobung laufende Beurteilungsverfahren soll nach Ansicht von Bundesinnenminister Baum nun in Anwendung gebracht werden.

Das Beurteilungswesen, welches Schwerpunkt des vom damaligen Bundesinnenminister Maihofer 1975 vorgelegten „Aktionsprogramms zur Reform des öffentlichen Dienstes“ ist, sieht die generelle Einführung einer Beurteilungspflicht für alle Beschäftigten, also Beamte, Angestellte und Arbeiter, vor. Die Lohnhöhe, Herabgruppierung, Beförderung und Umsetzung soll an das Beurteilungsergebnis gekoppelt werden. Dazu soll jeder Beschäftigte einer Leistungsbeurteilung alle zwei Jahre und einer Befähigungsbeurteilung alle drei Jahre unterworfen werden. Insgesamt handelt es sich bei dem „Aktionsprogramm“ um den Versuch, den Staatsapparat durch Ausdehnung des Beamtenrechts und Lohnsenkung zu reorganisieren.



Bereits im „Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten zur Dienstrechtsreform“ Ende 77 konnte man lesen: „Alle Beteiligten sind sich daher in den Zielen von Reformen des öffentlichen Dienstrechts einig: Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einschließlich einer Minderung der Kostenbelastung der öffentlichen Haushalte ... Die Studienkommission hat hierzu die Möglichkeiten vorgeschlagen, Mitarbeiter, deren Leistung zweimal nacheinander mit „genügt nicht den

Anforderungen“ bewertet werden, ... Dienstposten zu übertragen, die der nächstniedrigeren Bezahlungsgruppe zugeordnet sind ...“ Abschließend wird festgestellt: „Bei realistischer Einschätzung der Einzelvorschläge des Aktionsprogramms erscheint das Ziel der Kostensenkung erreichbar.“

Auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag 1980 lag den Delegierten ein Antrag des Hauptvorstandes vor (Antrag 345), für den die Antragskommission die Annahme vorsah, in dem zwar „grundsätzliche Bedenken gegen die Einführung eines Beurteilungssystems für Arbeiter und Angestellte“ erhoben wurden, wo aber festgehalten war, wenn „auf ein einheitliches Beurteilungssystem nicht verzichtet werden kann, muß ein solches System tarifvertraglich geregelt und ausgestaltet werden“.

Dagegen haben sich die Delegierten ausgesprochen und mit der Annahme des Antrags 350 die vollständige Ablehnung der Einführung des Beurteilungswesens beschlossen. Im Beschluß heißt es: „Der Hauptvorstand wird aufgefordert, mit allen Mitteln der Einführung des Beurteilungswesen entgegenzutreten. Auch eine tarifvertragliche Vereinbarung über das Beurteilungswesen verhindert nicht, daß die negativen Auswirkungen des Beurteilungswesen bestehen bleiben ... Die Absicht, die mit dem Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform verfolgt wird, wird durch die Zielsetzung 'Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, einschließlich einer Minderung der Kostenbelastung der öffentlichen Haushalte ...' deutlich ...“

Damit ist die ÖTV den Versuchen des Dienstherrn, die verschiedenen Gruppen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst über das Beurteilungswesen zu spalten, den Lohn im großen Maßstab zu senken sowie die Ausdehnung des Beamtenrechts auf die Arbeiter und Angestellten auszuweiten, entgegengetreten. Verschiedene ÖTV-Kreisverwaltungen haben Anfang des Jahres damit begonnen, auf Grundlage des Gewerkschaftstagsbeschlusses Materialblätter zur beabsichtigten Einführung des Beurteilungswesens herauszugeben sowie auf Betriebs- und Personalversammlungen über die Pläne der Bundesregierung zu berichten.

ganz augenscheinlich für die Arbeitsämter und dies gilt vor allem für die Komponente von Unterdrückung, die mit praktisch jeder Tätigkeit, die im öffentlichen Dienste anfällt, verbunden ist und deren Gewicht dauernd zunimmt.

Soweit allerdings der Beschäftigungsrückgang in der kapitalistischen Wirtschaft Arbeitskräfte freisetzt, die genötigt sind, für ganz ungewöhnlich niedrige Löhne zu arbeiten, strebt die Kapitalistenklasse stets nach Reprivatisierung, um mit solchen Arbeitskräften Regieaufträge für den Bereich der öffentlichen Dienste durchzuführen und so einen Weg zur Ersparnis von Haushaltsmitteln und Profitmacherei gleichzeitig aufzutun.

Eine Verminderung der Beschäftigung ist schon allein deswegen schwierig, sie wäre auch vom Interessenstandpunkt der Kapitalistenklasse aus verfehlt, da die Dinge sonst leicht außer Kontrolle geraten könnten. Deswegen bestehen für den öffentlichen Dienst Regelungen, die Entlassungen schwer machen. Wirtschaftlich sind die Kapitalisten gerade in Zeiten schwacher Konjunktur auf Sicherheit im Erhalt der öffentlich für sie geleisteten Dienste besorgt, politisch sind sie an einem weitverzweigten Kontrollnetz interessiert.

Aus diesen allgemeinen Gründen ergibt sich die Politik der bürgerlichen Parteien gegenüber den öffentlichen Diensten.

Der sachliche Inhalt der Dienstleistungen wird vermindert werden, so weit diese an die Arbeiterbevölkerung gegeben werden. Schon immer war die Kontrolle verbunden mit Sachleistungen. Jetzt wird das Verhältnis verschoben. Immer mehr Anträge für immer weniger Leistung.

Gerade in Zeiten niedriger oder gar sinkender Beschäftigung nimmt der Arbeitsanfall in den öffentlichen Diensten zu. Die Ablehnung eines Antrages wird dem Sachbearbeiter eher mehr Arbeit machen als die Genehmigung. Folglich entsteht ein starker Rationalisierungsdruck auch dann, wenn nicht in großem Maßstab entlassen werden kann.

Da nicht in großem Maßstab entlassen werden kann, wird die Frage der Bezahlung der beschäftigten Arbeitskräfte zum Dreh- und Angelpunkt der ganzen Affäre. Der Ausweg der Beschäftigung von Teilzeitleuten ist bereits beschritten. Der Ausweg direkter Kürzungen muß noch beschritten werden. Diesen Ausweg kann sich die Regierung bahnen, indem sie unverwandt auf die Sicherheit vor Arbeitslosigkeit hinweist, die die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten genießen, insbesondere die Beamten. Der Angriff auf den Lohnstandard im öffentlichen Dienst kann ideologisch recht einfach

vorbereitet werden, durch Zur-Sprache-Bringen von Kürzungen der Gehaltseinkommen hoher Beamter. Solche Kürzungen sind nämlich populär.

Schmidt wird also mit H.O. Vetter nicht nur über die Kürzungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung handeln wollen, sondern auch über die Notwendigkeit von mindestens relativen Lohnkürzungen im Bereich der öffentlichen Dienste sowie über Kürzung von Sozialleistungen. Die Einlassung der DGB-Gewerkschaften auf eine derartige Politik würde fatale Folgen haben. Wenn die ÖTV und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften den Angriff auf den Lohnstandard im öffentlichen Dienst schlucken, obwohl sicher ist, daß die Arbeitsbelastung erheblich zunimmt, werden viele am Sinn gewerkschaftlichen Kampfes zweifeln. Wenn der DGB die Kürzungsabsichten bei der Arbeitslosenversicherung schluckt, werden gleichzeitig die Voraussetzungen für die Lohnbewegungen in der Industrie rapide schlechter. Wenn die Gewerkschaftsbewegung die Kürzung der Sozialleistungen hinnimmt, so werden die Bedingungen für sehr viele Familien nicht nur wirtschaftlich unerträglich, sondern der latente Konflikt mit den Beschäftigten der öffentlichen Dienste wird umso stärker, je weniger diese sachlich tun können und je mehr sie sich mit der



Beratung der Tarifkommission der ÖTV im April 81 (aus: ötv-Magazin 5/81)

Findung von Vorschriften befassen müssen, die die Nichtgewährung von diesem und jenem solchem ermöglichen. Vielleicht nicht schnell, aber auf einige Dauer gesehen doch, würde die Gefahr des Zerfalls der Gewerkschaftsbewegung in einen staatstragenden Block, dessen Hauptbeschäftigung wird, die Arbeiterbevölkerung an die Zumutung reaktionärer Politik zu gewöhnen, in einen oppositionellen Flügel, der dies kritisiert, aber seinerseits handlungsunfähig ist, zu befürchten

sein. Die Förderpolitik, die seitens erheblicher Teile der CDU gegenüber den christlichen und konservativen Verbänden gemacht wird, würde auf solchem Boden Früchte tragen. So gäbe es denn für den öffentlichen Dienst auf die gegenwärtige Vorbereitungsintrige zum Angriff auf die Beamtengehälter schon bloß eine vernünftige Antwort: Wenn man in Regierungskreisen von Festgeld aufwärts A 13 redet, so müßte diese Regelung auch abwärts A 13 geltend gemacht werden.

## „Friedenspolitik“: Keine Kritik am NATO-Beschluß?

Im ÖTV-Magazin 6/81 veröffentlicht der ÖTV-Hauptvorstand seinen Beschluß zur Friedens- und Entspannungspolitik vom 15.5.1981. Er bekräftigt darin kurz sein Festhalten an den Grundsätzen des DGB in dieser Frage, um sich dann vom „Krefelder Appell“ und den „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ abzugrenzen und den Mitgliedern der ÖTV zu untersagen, sich im Namen der ÖTV an deren Aktivitäten zu beteiligen. Zugleich stellt der Hauptvorstand fest, daß der am 29.3. gefaßte Beschluß des Bundesjugendausschusses gegen den NATO-Mittelraketenbeschluß nicht den Festlegungen der ÖTV zur Abrüstung entspreche.

Welche verschiedenen Gründe der ÖTV-Hauptvorstand für diese Stellungnahme haben mag – in jedem Fall erfüllt sie auch die Funktion, die Bundesregierung, die sich wegen ihrer Rüstungspolitik wachsendem Widerstand aus der Gewerkschaftsbewegung und allen Teilen des Volkes gegenüber sieht, zu entlasten. Schonung der Regierung Schmidt/Genescher, um einen Wechsel zugunsten der CDU/CSU zu verhindern, könn-

te Erwägung bei diesem Beschluß sein. Das ist aber sicher eine Fehlkalkulation, denn welchen Nutzen sollte die Arbeiterbewegung von einer Schmidt-Regierung haben, die dem Druck der Reaktion so offensichtlich nachgibt und die Grenzen zur CDU verschwimmend macht?

Zur Abgrenzung gegenüber Bundesjugendausschuß und „Krefelder Appell“ stellt der ÖTV-Hauptvorstand fest: „Wer lediglich die Reduzierung des Rüstungspotentials für eines der großen militärischen Bündnissysteme fordert, ist mit diesen gewerkschaftlichen Festlegungen nach einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung nicht in Übereinstimmung.“ Um eine solche Position – gewissermaßen Schonung der Sowjetunion – geht es aber bei der Kritik am NATO-Beschluß gar nicht. Die Bewegung gegen diesen Beschluß entwickelt sich, weil er den Interessen des westdeutschen Volkes entgegengesetzt ist. Nützlich ist es, wenn Kluncker und Frister im DGB angeregt haben, „das Thema Friedenspolitik zum Gegenstand der Gesamtorganisation zu machen“, und das ÖTV-Magazin dafür Beiträge liefert. Feststellen kann man

aber auch, daß diese Debatte eingeengt ist auf militärstrategische Überlegungen im Rahmen der bestehenden Militärbündnisse, ganz abgesehen davon, daß die Artikel von Baudissin, C.F.v.Weizsäcker, Schulze und Karsten Voigt den NATO-Doppelbeschluß propagieren. Darüberhinaus ist Auseinandersetzung über die Interessen der Imperialisten und der Arbeiterbewegung von Bedeutung. Im Interesse letzterer liegt der Austritt der BRD aus der NATO und Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges und Abzug aller fremden Truppen. Dies würde den Intentionen des westdeutschen Finanzkapitals entgegenwirken, gestützt auf die NATO die „Deutsche Frage“ offenzuhalten und letztlich in ihrem Sinne zu lösen. Stützen kann man sich in der Debatte um den NATO-Nachrüstungsbeschluß auf die Forderung des DGB-Grundsatzprogramms nach Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Weitergabe von atomaren Waffen, die dem Doppelbeschluß streng genommen widerspricht. Ist den ÖTV-Untergliederungen auch eigenständiges öffentliches Auftreten untersagt, so doch nicht die Diskussion um die Ziele der Arbeiterbewegung in dieser Frage.

## Lohnabschlußkürzung durch Kurzarbeit

Durch die Bestimmung des Tarifabschlusses in der Metallindustrie, daß bei Kurzarbeit die Pauschalzahlung von 320 DM für März und April zeitanteilig gekürzt wird, verlieren die Beschäftigten bei Grundig Dachau rund 145 DM. Der Grundig-Konzern kann so alleine im Werk Dachau rund 145000 DM von der Lohnerhöhung einbehalten. Die Siemens-Kapitalisten behalten bei 12000 Kurzarbeitern im März und 15000 Kurzarbeitern im April über 800000 DM von der Lohnerhöhung ein. Bei BBC Heidelberg hat der Betriebsrat durchgesetzt, daß der Kapitalist  $\frac{1}{3}$  der Pauschalzahlungseinbuße ausgleichen muß.

## Rationalisierung in der Forstwirtschaft

Die Zahl der im Bereich der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg beschäftigten Waldarbeiter sank von 7884 1970 auf 4438 1979. Nur durch Personalabbau könne „der starke Kostendruck, den die jährlichen Tarifierhöhungen sowie die Verbesserungen im Bereich der Lohnnebenkosten ausüben, aufgefangen werden“, heißt es dazu im Sozialbericht 1980.

Am 26.5. fanden in der Klöckner-Hütte Bremen Betriebsversammlungen statt, auf denen Maßnahmen gegen die von der Konzernleitung angekündigten Massenentlassungen beraten wurden. An den anschließenden Demonstrationen in der Stadt beteiligten sich etwa 5000 Arbeiter der Klöckner-Hütte. Die Versammlungen forderten u.a.: 35-Stunden-Woche, Rentenalter von 55 Jahren für Schichtarbeiter, Verstaatlichung der Stahlindustrie. Die Aktionen richteten sich auch gegen die Spaltung der Belegschaften der verschiedenen Stahlkonzerne.

Von den 4438 Waldarbeitern sind 2894 Stammarbeiter (über 240 Tariftage jährlich), 759 regelmäßig Beschäftigte (90-240 Tariftage) und 885 unständig Beschäftigte (unter 90 Tariftage). Ein großer Teil der regelmäßig und unständig Beschäftigten sind Nebenerwerbslandwirte. 44% der Waldarbeiter sind zwischen 41 und 50 Jahren, 32% sind älter als 50, nur 24% sind unter 40 Jahren. Immer mehr scheiden vor Erreichen der Altersgrenze aus. Jetzt sollen nicht mehr ältere Waldarbeiter aus dem traditionellen Bereich der Landwirtschaft eingestellt werden, sondern jüngere, die eine Regelausbildung durchlaufen.



Durch den steigenden Maschineneinsatz hat sich die Zahl der Unfälle von 1,7 (je 1000 Arbeitsstunden) 1970 auf 2,1 1979 erhöht. Die Gefährdung eines Waldarbeiters ist heute etwa doppelt so hoch wie vor 20 Jahren.

## IG Druck gegen Streikbruch

Die dänischen Druckkapitalisten haben Streikbruchaufträge in die BRD vergeben. Bei der Firma Schacht in Ahrensburg sollte ein Reisekatalog von Tjaereborg weiterverarbeitet werden. Alle organisierten Arbeiter verweigerten die Arbeit an dem Auftrag. So wurde drei Tage länger als beabsichtigt an dem Katalog gearbeitet. Die Auslieferung konnte 24 Stunden verhindert werden. Allerdings konnte die Polizei die Blockade gewaltsam auflösen, und 18 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Ein weiterer Streikbruchauftrag sollte in einer Pinneberger Druckerei gedruckt werden. Die Drucker weigerten sich geschlossen, an dem Auftrag zu arbeiten, so daß die Geschäftsleitung den Auftrag zunächst auf Eis legen mußte. Die Delegiertenversammlung der IG Druck Hamburg vom 24.5. begrüßte die Blockadeaktion vor der Firma Schacht und beschloß Rechtsschutz für die 18 Festgenommenen.

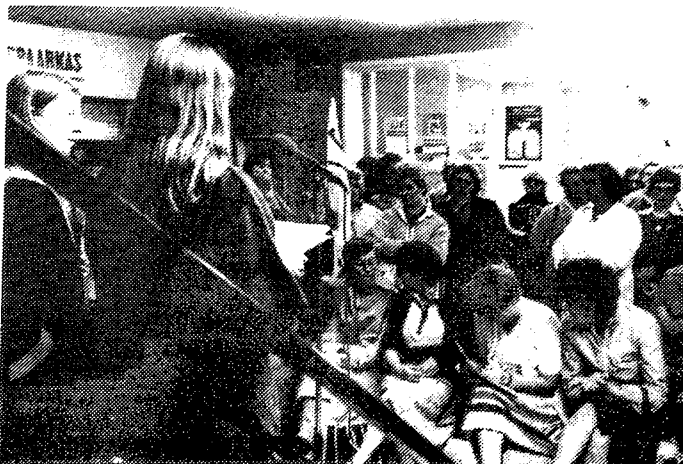
## Mängelkatalog für Auszubildendentarife

Das Tarifsekretariat der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat zur Unterstützung der Tarifverhandlungen, in denen die Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger geregelt werden sollen, einen

Mängelkatalog erstellt, mit dem in den Einrichtungen konkrete Beispiele der Ausbildungssituation zusammengetragen werden sollen. Unter anderem wird gefragt nach Problemen durch die Unterbesetzung der Krankenhäuser mit Personal und ihre Auswirkungen auf die Ausbildung; ausbildungsfremde Tätigkeiten; Einsatz zu Nacht-, Sonntags-, Samstags- und Feiertagsarbeit; Anwendung des Berufsbildungsgesetzes; Verhältnis von Theorie und Praxis in der Ausbildungszeit; Finanzierung der Ausbildungsmittel durch die Auszubildenden; Mißbrauch mit Beurteilungsbögen. An den Universitätskliniken werden die Auszubildenden offiziell nicht auf den Stellschlüssel angerechnet.

## Kampagne der französischen Seeleute

Die französischen Seeleute setzten ihre im November 1980 begonnene Kampagne zur Durchsetzung besserer Methoden zur Kalkulation der Renten fort. Zwischen dem tatsächlichen Verdienst und der Rentenberechnungsbasis klafft eine Lücke von 40%. Die Gewerkschaften verlangen, daß sie innerhalb von fünf Jahren geschlossen wird. Ab 7. April wurden alle französischen Schiffe nach Einlaufen in europäische Häfen drei Tage aufgehalten. Anfang Mai wurden Schlepper und Lotsenschiffe für 72 Stunden angehalten. Ab Mitte Mai wurde die Insel Korsika in die Aktionen einbezogen. Die Kampagne wird von Offiziers- und Mannschaftsgewerkschaften durchgeführt. Im November und Januar hatten 80% der Offiziere und 90% der Mannschaften gestreikt.



Am 10.1. hatte der Kapitalist der Boel-Werft in Belgien, Savery, ein „Sparprogramm“ vorgelegt: Danach sollten u.a. 250 (später 128) der 2000 Arbeiter entlassen, der Lohn um 10% (später 3%) gesenkt und die Rechte der gewerkschaftlichen Delegierten auf der Werft beschnitten werden. Savery ist zugleich Vorsitzender des Kapitalistenverbandes Fabrimetal, und sein „Sparprogramm“, das den geltenden Tarifvertrag bricht, ein ernster Angriff auf die belgische Gewerkschaftsbewegung. – Am 10.4. beschlossen die Boel-Arbeiter, diesen Angriff durch unbefristeten Streik zurückzuschlagen. Seither stehen sie im Streik unterstützt insbesondere durch die Metallarbeiter der Region, die am 22.5. einen 24stündigen Solidaritätsstreik durchführten, und durch ihre Frauen, die ein Unterstützungskomitee bildeten (Bild). (Nach: „Konkreet“, Wochenzeitung der Partei der Arbeit Belgiens).



## Gaspreise

# DGB sammelt Unterschriften gegen 30%ige Gaspreiserhöhung

**Göttingen.** Am Freitag letzter Woche hat der Rat der Stadt Göttingen mit den Stimmen von CDU und FDP die Gaspreise um 17,5 Pf. pro m<sup>3</sup> erhöht. Das entspricht 30 bis 34% bei einem durchschnittlichen Haushaltstarif und bedeutet eine Aufstockung der monatlichen Gasrechnung um 40 bis 80 DM. Es ist die dritte Erhöhung innerhalb der letzten 14 Monate, so daß der Gaspreis jetzt um 80% über dem Stand von 1979 liegt (Haushaltstarif G3: 1979 33 Pf.; 1980 46,2 Pf.; 1981 62,5 Pf.).

Die Stadtwerke begründen die steigenden Tarifforderungen mit den Einkaufspreisen. Es würden nur die reinen Mehrkosten weitergegeben. Vorlieferant ist die Gas-Union GmbH, die den Raum Frankfurt bis Göttingen beliefert. Sie befindet sich zu drei Viertel

hältnisse des Gaswerkes weiterhin geordnet zu halten“. Zu dieser Ordnung gehört, daß die privaten Haushalte höhere Tarife zahlen als die „industriellen Sonderabnehmer“. Darüber geben die Stadtwerke aber keine Auskunft, weil „der Bürger das mißverstehen würde“. Für 1979 kann man folgende Überschlagsrechnung anstellen: 55,4% des Gases wurden von den Haushalten verbraucht (61,3 Mio. m<sup>3</sup>). Bei damals 33 Pf. pro m<sup>3</sup> plus Grundgebühr ergeben sich etwa 26 Mio. DM Einnahmen aus Haushalten. Knapp 30 Mio. DM Einnahmen hatte das Gaswerk für den gesamten Gasverkauf geplant. Es bleiben nur ca. 4 Mio. DM aus dem Verkauf an industrielle Abnehmer, die aber immerhin 44,6% des Gases verbrauchen. Wären 1979 Haushaltstarif und Sondertarif gleich gewesen, so käme der Gaspreis auf 23 Pf./m<sup>3</sup>. Die

## Erklärung des DGB zu den Gaspreiserhöhungen

In der drastischen Verteuerung der Gaspreise sehen wir als DGB eine weitere, nachträgliche und unzulässige Korrektur der letzten Tarifabschlüsse zuungunsten der Arbeiter und Angestellten, der unteren Beamten einkommen und der Rentner und Pensionäre.

„... Der DGB-Kreis Göttingen lehnt in Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder ... die beabsichtigte Erhöhung des Gaspreises ab und fordert die Mitglieder des Rates der Stadt auf, der Gaspreiserhöhung die Zustimmung zu versagen.

Die Lohn- und Gehaltserhöhungen würden allein durch die Erhöhung der Gaspreise in unserer Stadt Göttingen unwirksam.

Die Verringerung der Reallöhne, auch durch Preiserhöhungen, wird gerade in diesen Tagen verstärkt durch die erneute Anhebung der Benzin- und Mineralölsteuer, die erneute Verteuerung der Bahntarife ...“

## Aus den Wirtschaftsplänen der städtischen Gasbetriebe (in Tausend DM)

Jahr	Konzessions- abgabe	Steuern	Gewinn
1977	1700	541	1480
1978	2300	555	1330
1979	2700	615	1390
1980	3000	800	1610

Quelle: Haushaltspläne der Stadt Göttingen

in Besitz der betreffenden Kommunen. Der Gasverkaufspreis wird von ihr an den Preis für schweres Heizöl gebunden. Für eine Veröffentlichung der Einkaufspreise und Offenlegung der Geschäftspolitik der Gas-Union sehen die Stadtwerke Göttingen keine Notwendigkeit. Selbst von den Ratsmitgliedern, die die Erhöhung beschlossen haben, kennen die wenigsten diese.

Die Erhöhung sei „zwingend notwendig, um die wirtschaftlichen Ver-

privaten Haushalte mußten aber über 42 Pf. bezahlen.

In den letzten Jahren erwirtschaften die Gasbetriebe steigende Gewinne; zusammen mit Steuern und Konzessionsabgabe machten sie 1980 über 5 Mio. DM aus. Das sind über 10% des Umsatzes. Auf die Konzessionsabgabe, so die FDP, könne die Stadt nicht verzichten. Selbst wenn, würde dies nur 2 Pf. (= 3%) pro m<sup>3</sup> ausmachen. Seltensam, wo doch die Konzessionsabgabe

auf 9% der Tarifeinnahmen festgesetzt ist.

Ursprünglich sollte die Erhöhung 19 Pf. betragen. Dem hatte auch die SPD im Werksausschuß zugestimmt. Am Tage der Ratssitzung ist die Verwaltung der Stadt mit ihrer Forderung auf 17,5 Pf. zurückgegangen. Sie hat dies mit den jüngsten Beschlüssen der OPEC begründet. Es mag da aber noch einen anderen Grund gegeben haben. Nachdem sich eine Aktionseinheit aus der Kommunalwahlliste „AGIL“, der DKP, den Grünen, JUSO-Ortsverein und anderen Gruppen gegen die Erhöhung gebildet hatte, sprach sich auch der DGB gegen die Erhöhung aus. In einer Erklärung (siehe Kasten) fordert er die Ablehnung der Gaspreiserhöhung, erneute Verhandlungen der Stadt mit der Gas-Union und die Offenlegung der Lieferverträge. Die Postgewerkschaft, die HBV protestierten ebenfalls. Unter der Erklärung des DGB sind in zehn Tagen 3622 Unterschriften in Göttinger Betrieben und in der Stadt gesammelt worden. Dies hat die SPD deutlich unter Druck gebracht. Auf der Ratssitzung hat sie sich damit aus der Affaire gezogen, daß sie zwar der Sache nach für die Erhöhung eingetreten ist, sich aber aufgrund einer Zeitungsanzeige der CDU, in der der Bundesregierung die Schuld an der Erhöhung zugeschoben wird, weigerte, für die Erhöhung zu stimmen. Über die mangelnde Informationspolitik der Stadtwerke hat sie geklagt, die zu Schwierigkeiten und Mißverständnissen in der ihr nahestehenden Öffentlichkeit führe. Ob sich der Riß so leicht wieder kitten lassen wird? Für den Herbst ist eine erneute Überprüfung der Gaspreise angekündigt. Die SPD will eine Heizkostenbeihilfe für Wohngeldempfänger von 10 DM pro Monat im Rat beantragen.

## Land Baden-Württemberg Vorreiter in der Beamtenbeurteilung

**Mannheim.** Die Landesregierung Baden-Württemberg hat vor kurzem neue Beförderungsrichtlinien beschlossen, deren Inhalt eine stärkere Koppelung der Beförderung an die Dienstbeurteilung ist. Beamte, deren dienstliche Leistung mit dem Gesamturteil „sehr gut“ bewertet wurden, können nach Ablauf von eineinhalb Jahren seit Laufbahneintritt befördert werden; Beamte, deren Gesamturteil „gut“ lautet, nach zwei Jahren. Bei Beurteilungen mit „befriedigend“ oder „ausreichend“ kann jeweils leistungsgemäß

abgestuft erst nach mehr als zwei Jahren befördert werden, wobei der Mindestabstand drei Monate betragen muß. Beamte, deren Leistungen mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ beurteilt wurden, können grundsätzlich nicht befördert werden. Außerdem sind Beförderungen nur dann möglich, wenn eine entsprechende Stelle vorhanden ist, was angesichts der Streichung von 300 Stellen 1981 und 1982 an Bedeutung gewinnt.

An eine Stärkung des Leistungsprinzips hatte wohl auch die Landesregierung unter Filbinger bei der Änderung der Laufbahnverordnung für Landesbeamte 1974 gedacht: Die Prüfungsnoten werden seitdem nicht mehr am Durchschnitt orientiert, sondern an den Anforderungen, die der Dienstherr stellt. Vier Jahre später führte der frischgebackene Innenminister Baum genau die gleiche Änderung für die Bundesbeamten ein.

Ebenfalls auf die Filbinger-Regierung mit Innenminister Schieß geht die Änderung zurück, daß einer Beförderung gleichkommt, wenn einem Beamten „ein anderes Amt mit *gleichem* Endgrundgehalt und anderer Amtsbezeichnung unter gleichzeitigem Wechsel der Laufbahngruppe“ übertragen wird. Die jetzige Landesregierung verlangt von den Beschäftigten im Landesdienst nicht nur Flexibilität hinsichtlich der Laufbahn, sondern auch Mobilität hinsichtlich des Arbeitsplatzes. Zumindest diejenigen Beamten, die auf Beförderung in die Spitzenpositionen ihrer Laufbahn aus sind, müssen sich an mehreren Arbeitsplätzen „besonders bewährt“ haben. Auf diese Weise verfolgt die Landesregierung den gleichen Grundsatz – „den richtigen Menschen an den richtigen Platz“ – wie das Bundesministerium des Inneren mit dem Aktionsprogramm zur Reform des Öffentlichen Dienstes unter der Zielsetzung der Leistungssteigerung. Und damit der Dienstherr auch den „richtigen Menschen“ findet, hat sie 1979 in einem Beschluß über „kooperativen Führungsstil und Zusammenarbeit in der Landesverwaltung“ zum Problem „Kontrolle“ angewiesen: „Die Kontrolle von Arbeitsergebnissen sollte sich insbesondere erstrecken auf ... die Einhaltung einer eingeführten Verwaltungspraxis, die Einhaltung von Terminen, die Dauer der Verfahren, die Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Arbeitsplanung und der Arbeitsweise, ...“

Zu den Mitteln der Kontrolle gehört u.a.: „die unvermutete oder periodische Bearbeitungszeitkontrolle, die periodische oder aus konkretem Anlaß verfügte Anforderung von Rückstandsmeldungen.“ Die jetzt eingeführten Beförderungsrichtlinien sollen dem Ganzen offensichtlich den entsprechenden Nachdruck verleihen.



Hamburger Schüler demonstrierten am 22. Mai aus verschiedenen Stadtteilen zur Schulbehörde. Durch den Marsch an mehreren Schulen vorbei festigten sie ihren Zusammenschluß und nahmen auch die Jüngeren mit.

### Schulentwicklungsplan Hamburg

## „Wir wollen eine Schule, die Spaß macht!“

**Hamburg.** Die Schülerkammer Hamburg hatte mit Unterstützung der DGB-Jugend und auch der GEW für den 22. Mai zu einem zweiten Streiktag aufgerufen, dem ca 15000 Schüler gefolgt sind. Schon im Februar hatten nach Angaben der Schülerkammer 50000 an einem Streik teilgenommen und 20000 vor der Schulbehörde demonstriert. In den Schulen waren diese Kampfschritte auf Schülervollversammlungen zum Teil mit Eltern und Lehrern vorbereitet worden. Viele kleine Aktionen in den Stadtteilen, vor allem an einzelnen Schulen, waren vorausgegangen und finden bis heute statt: Besetzungen von Schulen, Zumauern von Schultoren, Tribunale gegen den Schulsenator bis zur Durchführung von „Alternativen Schulen“.

Anlaß ist der vom Senat vorgelegte Entwurf für einen Schulentwicklungsplan (SEPL) bis 1990 und der am 10.6. beschlossene „Strukturplan für verändernde Maßnahmen“ (STRUPL). Der STRUPL sieht zum 1.8.1981 101 Maßnahmen an 78 Schulen vor, die zu 17 Schulschließungen führen werden, an einzelnen Schulen zur Abschaffung von Klassenstufen, Beschneidungen auf Grundschulen und Streichungen von Klassen innerhalb einzelner Stufen. Damit ist der STRUPL die Durchführung des ersten Teils des – bisher nirgendwo beschlossenen – SEPL, der als schärfste Maßnahme die Schließung von 57 Schulen vorsieht. Sichere Wirkung ist die Verlängerung der Schulwege; Oberstufenschüler sollen gar pendeln zwischen verschiedenen Schulen. Seit langem geforderte Verbesserungen wie Senkung der Klassen-

frequenzen, breiteres Lehrangebot, weniger Unterrichtsausfall, Einstellung aller Lehrer, wie sie die Bewegung der Schüler, der GEW und einiger Elternverbände in den Mittelpunkt stellen, finden keinen Niederschlag.

Der Schulsenator nennt insbesondere das Sinken der Schülerzahlen in der Primar- und Sekundarstufe I (angegeben wird ein Absinken um  $\frac{1}{3}$ ) als Begründung für die Planung. Senkung der Haushaltsausgaben für Schulen sind beabsichtigt.

Die Schülerdemonstrationen bringen aber viel mehr zum Ausdruck als den Widerstand gegen Schulschließungen: „Wir Schüler haben zum ersten Mal seit langem wieder in Massen gezeigt, daß wir keine Lust mehr haben auf eine Schule, wie sie zur Zeit läuft. Wir sind, wie die Losung der Schülerkammer sagt, gegen ‚Frust und Anmache‘, wir wollen eine Schule, die Spaß macht. Dafür sind wir am 26.2. auf die Straße gegangen.“ (Vorsitzender der Schülerkammer) Die Berufsschüler schreiben: „Wir wollen nicht nur für die Prüfungen jede Menge Fachwissen reingestopft kriegen, sondern so lernen, daß wir damit jetzt und später etwas anfangen können.“ Das schließt gerade die materielle Ausstattung der Schulen mit Unterrichtsmaterialien ein, berührt aber auch die Inhalte. Die Schülervertretung der Gymnasien lehnt nach Erörterung des Kultusministerbeschlusses zu den Staatsgrenzen in Schulbüchern den Wehrkundeunterricht und jede weitere Militarisierung des Unterrichts ab.

An verschiedenen Gymnasien fördert die CDU den Kampf gegen den

SEPL direkt, weil der SPD-Senat damit Gesamtschulen durchsetzen wolle. Die Schüler-Union versucht – bisher unter den Schülern recht erfolglos – in der Bewegung Fuß zu fassen. Ihre Leitlinie setzt auf den Erhalt des reaktionären dreigliedrigen Schulsystems. In ihren „Thesen zur Bildungspolitik“ hat sie formuliert: „Vielfalt und Wettbewerb sind Grundprinzipien eines modernen Bildungssystems.“

## Polizei Festnahmen orientiert am Aussehen

Frankfurt. Am Samstag, 23.5., bot sich für die Frankfurter Polizeiführung endlich ein Anlaß, gegen die „verschiedenen politischen Gruppierungen und Grüppchen“, die sich nach Polizeierkenntnissen jeden Samstag auf dem Flohmarkt versammelten, vorzugehen. Auf dem „Eisernen Steg“ über den Main zum Flohmarkt war ein Transparent „Wir unterstützen die Hungerstreikforderungen. – Wir lassen uns nicht einschüchtern“ aufgezogen worden. (In Preungesheim saßen zwei Leute in U-Haft, denen das Kleben von Plakataufrufen für eine Demonstration gegen Isolationshaft vorgeworfen wird.) Wegen § 129a schickte die Polizeiführung zwei Beamte vor, dann sechs weitere, dann ganze Mannschaftswagen. Es entwickelte sich eine vierstündige Straßenschlacht zwischen Polizei und Flohmarktbesuchern.

Damit waren die Voraussetzung geschaffen, am folgenden Samstag voll zuzulangen. Am Donnerstag und Freitag verkündete die Polizei in der Presse, daß die Punker am Samstag auf dem Flohmarkt Putz machen wollten, sie das durch geeignete Maßnahmen verhindern werde, daß die Bürger die Polizei nicht behindern sollten usw.

Am Samstag, 30.5., nahm die Polizei 66 Jugendliche und z.T. Kinder in der Umgebung von Flohmarkt und Eisernem Steg in Vorbeugehaft. Ein Grund wurde bei den Festnahmen nicht angegeben. Sie wurden durchsucht, verhört, fotografiert und mehrere Stunden festgehalten. Ein Polizeisprecher begründete das Vorgehen mit § 46 des hessischen Gesetzes über Sicherheit und Ordnung, das vorbeugende Festnahmen erlaube, wenn die Polizei Kenntnis davon habe, daß strafbare Handlungen begangen werden sollten. Auf den Vorwurf, sich an Lederjacken orientiert zu haben, antwortete der Polizeisprecher in der Hessenschau ganz dreist, nicht daran, sondern „am Aussehen dieser Personen schlechthin“ und „an der Umgebung, in der sie sich aufhielten“ habe sich die Polizei orientiert. Die Eltern von einigen Jugendli-

chen und Kindern haben Anzeige wegen Freiheitsberaubung gestellt.

Der Frankfurter SPD-Vorstand hat die Maßnahmen der Polizei als „Vorbeugehaft“ und mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und den Verfassungsrechten nicht in Einklang stehend verurteilt. Der DGB hat sich bisher dazu nicht geäußert. Schlecht ist, daß sich die Gewerkschaft der Polizei in Sorge um die hohe Zahl der verletzten Beamten hinter die Polizeiführung stellt, mehr Ausrüstung fordert und die 66 Festnahmen als „Inverwahrnahme“ verharmlost, statt den Dienstherrn wegen der die Polizisten verheizenden provokativen Einsätze anzugreifen.

## Evangelische Kirche Pfarrer spüren nicht richtig

München. Dieter Kreysler, hauptamtlicher Polizeiseelsorger der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, schlug auf der Jahrestagung 81 der nebenamtlichen Polizeipfarrer Ende Mai eine Bresche für den Staatsapparat: „In der Polizei verstärkt sich der Eindruck, daß die evangelische Kirche ... in der Öffentlichkeit vor allem durch ihr Engagement für wenige Randgruppen, zum Beispiel die Hausbesetzerszene, bekannt werde ... Durch die Errichtung eines Hausbesetzer-Solidaritätskontos des Münchner evangelischen Studentenpfarrers Wolfgang Döbrich und durch andere ähnliche Vorgänge sei bei den Polizeibeamten der Eindruck erweckt worden, als ob für die evangelische Kirche das Handeln der Polizei bei derartigen Vorfällen unrechtmäßig gewesen sei“ (Süddeutsche Zeitung vom 2.6.81).

Ohne Zweifel hinterläßt der Kampf gegen die Wohnungsnot – wie der Kampf gegen die Aufrüstung – in den Kirchen seine Spuren. Als weitere Beispiele seien genannt: Im Mai die Forde-

rung des evangelischen Landesbischofs von Berlin Kruse auf der Frühjahrssynode nach „einer politischen Lösung der mehr als 100 Hausbesetzungen in der Stadt“; im März die Auseinandersetzung in der Landessynode der evangelischen Kirche in Bayern, wo der Landesdekan Hermann von Loewenich seine ursprünglich bekundete Sympathie für die verhafteten Jugendlichen von Nürnberg erst nach einem Krach mit dem Synodal Karl Hillermeier (im Hauptberuf Justizminister des Freistaats Bayern und stellvertretender Ministerpräsident) fallen ließ.

Für die Durchsetzung des reaktionären Kurses der Bundesregierung in Sachen Rüstung und der Länderregierungen in Sachen Wohnungsnot ist jede – auch halbherzige – Erklärung gegen die Absichten des Staatsapparats hinderlich.

Daher die empfindliche Reaktion, wenn selbst die Kirchen nicht richtig spüren. Die Ausrichtungsbemühungen sind deutlich formuliert. Hillermeier bei der Eröffnung der 26. Gesamtkonferenz evangelischer Militärpfarrer in Neu-Ulm am 4. Mai: Die Friedensdiskussion der jüngsten Zeit sei „mit Sorge zu betrachten“. Es sei „zu beklagen, wenn in einigen Erklärungen aus jüngster Zeit der Eindruck erweckt werde, als entspreche allein die Ablehnung des Dienstes mit der Waffe verantwortlichem christlichen Tun“. Es solle „für jeden Christen selbstverständlich sein, sich schützend vor die große Zahl junger Menschen zu stellen, die Jahr für Jahr dazu bereit sind, als Soldaten unser Leben und unsere Freiheit zu schützen“ (Bulletin der Bayerischen Staatsregierung Nr. 9/81).

Ebenso klar Hauptkommissar Renner vom zentralpsychologischen Dienst des Münchner Polizeipräsidiums: „Ferner könne die Kirche ‚nach außen‘ zu der Erkenntnis der Öffentlichkeit beitragen, daß Polizeibeamte in der Gesellschaft notwendig seien“ (Süddeutsche Zeitung, ebd.).

## Umweltverseuchung Obst und Gemüse gesundheitsgefährdend

Goslar. In Obst und Gemüse aus dem Raum Oker-Harlingerode erreichen nach einem Bericht des niedersächsischen Sozialministeriums die Schwermetallniederschläge aus den umliegenden Hüttenwerken der Preussag AG Metall stellenweise gesundheitsbedenkliche Konzentrationen. In der Ende Mai abgegebenen Erklärung wurde erneut festgestellt, daß zahlreiche Fruchtarten „mit Vorsicht“ oder am besten „auf ein Mindestmaß beschränkt“ zu genießen seien, weil die Richtwerte des



Strauß empfängt in Brokdorf verletzte bayerische Polizisten

Bundesgesundheitsamtes über Schwermetalle in Nahrungsmitteln häufig überschritten würden. Das Ministerium habe angeordnet, daß vom staatlichen chemischen Untersuchungsamt Braunschweig Lebensmittelchemiker die Verbraucherzentrale in Goslar und Harlingerode unterstützen und in regelmäßigen Abständen Auskunft „über Verzehrsempfehlungen und Mengenangaben“ des selbstangebauten oder aus dem Gebiet stammenden Obstes und Gemüses geben.

Bereits vor einem Jahr hatte Sozialminister Schnipkoweit brieflich mitteilen lassen, daß bei 50% der Obst- und 70% der Gemüseproben aus Kleingärten im Umkreis von etwa drei Kilometern der Hüttenwerke die Richtwerte überschritten worden seien. Den Kleingärtnern wurde der Rat gegeben, die Nahrungsmittel zu waschen und z.B. wöchentlich und pro Person von Spinat und Sellerie nicht mehr als 50 g und von Gemüse und Kartoffeln nur zwischen 200 und 250 g zu verzehren.

Im Gegensatz zur Stellungnahme des Sozialministeriums auf einen offenen Brief der Bürgerinitiative Oker/Harlingerode und zu den Aussagen, die Ministerpräsident Albrecht in einem Interview des NDR am 22.4.81 gab, hat sich die Schwermetallbelastung weiter verschärft. Die Mittelwerte für das zweite Halbjahr 1980 bezüglich Cadmiumkonzentration der Luft lagen für die vier Meßstationen des Gebietes gegenüber den Jahresmittelwerten 1977/78 höher: 31,6/29,2/56,4/90,8 (2. Hj. 1980) gegenüber 56/30/21/44 (1977/78; jeweils in ng/m<sup>3</sup> Luft; 1 ng = 1 Nanogramm = 1 Milliardstel (10<sup>-9</sup>) Gramm). Die dem Bundestag als Entwurf vorliegende Technische Anleitung (TA) Luft geht von einer maximal zulässigen Cadmiumkonzentration von 40 ng/m<sup>3</sup> Luft aus. Im Oktober 1980 wurden in Oker 118,9 ng/m<sup>3</sup> Luft gemessen.

Die Bürgerinitiative fordert von der Landesregierung eine Verwaltungsvorschrift, die die im Entwurf der TA Luft genannten Grenzwerte für Schwermetalle in Niedersachsen rechtsverbindlich einführen soll, da die Landesregierung gegenwärtig mit „festgesetzten“ Grenzwerten abzuwiegen versucht, die in Niedersachsen ohne rechtliche Konsequenzen überschritten werden können. Weder will jedoch die Landesregierung den Konzern zu Sofortmaßnahmen zwingen, die die Schwermetallniederschläge senken, noch werden die Untersuchungen etc. nach dem Verursacherprinzip finanziert. Stattdessen schickt Schnipkoweit Verzehrsempfehlungen und fordert die Landesregierung noch höhere Subventionierung des Sanierungsprogramms der Preussag aus Steuergeldern, wo schon jetzt 66% des 54 Mio. DM Programms derart finanziert werden.

## Stahlindustrie

# Rationalisierung von Hoesch und Krupp in den Aufsichtsräten durchgesetzt

Essen. Haben die westdeutschen Stahlmonopole in den letzten Monaten nur Stück für Stück ihre Rationalisierungskonzepte herausgerückt, um den Widerstand der Belegschaften zu brechen, so haben die Aufsichtsräte von Hoesch und Krupp mittlerweile entschieden. Im wesentlichen haben die Vorstände ihre Konzepte durchsetzen können, womit allein nach den derzeitigen Ankündigungen bis 1985 ein weiterer Abbau der Belegschaften in der Stahlindustrie um 40000 Arbeiter und Angestellte durchgeführt werden soll.

Wie beabsichtigt sollen die Hoesch-Belegschaften in Dortmund von jetzt 19500 Beschäftigten auf 13000 verringert werden (1979: 24000; vergl. Pol. Ber. 10/81). Mit der Konzentration der Produktion auf die Westfalenhütte sollen die Rohstahlkapazitäten von 1979 noch 7,2 Mio. Jahrestonnen auf 4,2 Mio. gesenkt werden, also in geringerem Umfang, verbunden mit Modernisierung der veralteten Anlagen. Mit dem Bau eines neuen Stahlwerks soll

Bei Krupp sah der Vorstand ursprünglich die Stilllegung mehrerer Walzstraßen in Bochum, Hagen und Rheinhausen sowie der Schmieden in Siegen und Hagen vor, verbunden mit einem Belegschaftsabbau von einschließlich Angestellten 5300 Beschäftigten. In Hagen hätte das Konzept die Einstellung der Stahlproduktion zur Folge gehabt. Anders als bei Hoesch unterstützte zwar der „neutrale Mann“ im Aufsichtsrat dieses Konzept. Aufgrund des Drucks der Belegschaft unterstützten jedoch die Vertreter des Iran, der 25,1% der Krupp-Aktien hält, die Vertreter der IG Metall gegen diese Pläne, so daß Abstriche durchgesetzt werden konnten. Nur noch die Mittelstraße in Rheinhausen soll jetzt stillgesetzt werden, in den anderen Betrieben wird von Drei-Schicht-Betrieb auf Ein- oder Zwei-Schicht-Betrieb heruntergegangen. Nach Aussage des Vorstands handelt es sich bei dem jetzigen Beschluß um die erste Stufe des ursprünglichen Konzepts. Dennoch sollen 4000 Beschäftigte dadurch



1. Mai in Duisburg. Die Belegschaften der Stahlmonopole beteiligten sich in diesem Jahr in deutlich größeren Blocks als in den letzten Jahren an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB.

erst 1983 begonnen werden. Dabei hat der Hoesch-Vorstand das gesamte Konzept gleich noch von umfassender Subventionierung abhängig gemacht: 2,7 Mrd. DM umfassen die Projekte, 1,6 Mrd. DM davon verlangt er unter Hinweis auf das „Saar-Modell“ aus Steuergeldern, 300 Mio. DM hiervon für den Sozialplan, bei dem der Vorstand das einzige wirkliche Zugeständnis machen mußte. Der Aufsichtsrat hat sich verpflichtet, keine direkten Entlassungen zuzulassen.

freigesetzt werden, bei gleichzeitigen Investitionen von 500 Mio. DM. Die weitere Entscheidung über das Konzept ist auf 1982 verschoben. Bis dahin wollen die Krupp-Kapitalisten zusehen, wie weit sie sich gegenüber der europäischen Konkurrenz durchsetzen können.

„Die deutsche Stahlindustrie zahlt die Zeche für ungleiche Wettbewerbsbedingungen auf dem europäischen Markt“, so der Kern des Klagegedes des Krupp-Vorstandes für sein Kon-

## „Saar-Modell“

Das „Modell Saar“ ist Vorbild: Der Hoesch-Konzern, inzwischen auch Klöckner, Thyssen und Krupp fordern für ihre Rationalisierungsmaßnahmen staatliche Subventionen in Milliardenhöhe. Nur dann könnten Stahlproduktion und Arbeitsplätze gesichert werden.

Für die völlige Umstrukturierung der saarländischen Hütten erhielt der ARBED-Konzern 1978 durch die Bundesregierung Subventionen in Höhe von 1,5 Mrd. DM.

Ab Beginn der Krise 1975 war für die saarländischen Stahlkapitalisten die Modernisierung ihrer Produktionsanlagen dringend. Die drei Hütten: Stahlwerk Röchling-Burbach GmbH, Neunkirchner Eisenwerke AG (NE) und die Dillinger Hütten produzierten mit völlig überalterten Anlagen.

Schon 1974 wurden über 50% des Weltrohstahls nach dem neuen Sauerstoffverfahren (Oxygenstahl) erzeugt. Genauso waren die großen Stahlkonzerne dazu übergegangen, den Stahl im Stranggußverfahren abzugießen. Die saarländischen Stahlkapitalisten reagierten auf die Krise unmittelbar mit der Intensivierung der Arbeit; der Reduzierung der Belegschaften, Umbesetzungen, Frühpensionierung, 1977 mit Massentlassungen. Die Propaganda folgte: Der „Niedergang der saarländischen Stahlregion“ müsse verhindert werden, ein Sanierungskonzept her, das die Wettbewerbsfähigkeit sichere. Der ARBED-Konzern übernahm Röchling (zuvor 50% Anteil), kaufte die NE-AG auf, die ihrerseits 32% der Dillingerhütte besitzt.

Die Bundesregierung subventionierte die Rationalisierungsinvestitionen: Bau eines neuen Blasstahlwerks mit Stranggußanlagen, Stilllegung der drei bestehenden Stahlwerke, Umstrukturierung auf Qualitäts- und Edelstahl, Reduzierung der Belegschaft um 800.

Weitere Ergebnisse: das Saarland hat heute mit 7,6% die höchste Arbeitslosenquote, im Vergleich mit den anderen Bundesländern verschlechtert sich das Lohnniveau seit 1975. Wegen der „Verschlechterung der Konjunktur“ kündigt ARBED direkte Entlassungen an; die Bundes- und Landesregierung subventioniert erneut mit über 250 Mio. DM. Dazu die Bundesregierung: „Die Hilfe sei davon abhängig, daß Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt würden, wozu auch eine Kostensenkung im Personalbereich gehöre.“

zept und gleichzeitig der Versuch, den Widerstand der Belegschaft und der IG Metall in ihm genehme Bahnen zu lenken. Lambsdorff hat erneut Maßnahmen gegen die Subventionierung der Stahlmonopole in den anderen EGLändern angekündigt. Dabei sind trotz der Überproduktionskrise insbesondere die Kapazitäten der westdeutschen Stahlindustrie bisher ausgebaut worden. 1975 betrugen sie in Westdeutschland bei Rohstahl 62,9 Mio. Jahrestonnen, 1980 69,2 Mio. t. Der Ausbau fand im wesentlichen im Zuge von Rationalisierungsinvestitionen statt, durch die die Produktivität im gleichen Zeitraum um 24,7% hochgedrückt wurde. Denn gerade in der Stahlindustrie und hier im Massenstahlbereich (Profilstahl) ist die Möglichkeit profitablerer Produktion in besonderem Maße mit Kapazitätssteigerungen verbunden.

Es war dringend erforderlich, daß sich der IG Metall-Hauptvorstand bei der Vorlage seiner Vorschläge für ein Strukturprogramm zur Überwindung der Stahlkrise kürzlich immerhin von der chauvinistischen Propaganda der Stahlmonopole abgrenzte. Mehrere Betriebsräte, wie der Betriebsrat von Krupp-Hagen, haben in Resolutionen festgehalten, daß der Konkurrenzkampf der Stahlmonopole letzten Endes auf dem Rücken der Stahlarbeiter entschieden wird. Nicht zuletzt an den Lohnabschlüssen der letzten Jahre wird das deutlich. Bis auf 1980 lagen sie schon seit 1973 stets unter den Metallabschlüssen. Beschwichtigt worden in ihren Rationalisierungsplänen sind die Kapitalisten dadurch nicht, im Gegenteil. Und ohnehin lagen die Effektivlöhne der Stahlarbeiter 1958 noch 22,4% über dem Durchschnitt der Industriearbeiterlöhne, 1978 nur noch 4%, während die Stahlkapitalisten gerade seit Ende der 50er Jahre in wachsendem Umfang die Kontischicht eingeführt haben, wodurch der Anteil der Schichtzulagen gewachsen ist.

## Hochwasser

### Gefordert wird wirksamer Hochwasserschutz

**Northeim.** Seit über zehn Jahren wird in Hollenstedt ein wirksamer Hochwasserschutz von der niedersächsischen Landesregierung gefordert. Nichts ist geschehen. Jetzt hat das Wasser – zum vierten Mal in diesem Jahr – den Ort völlig überflutet und von der Außenwelt abgeschnitten. Im Landkreis Northeim wurde die Ernte von 1000 Bauern fast völlig vernichtet. Der Schaden beträgt mindestens 100 Mio. DM. Zu Recht bezweifelte der Hollenstedter Ortsbürgermeister, daß



„das sein mußte“ und Northeims Oberstadtdirektor erklärte: „Unsere Forderung an die niedersächsische Landesregierung, endlich etwas für den Hochwasserschutz unseres Gebietes zu tun, wurde angehört. Getan wurde nichts ...“ Die Zusage, die Landwirtschaftsminister Gerhard Glup gegeben habe, wenigstens etwas für den inneren Hochwasserschutz zu tun, reiche nicht aus. „Wir brauchen dringend Maßnahmen oberhalb der Stadt. Dazu gehört der seit Jahren von uns verlangte Rhumepolder.“ Der Polder soll verhindern, daß der Wasserpegel der Rhume in Northeim so stark ansteigen kann. Die CDU hat für die Forderungen des Landkreises – für die von Bürgerinitiativen nach dem Frühjahrshochwasser bereits Unterschriften gesammelt wurden – die zynische Antwort parat, Gemeinden hätten Bebauungspläne für überschwemmungsgefährdete Gebiete verabschiedet und dann eben auch selber schuld. Die Landesregierung hat 5 Mio. DM „Soforthilfe“ bereitgestellt, viel zu wenig. Die Volks- und Raiffeisenbanken der Landkreise Göttingen und Northeim haben das Geschäft gerochen und einen 10 Mio. DM „Hilfsfonds“ eingerichtet – Kredite zu 9,75 % Zinsen, einem Auszahlungskurs von 95 % bei vierjähriger Laufzeit.

Tausende Hektar Getreide standen unter Wasser, die Heuernte ist vernichtet, die Düngewirkung auf den Feldern ist fast neutralisiert. Ein Bauer aus Erzhausen: „Wenn wir den Glup erwischten hätten, hätten wir ihn acht Tage ins Wasser gehalten und ab und zu mal untergetaucht.“



## BMW AG

### Offene Fragen bei Angestelltenentlohnung

München. Im Februar 1980 gab der Betriebsrat von BMW auf einer Angestelltenversammlung in München bekannt, daß 13 Prozent der Angestellten nicht gemäß der Ausschreibung ihres Arbeitsplatzes bezahlt werden. Zum einen stellten die Kapitalisten oft zwei Gehaltsgruppen unter der Stellenausschreibung ein. Zum anderen wird bis heute – trotz Intervention des Betriebsrates – die Betriebsvereinbarung nicht eingehalten, derzufolge auf der internen Stellenausschreibung die tarifliche Eingruppierung anzugeben ist. So wurde vielfach gar nicht ersichtlich, daß man nicht nur eine, sondern sogar zwei Gehaltsgruppen unterbezahlt war, und der Vergleich zwischen den Arbeitsplätzen und ihrer Bezahlung erschwert.

Durch den Betriebsrat wurde mittlerweile erreicht, daß Lehrlinge, nachdem sie ausgelernt haben und übernommen wurden, nicht mehr in Gehaltsgruppe 3, sondern in Gehaltsgruppe 4 eingestuft werden müssen, daß bei Neueinstellungen das Unterschreiten der Stellenausschreibung um zwei Gehaltsgruppen unzulässig ist. Ebenso fanden an den krassesten Punkten Umgruppierungen statt. Vielfach wurde zwar in die nächsthöhere Gehaltsgruppe, aber in das erste Gruppenjahr eingestuft. Rückzieher machte die Personalabteilung nur dort, wo seitens der Angestellten, des Betriebsrates und des Vorgesetzten das vierte Gruppenjahr gefordert wurde, mit der Begründung: „weil der Vorgesetzte dies versprochen habe.“

Der Manteltarifvertrag der Bayerischen Metallindustrie regelt hingegen eindeutig, daß – anders als in Fällen, wo Umgruppierungen aufgrund veränderter Arbeitsplatzbeschreibungen erfolgen – bei Umgruppierungen „bei unveränderter Tätigkeit“ die „gesamte Beschäftigungsdauer“ der Berechnung der Tätigkeitsjahre zugrunde gelegt werden muß (Anm. zu § 6, Ziff. 3). Zwar waren die Umgruppierungen meist mit außertariflichen Zulagen von ca. 150 DM gekoppelt, diese sind jedoch in diesem Jahr mit dem automatischen Vorrücken in das 2. Gruppenjahr verrechnet worden. Das Tarifgehalt plus durchschnittlicher Leistungszulage liegt bei diesen Angestellten um 350 bis 400 DM zu niedrig. Beim diesjährigen Tarifabschluß gingen ihnen zwischen 20 und 25 DM verloren. Bei 13% der Angestellten machte das für die BMW-Kapitalisten beim diesjährigen Tarifabschluß eine Einsparung von 2,4 bis 3 Mio. DM zu anderweitiger,

profitlicherer Verwendung aus. Und 13% der Angestellten sollen – laut Betriebsrat – nach wie vor nicht richtig eingruppiert sein.

Wird man jetzt erneut wegen Umgruppierung oder Wiedererlangens außertariflicher Zulagen vorstellig, wird einem von den Vorgesetzten beschieden, daß sie noch keine neuen Etats für



die Abteilungen erhalten haben. Dies wird seitens der Personalabteilung bewußt bis auf den Abschluß der Gemeinkostenwertanalyse verschoben, die eine weitere Senkung der Gehaltssumme durch Ausdünnen der Abteilungen und über Änderungen der Stellenbeschreibungen ermöglichen soll. Der Betriebsrat hat einiges bereits erreicht. Information der Belegschaft über den Stand der Verhandlungen sowie über ihre Rechte würden seine Position stärken.

### Daimler-Benz Rationalisierungsprogramm von 13 Mrd. DM

Stuttgart. Mit einem 13-Milliarden-DM-Rationalisierungsprogramm beschreiten die Daimler-Benz-Kapitalisten neue Wege in der Ausbeutung der Arbeitskraft. Ihr Ziel ist die Steigerung der derzeitigen Pkw-Produktion von 422000 Einheiten pro Jahr auf 550000 Einheiten, circa 30 Prozent Steigerung, bei gleichbleibender Belegschaftsstärke. Allein 4 Milliarden DM Investitionen sind für Stuttgart-Untertürkheim vorgesehen. Hier soll die gesamte Maschinerie umgewälzt und nach Auskunft des Betriebsrats jeder Arbeitsplatz verändert werden. Zum Beispiel sind gegenüber den heutigen 50 m langen Transferstraßen solche mit 150 m Länge geplant, bedient von vier bis fünf Arbeitern. Eine neue Motorenmontagehalle wird gebaut, die eine

Fläche von vier Fußballfeldern überdeckt.

Insbesondere wird Daimler-Benz die Verdichtung und Ausdehnung des Arbeitstags vorantreiben. An einer Reihe von Anlagen sollen die gemeinsamen Pausen abgeschafft werden, eine Springerablöseregulation wie beim Motorenprüffeld soll eingeführt werden. Überstunden und Sonderschichten sollen üblich werden. Flexibilität und Mobilität erwartet die Firmenleitung von der „Mannschaft“ und den Betriebsräten. Für September hat die Firmenleitung bereits Sonderschichten beantragt. Es soll ein höheres Programm gefahren werden als sich auf Basis der 40-Stundenwoche ergeben würde.

Diese ganzen Maßnahmen entfalten jedoch so lange nicht voll ihre Wirkung, wie die Kapitalisten keine umfassende Kontrolle der Arbeiter und Angestellten an deren Arbeitsplätzen haben. Das MTM-System (Methods of Time-Measure), 1977 betrieblich in Stuttgart-Untertürkheim und Sindelfingen vereinbart, hat insbesondere die Arbeiter unmittelbar an den Arbeitsablauf gebunden und die Aktionäre bereichert. Jetzt sollen auch noch die kleinsten Pausen der Akkordarbeiter erfaßt werden und wegfallen. Dazu plant Daimler-Benz die großangelegte Einführung der „Betrieblichen Datenerfassung (BDE)“. An den einzelnen Arbeitsplätzen werden Datenerfassungsgeräte angebracht. Akkordscheine, Auftragskarten, Laufkarten, Stempelkarten, Karteikarten u.a. entfallen. Ist bislang im Einzelakkord noch eine individuelle Zeiteinteilung innerhalb einer Schicht möglich, so wird über die elektronische Datenverarbeitung der exakte Zeitverbrauch pro Arbeitsauftrag durch sofortigen Dateneingabezwang am Arbeitsplatz feststellbar.

Sämtliche Daten der Betriebsdatenerfassungssysteme können in das schon bestehende Personalinformationssystem (ISA) eingegeben und dort weiterverarbeitet werden. ISA ist gegen den breiten Widerstand in der Belegschaft eingeführt worden. Erste Erfolge hat ISA für die Werksleitung bereits gebracht: Ältere und gemindert verwertbare Arbeitskräfte wurden erfaßt, umgesetzt und werden jetzt vollends verschlissen.

Die Betriebsräte der IG Metall wie auch der oppositionellen Gruppe Hoss/Mühleisen warnen vor den Folgen der BDE. Die IG Metall Baden-Württemberg fordert alle Betriebsräte auf, den Einsatz der BDE in Betriebsvereinbarungen äußerst genau festzuschreiben, Leistungskontrolle und Verhaltenskontrolle und personenbezogene Auswertung der Daten soweit als möglich zu verhindern.

# Raschere Vernutzung der ganzen Lebenskraft der Arbeiter

Der Herzinfarkt Tod hat von 1965 bis 1979 um 47,4% zugenommen. Die LVA Oberbayern gibt eine Zunahme der Erwerbsunfähigkeitsrenten bei Männern unter 60 Jahren um 53,6% von 1974 bis 1979 an, um 19,04% stieg die Zahl der „Wegfälle“ der Erwerbsunfähigkeitsrente unter 60 Jahren. Bei den in Bayern nach dem Schwerbehindertengesetz Anerkannten haben 79,4% „sonstige Krankheiten“, also keine angeborenen und keine Unfall- oder Kriegsfolgen. Täglich sind in der BRD 1,5 Mio. Lohnabhängige krank geschrieben. Bei MAN München hat sich der durchschnittliche Krankenstand von 1965 auf 1979 verdreifacht. Einige Zahlen, die den ungeheuren Gesundheitsverschleiß der Arbeiter und Angestellten widerspiegeln.

Die Grafik zeigt, wie mit Steigerung der Arbeitsintensität bei BMW München der Krankenstand steigt. 1980 mußten die BMW-Kapitalisten 72,1 Mio. DM Lohnfortzahlung für Krankheitsfälle herausrücken.

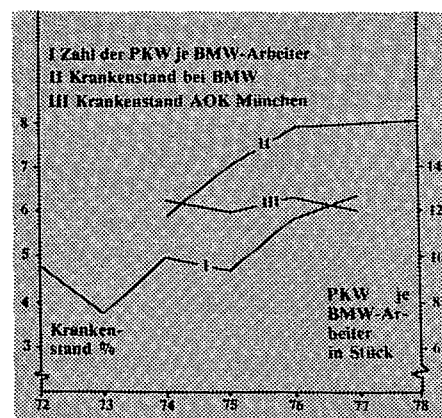
Die Ausgaben der Krankenkassen stiegen mit der immer schnelleren Vernutzung der Arbeitskraft sprunghaft: 1970: 23,8 Mrd. DM, 1980: 85,6 Mrd. DM.

Auf diese Entwicklung reagierten die Kapitalisten mit wachsendem Druck in den Betrieben auf die, die krank oder verschlissen sind, mit immer neuen Angriffen auf die Lohnfortzahlung. Und sie ließen die Kostendämpfung anrollen: 4075 Krankenhausbetten wurden in Bayern seit 1975 geschlossen, „einen rechnerischen Überhang von 7000 Betten“ kündigte Staatssekretär Rosenbauer vom Sozialministerium am 19.5.81 für Bayern an. Mit massivem Druck auf die Ärzte soll erreicht werden, daß sie immer weniger behandeln und verordnen (s. Bayernvertrag). Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1979 haben die bayerischen Kassenärzte im ersten Halbjahr 1980 um 2,13% weniger Arzneimittel pro Rezept, um 4,11% weniger Rezepte pro Mitglied und um 2,29% Arzneimittel weniger pro Mitglied verordnet. Stieg die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle in Bayern von 1977 auf 1978 noch um 12,71%, war es ein Jahr später noch 0,17%, von 1979 auf 1980 1,57%. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte nahm 1980 nur noch um 1,5% zu, während sonst der Zuwachs bei 4,5% lag.

Die rasche und vollständige Vernutzung kurzlebiger Arbeitergenerationen muß die Folge sein, wenn die aufge-

zeigten Entwicklungen weiter durchgesetzt werden.

„Vor drei Jahren haben wir bei uns im Rohbau 240 Autos in einer Schicht gemacht, jetzt sind es 340. Von Januar bis April waren von 94 Leuten täglich 13 bis 14 krank.“ „Es gibt Plätze im Rohbau, da mußst Du entweder nach zwei bis drei Monaten krank machen oder gehen. Anders hältst Du das nicht aus.“ „Ich war sieben Wochen weg wegen Kur. Mein Kollege hat die ganze Zeit keinen Ersatz bekommen. Er ist total kaputt und für vier Wochen krank geschrieben. Die Kur kann ich wieder vergessen.“ Das berichten Arbeiter von BMW München. In anderen Betrieben sieht es nicht anders aus. „Wenn einer ausfällt oder weggeht, wird er einfach nicht ersetzt“, berichtet ein Verkäufer der BLV (Supermarkt). Früher haben wir zu viert auf 1800 qm 8000 Artikel verkauft, heute bin ich oft allein auf 3000 qm mit 12000 Artikeln. Mir fällt auf, daß nicht nur ich, sondern auch jüngere Kollegen immer öfter mit Durchfall,

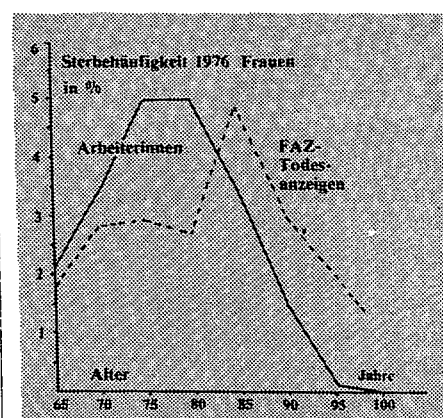


Übelkeit, Kopfschmerz auf die Toilette rennen.“

Mit allen Mitteln versuchen die Kapitalisten, die Arbeiter davon abzuhalten, sich krank schreiben zu lassen. „Vor der Lohnfortzahlung gab es die ersten Tage gar nichts, Karenzzeit“, erinnert sich ein älterer Arbeiter. „Und dann 48% vom Brutto.“ Ein jugoslawischer Arbeiter ist seit 11 Jahren bei BMW, bis vor kurzem über eine Leihfirma. „Über die Leihfirma gab es keine Lohnfortzahlung. Trotzdem war ich einmal zwei Monate krank. Das war eine Katastrophe.“ „Wenn Du Lohnfortzahlung kriegen mußt, heißt es im Büro, die Kasse zahlt. Die Kasse sagt, BMW zahlt. Bei mir hat es zwei Monate gedauert, bis ich mein Geld bekam.“ BMW zahlt keinen Lohn für

den Besuch während der Arbeitszeit beim Hausarzt, nur beim Facharzt. Nachdem er mehrfach erkrankte, erhielt ein Arbeiter vom Rohbau einen Brief: sein Verhalten lasse erkennen, daß er kein Interesse an einem Arbeitsplatz bei BMW habe. Einem Behindereten bei MAN München wurden die außertariflichen Zulagen gestrichen. Begründung: zu oft krank.

Was der Betriebsarzt bei BMW macht? „Jedes Jahr wird bei uns gemessen, Lärm, Gas. Wir werden untersucht. Von den Ergebnissen hören wir nichts. Der Lärm ist derselbe.“ „In der letzten Zeit ist es bei uns so, daß keiner zum Hausarzt geht, bevor er nicht beim Betriebsarzt war. Und der schickt immer weniger zum Arzt. Bei Grippe gibt es starke Tabletten, bei Schmerzen Bestrahlung und Mobilat. Dann gehst Du wieder ans Band.“ Die Einstellungsuntersuchungen sind in den letzten Jahren sehr genau und ausführlich geworden – es kommt kaum einer in den Betrieb, der nicht uneingeschränkt eingesetzt werden kann.



„Für dieselbe Krankheit, wo ich früher zwei Wochen krankgeschrieben wurde, schreibt mich mein Arzt jetzt eine Woche krank. Wenns nicht geht, kommen Sie mal wieder, sagt er.“ Neben der Propaganda gegen die Kassenärzte, die zuviel krank schreiben, wird die Ärzteschwemme beschworen. „München ist mit Kassenärzten mehr als versorgt. Man kann nur ... von einer Niederlassung abraten“ (Winkelhann, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung München). Der Verkäufer: „Das ist ein Hohn. Im Februar hat mein Hausarzt einen Antrag auf dringliche Kur gestellt. Als Ersatzkassenmitglied muß ich mir einen Vertrauensarzt aus einer Liste herausuchen. Ich habe jetzt einen Termin zur Begutachtung des Antrags für Juli.“

## Gesundheitsversorgung aus der Sicht der Kapitalisten

Die Kapitalisten fordern vom Staatsapparat eine Krankenhausbedarfsplanung nach ihren Interessen: „Die Krankenhausbedarfsplanung sollte eng mit der Landesentwicklungsplanung der einzelnen Bundesländer verknüpft werden, um die regionale Wirtschaftsstruktur zu fördern. Eine zu stark auf Zentralisierung ausgerichtete Krankenhausbedarfsplanung ... läuft der Niederlassungsbereitschaft neuer Betriebe zuwider“ (Albrecht Goeschel, Institut der Deutschen Wirtschaft, Deutsches Ärzteblatt 7/80). Im Landesentwicklungsprogramm Bayern, Entwurf von 1974 heißt es dazu: „Die Verbesserung der ärztlichen Betreuung in bisher unterversorgten Teilräumen des Staatsgebiets ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in diesen Gebieten. Dies macht es zugleich notwendig, die bestehenden Einrichtungen möglichst wirtschaftlich zu nutzen.“ Der Krankenhausbedarfsplan des Freistaates Bayern, Stand 1.1.80 führt dies näher aus: „Hinzu kommt die Auswirkung der kommunalen Gebietsreform. Durch die Schaffung größerer Verwaltungseinrichtungen haben sich neue Aspekte für die Krankenhausplanung ergeben. Um mögliche Fehlinvestitionen und damit eine gesundheits- und wirtschaftspolitisch nicht vertretbare Fehlleistung öffentlicher Mittel zu vermeiden, muß nunmehr, ausgehend von dem Bedarf an Krankenhausleistungen ... festgestellt wer-

den, welche Krankenhäuser gegenwärtig und zukünftig zur stationären Versorgung erforderlich sind.“ Was erforderlich ist, hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel dem 84. Deutschen Ärztetag 1981 in Trier als Grußwort mitgegeben: „Deshalb gilt für uns: So viel ambulante Behandlung wie möglich, und so viel stationäre Versorgung wie nötig. Die Verwirklichung dieses Satzes ist ... nicht zuletzt auch der beste Ansatzpunkt für jede wirksame Kostendämpfung im Gesundheitswesen.“

Bayern als „strukturschwaches“ Bundesland hat sich ziemlich frühzeitig auf solcherart Sparmaßnahmen festgelegt. So im sogenannten „Bayernvertrag“, einer Vereinbarung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern und des Landesverbandes der Ortskrankenkassen Bayern: „Die Partner des Gesamtvertrages stimmen darin überein, daß die Kostenentwicklung für die gesundheitliche Betreuung unserer Bevölkerung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehalten werden muß...“ Es soll erreicht werden, „daß weniger Krankenhausweisungen erforderlich werden...“, daß die Verordnung von physikalischen Leistungen z.B. Bäder und Massagen eingeschränkt werden kann“. Erreicht worden ist damit, daß z.B. in Augsburg in den Krankenhäusern des Krankenhausverbandes die Zahl der Pflegetage von 1978 520541 pro Jahr 1980 auf 504296 Tage gefallen ist. Bei Heil-

und Hilfsmitteln ist eine Senkung der Ausgabensteigerung von 1978 auf 1979 um 11,64%, 1979 auf 1980 um 6,57% in Bayern erreicht worden.

Im „Zahlenspiegel“, einer Broschüre der MAN München vom April 1980 wird auf folgendes hingewiesen: Würden die krankheitsbedingten Ausfallzeiten in 1979/80 auf dem Niveau von 1955/56 liegen, müßten wir 1430 Arbeitnehmer weniger beschäftigen und könnten uns 55 Mio. DM Personalkosten im Jahr sparen ... Die Japaner haben weniger Feiertage, durchschnittlich 18 Tage Urlaub und eine Krankenquote von nur 1,1%.“

Die Deutsche Ärzteschaft, der von interessierter Seite vorgeworfen wird, Verursacher der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zu sein, reagiert. Dr. Muschallik, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, vor der Vertreterversammlung am 18. Mai in Trier: „Daß bei täglich im Bundesgebiet etwa 1,5 Mio. arbeitsunfähig geschriebenen Personen und einer daraus resultierenden jährlichen Belastung von 30 Mrd. DM unsere Wirtschaft im internationalen Vergleich stark beeinträchtigt ist, wird jedem einleuchten.“

Vom Arzt verursachte Gesamtkosten

Leistungsbedarf in eigener Praxis	35.700,-- DM	7,7 %
Leistungsbedarf durch Überweisungen	7.300,-- DM	1,6 %
Kosten durch Arzneiverordnungen	48.700,-- DM	10,5 %
Kosten durch Krankenhauseinweisungen	36.300,-- DM	7,8 %
Kosten durch AU-Schreibungen	336.900,-- DM	72,4 %

Quelle: Schleswig Holsteinisches Ärzteblatt

Wer schließlich doch krank geschrieben ist, auf den wartet der Vertrauensarzt. Bei MAN mit Betriebskrankenkasse werden in letzter Zeit alle, die länger als 3 Wochen krank sind, vorgeladen. Üblich ist bei den allgemeinen Kassen nach 6 Wochen. „Bei Siemens sind 1979 32% aller krank geschriebenen Versicherten (Betriebskrankenkasse) innerhalb der ersten 4 und 64,4% innerhalb der 5. und 6. Woche vorgeladen worden. Trotz steigender Krankheitsfälle haben sie die Krankheitsdauer von 17,35 auf 16,55 Tage innerhalb 2 Jahren gedrückt“, stellten Beschäftigte von Siemens fest.

Die Bourgeoisie verbreitet, daß die Lebenserwartung immer mehr steige. Der Verkäufer: „Ich bin jetzt 62. Früher habe ich 10 Jahre Schicht bei den Verkehrsbetrieben gemacht. Wegen Speiseröhrengeschwür durch Abgase der Busse mußte ich aufhören. Von den 30 Kollegen, die in meinem Alter

dort waren und die Schicht weiter gemacht haben, lebt jetzt keiner mehr. 65 ist niemand geworden.“ Die abgebildete Sterbekurve zeigt, daß 1976 ein Arbeiter im Schnitt 10 Jahre weniger zu leben hat als ein Bourgeois.

Während auf der Sitzung der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen am 23.3.81 eine neue Welle von Kostendämpfungsmaßnahmen einge-



leitet wurde, blasen die Kapitalisten zum Frontalangriff auf die Lohnfortzahlung. Doetsch, Sprecher der „Deutschen Arbeitgeberverbände“, auf der Sitzung: „Der einzelne Arzt sollte ... zur Ausübung der Verordnungstätigkeit besser befähigt werden. Dazu gehört eine gezielte Einschaltung des vertrauensärztlichen Dienstes zur Nachprüfung ... der Arbeitsunfähigkeit“ (Bundesarbeitsblatt 5/81).

Auf die wachsende Front innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gegen den immer rascheren Gesundheitsverschleiß und die Kostendämpfung (s. Bild und Stichwort) reagiert Ehrenberg mit dem Vorschlag für ein „Sabbatjahr“, 1 Jahr Pause nach einer Anzahl von Arbeitsjahren. „Wenn man ein Auto bis zum geht nicht mehr prügelt und in 2 Jahren 150000 km fährt, ist es Schrott. Wenn man es dann 1 Jahr stehen läßt, ist es hinterher immer noch Schrott“, meinte der BLV-Kollege dazu.

Die erklärte gesundheitspolitische Absicht der Bourgeoisie ist es, den Volksmassen sämtliche Kosten zur Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit aufzubürden. In den hier in Auszügen dokumentierten Gesetzen schlägt sich diese Absicht nieder sowohl in der drastischen Kürzung notwendiger Leistungen der Sozialversicherung wie auch in der fast vollständigen Finanzierung der Krankenhäuser durch Versicherungsgelder, also vorenthaltenen Lohn.

### Das Krankenversicherungskosten- dämpfungsgesetz (KVKG)

**§ 182a:** „Bei der Abnahme von Arznei-, Verband- und Heilmitteln hat der Versicherte eine Deutsche Mark für jedes verordnete Mittel an die abgebende Stelle zu zahlen.“ Regierungsbegründung: „Nach geltendem Recht sind bestimmte Personengruppen unbeschadet ihres Einkommens von der Arzneikostenbeteiligung befreit. Diese Regelung ist sozialpolitisch unbefriedigend ... Versicherte mit einer nicht nur vorübergehenden Minderung der Erwerbsfähigkeit haben nicht unbedingt einen höheren Arzneimittelbedarf und sind im allgemeinen nicht bedürftiger als andere Versicherte.“

**§ 368 Abs. 8:** „Die Bundesausschüsse haben unter Berücksichtigung der Therapiefreiheit und der Zumutbarkeit für die Versicherten Richtlinien zu beschließen, welche Arzneimittelgruppen, die ihrer allgemeinen Anwendung nach bei geringfügigen Gesundheitsstörungen verordnet werden, nicht ... zu Lasten der Krankenkasse verordnet werden dürfen.“ Regierungsbegründung: „Vielfach werden Arzneimittel verordnet, die nach überwiegender Ansicht zum täglichen Gebrauch gehören und ... medizinisch nicht notwendig sind (z.B. Kopfschmerztabletten, Beruhi-

gungsmittel o.ä.). Die Kosten für diese Mittel sind in der Regel nicht hoch. Es ist daher für den Einzelnen zumutbar, die Kosten für diese Mittel selbst zu tragen. Ebenso erscheint es zumutbar, in diese Regelung auch Verband- und Heilmittel sowie Brillen einzubeziehen.“

**§ 185:** „Versicherte erhalten in ihrem Haushalt oder in ihrer Familie neben der ärztlichen Behandlung häusliche Pflege durch Krankenpfleger, Krankenschwestern, Krankenpflegehelfer(innen) oder Kinderkrankenschwestern (häusliche Krankenpflege), wenn Krankenhauspflege zwar geboten ist, aber nicht durchführbar ist ... Kann ein Krankenpfleger, eine Krankenschwester usw. nicht gestellt werden, so sind die Kosten für eine selbstbeschaffte Krankenpflegeperson in angemessener Höhe zu erstatten ... Für Verwandte und Verschwägerter bis zum zweiten Grad werden keine Kosten erstattet ...“ Ehrenberg in der Broschüre „Eine stabile Rentenversicherung und eine gesunde Krankenversicherung“: „Die Regelung soll einen Anreiz dafür bilden, die Krankenpflege stärker in den häuslichen und familiären Bereich zu verlagern. Dadurch werden die Krankenhäuser von Pflegefällen entlastet und zugleich Kosten gespart.“

### Das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) von 1972

**§ 4 Abs. 1:** „Die Krankenhäuser werden nach Maßgabe dieses Gesetzes durch Übernahme der Investitionskosten öffentlich gefördert. Dabei müssen die Förderung nach diesem Gesetz und die Erlöse aus den Pflegesätzen zusammen die Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses decken.“

**§ 8 Abs. 1:** „Krankenhäuser werden nach diesem Gesetz nur gefördert, soweit und solange sie in den Krankenhaus-

bedarfsplan eines Landes aufgenommen sind ... Allgemeine Krankenhäuser mit weniger als 100 planmäßigen Betten werden ... nur gefördert, wenn sie in die Krankenhausbedarfsplanung ausdrücklich als zur Versorgung der Bevölkerung auf Dauer erforderlich angenommen sind.“

**§ 17 Abs. 1:** „Die Pflegesätze sind für alle Benutzer nach einheitlichen Grundsätzen zu bemessen. Sie müssen auf der Grundlage der Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden,

leistungsfähigen Krankenhauses und einer Kosten- und Leistungsrechnung eine wirtschaftliche Betriebsführung er-

möglichen und die medizinisch und wirtschaftlich rationelle Versorgung durch die Krankenhäuser sichern.“

### Die Novelle zum KHG

Infolge der Beschränkung staatlicher Förderung für die Krankenhäuser auf Investitionskosten im KHG von 1972 stiegen die Pflegesätze rapide an; es kam zur sogenannten „Kostenexplosion“. Ehrenbergs dritter Gesetzesversuch, die Krankenhauskosten tatsächlich zu senken, ist am 15.4. von der Bundesregierung beschlossen worden.

**§ 17 Abs. 1:** „Außerdem sollen sie (die Pflegesätze, d. Red.) Anreize für eine wirtschaftliche Betriebsführung schaffen ...“

**§ 18 Abs. 1:** „Die Pflegesätze werden zwischen dem Krankenhausträger und dem Sozial-

leistungsträgern vereinbart.“ Aus der Begründung: „... daß die Pflegesätze zwischen Krankenhäusern und ... den Krankenkassen eigenverantwortlich vereinbart ... werden und dabei nur noch einer Rechtskontrolle unterliegen.“ – Denn wer genehmigt (bisher die Behörde), trägt die Verantwortung und die Kosten für eventuelle Defizite.

**Begründung zum § 19 Empfehlungen:** „Ferner sind die Empfehlungen der konzertierten Aktion im Gesundheitswesen, die sich auf die Erhöhung der Effektivität und Effizienz sowie die Rationalisierung im Gesundheitswesen beziehen, zu berücksichtigen.“



„Weg mit dem KVKG“ – Transparent auf der DGB-Demonstration am 1. Mai in Hamburg.

### 9. ÖTV-Gewerkschaftstag

„Die ÖTV fordert die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ausschließlich durch die Versicherten. Begründung: Um eine Gesundheits- und Sozialpolitik im Interesse der Versicherten zu ermöglichen, müssen die Versicherten auch selbst über ihre Kassen bestimmen können. Im übrigen sind sämtliche Versicherungsbeiträge – auch der sogenannte Arbeitgeberanteil – Lohnbestandteile der Versicherten.“ (Antrag 1047, angenommen).

Entschließung zur Gesundheitspolitik:

„Eine ausschließlich auf Kostendämpfung ausgerichtete Gesundheitspolitik verstärkt Fehlentwicklungen im System der Gesundheitsversorgung, die längerfristig die Qualität und die Leistungsfähigkeit unserer Sozialversicherung beein-

trächtigen ... Die staatliche Verantwortung für das Gesundheitswesen muß auch in der Finanzierung ... stärker zum Ausdruck kommen ... Die Gesundheitspolitik muß deshalb schwergewichtige Maßnahmen fördern, die der umfassenden Versorgung dienen und die Ursachen von Krankheiten da abbauen, wo sie entstehen – vor allem in der Arbeitswelt und in der sozialen Umwelt der Bürger ... Das Arbeitssicherheitsgesetz ist auf alle Arbeitsbereiche anzuwenden. Die Nacht- und Schichtarbeit ist auf ein Mindestmaß zu beschränken, Überstunden und Bereitschaftsdienste sind abzubauen ... Die Umweltpolitik muß der Einschränkung gesundheitsgefährdender Produktionsverfahren dienen ...“ (Antrag 1094, angenommen).

## GB: Gewerkschaften gegen Cruise missiles

Am letzten Donnerstag beschloß die britische National Union of Local Government Officers (Nationale Gewerkschaft der Gemeindeangestellten) auf ihrem Gewerkschaftstag eine Resolution für britische Nuklearabrüstung und gegen die Stationierung von US-Atomwaffen – v.a. der neuen Cruise Missiles – in Großbritannien. Mit 780000 Mitgliedern ist die NALGO die viertgrößte Gewerkschaft im Gewerkschaftsbund TUC. Die Delegierten beschlossen auch, der Kampagne für nukleare Abrüstung beizutreten. Der Beschluß wurde gegen die Gewerkschaftsführung angenommen, die für die bisherige Linie eintrat, nur die beiderseitige atomare Abrüstung in Europa zu fordern. Vor wenigen Wochen hatten die Gemeindearbeitergewerkschaft National Union of Public Employers, fünftgrößte Gewerkschaft im TUC, eine ähnliche Resolution verabschiedet, und die größte Gewerkschaft TGWU wird in zwei Wochen einen solchen Beschluß billigen. Alle diese Resolutionen wenden sich gegen die Stationierung der Cruise missiles wie auch gegen den Ankauf neuer Trident-Interkontinentalraketen für die bri-

## Regierungsumbildung in Afghanistan

Die von der UdSSR abhängige Regierung Karmal wird von Fraktionskämpfen erschüttert. In dem Bestreben, seine Position zu stärken, hat Karmal eine Umbildung sowohl in der Regierung wie in der Führung der regierenden Volkspartei veranlaßt, offenbar auf Drängen der Regierung der UdSSR, der Karmal Anfang Juni einen Blitzbesuch abstattete, nachdem die Fraktionskämpfe bis zu Schießereien im Regierungspalast gediehen waren. Karmal hat das Amt des Premierministers, das er bisher in Personalunion mit dem des



Staatspräsidenten und des Generalsekretärs der Partei innehatte, an einen Gefolgsmann seiner Parcham-Fraktion abgetreten. Zwei Minister, die der rivalisierenden Khalq-Fraktion angehören, wurden aus ihren

Ämtern entfernt und teils in das erweiterte Präsidium des Revolutionsrates abgeschoben, teils aus Gründen der Parität ins Politbüro versetzt.

Der UdSSR geht es um die Aufrechterhaltung ihrer Marionettenregierung. Andernfalls wäre sie zu noch stärkerer Bindung ihrer Kräfte in Afghanistan gezwungen. Von dort brachte Karmal auch den abwegigen Plan mit, zur Bildung einer Vaterländischen Front aufzurufen. Er wolle „das Volk einen“, erläuterte er dieses Unternehmen zur Spaltung des Widerstandes gegen die Aggression der UdSSR. Radio Kabul verbreitete, die Partei habe tausende neuer Mitglieder gewonnen.

tischen Atom-U-Boote, wie ihn die Regierung Thatcher beschlossen hat. Der TUC wird im September auf seinem Jahreskongreß das Thema behandeln.

## Chile: Kupferstreik gespalten

8000 der 10000 streikenden chilenischen Kupferarbeiter im El-Teniente-Bergwerk beendeten am 1. Juni ihren Streik und kehrten zur Arbeit zurück (s. Pol. Ber. 12/81). Vorher hatten sie mit Mehrheit ein „verbessertes Angebot“ der staatli-

chen Kupfergesellschaft Codelco angenommen. Über das Angebot sind uns noch keine Einzelheiten bekannt. 2000 Arbeiter streiken weiter, die meisten von ihnen arbeiten am Schmelzofen und in der Kupferraffinerie. Codelco konnte deshalb die Lieferungen aus El Teniente noch nicht wieder aufnehmen und versucht jetzt, Kupfererz in andere Schmelzen zu transportieren. Der Kupferpreis auf dem Weltmarkt stieg in der letzten Woche auf 900 Pfund pro Tonne, den höchsten Stand seit neun Monaten.

## USA: Indianer gegen Landraub

Bis Anfang Juli will die US-Regierung das bislang gemeinsam von Navajo- und Hopi-Indianern besiedelte Reservat am Big Mountain in Arizona aufteilen. Das soll den Weg freimachen für Konzerne wie Mobil Oil, Peabody Coal, United Nuclear etc., die die reichen Kohle- und Uranvorkommen dort ausbeuten wollen. Als Vorwand dienen künstlich geschürte Streitigkeiten zwischen den Indianerstämmen. Quer

durch das Reservat will die Regierung einen Zaun ziehen und 9000 Navajos und 100 Hopis zwangsumsiedeln. Die Folge: Die Navajos werden große Flächen Weideland verlieren und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt. Das soll sie dem „Angebot“ der Bergbaumonopole ausliefern, die einen Großteil des Reservatlandes pachten wollen. – Die Unterdrückung der Indianer am Big Mountain hat Geschichte: 1864 umzin-

gelten Armeetruppen das Stammesgebiet und zwangen die Hälfte der Navajos zur Umsiedlung in ein Konzentrationslager in New Mexiko. Viele starben dabei. Der Rest konnte sich im Guerillakampf gegen die Armee in dem Berggebiet behaupten. In den 20er Jahren verteidigten sie ihre Viehbestände gegen ein Regierungsprogramm, das die Viehzucht in den Reservaten systematisch vernichten sollte. Bislang hat die Regierung den Zaun durch das Reservat nicht fertigstellen können. Navajos und Hopis haben ihn immer wieder zerstört. Als Beamte des Bureau of Indian Affairs (BIA) Ende April mit LKWs und Hubschraubern Vieh der Navajos, das jenseits der Grenze weidete, vertreiben und beschlagnahmen wollten, mußten sie angesichts der Gewehre der Navajos wieder abziehen. Für Ende Juni haben Vertreter der Navajos und Hopis einen Kongreß angekündigt, der die Unterstützung in den USA organisieren soll.



## Zaire verkauft Diamanten selbst

Zaires staatliche Diamantengesellschaft Sozacon verkaufte am 29.5. zum ersten Mal seit 14 Jahren ihre Diamanten unabhängig von der Londoner De Beers zentraler Verkaufsorganisation (CSO). Zwei Antwerpener und eine Londoner Firma kauften 600000 Karat Rohdiamanten. Die zum südafrikanischen Konzern De Beers/Anglo American gehörende CSO kontrolliert etwa 80% des Weltdiamantenhandels. Zaire wollte im neuen Vertrag mit De Beers nur einen Teil an die CSO verkaufen. Das lehnte De Beers ab. Wie bisher ist De Beers Hauptabkäufer der illegal aus Zaire geschmuggelten Diamanten.

## Risse im imperialistischen Erdgaskartell

Die algerische Ölgesellschaft Sonatrach setzte in einem 20-Jahres-Vertrag über Erdgaslieferungen an Belgien eine weitgehende Preiserhöhung auf 4,8 \$ je Wärmeeinheit durch. Bislang zahlten die Imperialisten für algerisches Gas nur 2,60–3,75 \$, während die äquivalente Wärmeeinheit Öl etwa 6 \$ kostet. Die Forderung Algeriens und anderer erdgas-exportierender Länder, den Gaspreis an den Ölpreis zu binden und als Zwischenschritt auf mindestens 5\$ anzuheben, hatten die imperialistischen Abnehmer bislang gemeinsam abgelehnt. Verhandlungen über algerische Gaslieferungen in die USA scheiterten deshalb. Die BRD und Frankreich versuchten vergeblich, durch Druck auf Belgien das Preisdiktat aufrechtzuerhalten.



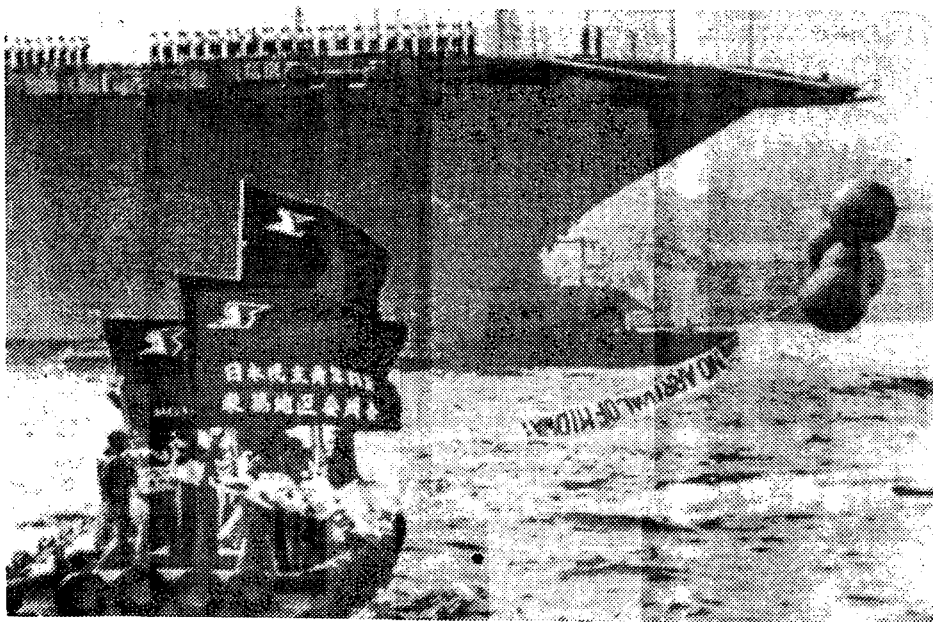
## Japan

# Massenbewegung gegen US-Militärpakt und Atomwaffen in Japan

Als der US-Flugzeugträger „Midway“ am 5.6. nach dreimonatigem Flaggezeigen im Indischen Ozean in seinem „Heimat“-hafen, der US-Basis Yokosuka bei Tokio, anlegte, erwarteten ihn tausende Demonstranten. 28 Boote mit Transparenten gegen den Militärpakt USA – Japan und gegen die Stationierung von Atomwaffen in Japan umkreisten das Kriegsschiff (Bild). Schon am Vorabend hatten sich über 9000 an einer von der Sozialistischen Partei, Gewerkschaftsverbänden und Komitees organisierten Demonstration in Yokosuka beteiligt. Ein Redner der Sozialisten erklärte, die Stationierung

und den Völkern Ost- und Südasiens im zweiten Weltkrieg auferlegte und die der verbrecherische US-Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki kostete. Zwar haben die japanischen Monopolbourgeois schon bald nach der Niederlage 1945 und mit tatkräftiger Förderung der USA wieder eine Armee aufgebaut, konnten aber bislang die antimilitaristische Bewegung nicht brechen und nicht die nötige patriotische Stimmung für die militärische Expansion schaffen.

Auslösend für die jüngsten Ereignisse war die Ankündigung Ministerpräsident Suzukis bei seinem USA-Besuch



von Atomwaffen in Japan vergrößere das Angriffsrisiko gegen das Land. Allein die „Midway“ trage Atomwaffen mit einer Sprengkraft von mehr als zehn Megatonnen. Tags darauf, am 6.6., fand in Tokio die größte Aktion der letzten Jahre gegen die Aufrüstung des japanischen Imperialismus und den Militärpakt mit den USA statt. Mit einem Bummelstreik aus Protest gegen das Anlegen der „Midway“ legten Eisenbahnarbeiter teilweise Tokios Nahverkehr lahm. Im ganzen Land finden seit Wochen Aktionen gegen den japanischen Militarismus und gegen den US-Imperialismus statt. Seit 1960, als Japan den Militärpakt mit den USA schloß, hat die antimilitaristische Massenbewegung nicht mehr eine solche Kraft entwickelt.

Der Antimilitarismus der japanischen Massen ist die Reaktion auf die ungeheuren Opfer, die der japanische Imperialismus dem japanischen Volk

im Mai, Japan werde verstärkt rüsten und sich an der „Sicherung des Friedens“ im Fernen Osten beteiligen; noch mehr aber die gezielten Enthüllungen hoher US-Beamter über die Stationierung von Atomwaffen in Japan bzw. auf US-Kriegsschiffen in japanischen Basen. So plauderte ein ehemaliger US-Botschafter, daß die USA seit langem in Japan Atomwaffen stationiert hätten und die japanische Regierung dies wisse. Ein anderer ergänzte in aller Offenheit, die USA würden über Atomwaffenstützpunkte und atomwaffenbestückte Schiffe in japanischen Basen keine Mitteilung machen, dann brauche die japanische Regierung das mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung auch nicht billigen. Aus diesem wechselseitigen Interesse habe es auch keine Konsultationen darüber gegeben.

Bislang mußte jede japanische Nachkriegsregierung erklären, weder

Atomwaffen zu bauen noch ihre Stationierung auf bzw. ihren Einsatz von japanischem Territorium aus zu dulden. Auf die Enthüllungen reagierte die Regierung Suzuki deshalb mit der Verlautbarung, sie halte an dieser Politik fest; aber die Forderung der Oppositionsparteien, eine Inspektion der US-Basen und -Kriegsschiffe durchzuführen, lehnte sie ab. Dieses Wechselspiel zwischen halboffiziellen US-Enthüllungen und offiziellen japanischen Dementis soll die Massen an die Existenz von Atomwaffen auf japanischem Boden gewöhnen. Vor allem sollen die Pläne für die forcierte konventionelle Rüstung der Armee, ihren Einsatz im „Fernen Osten“ und für die seit langem von Großkapital und der regierenden Liberaldemokratischen Partei angestrebte Verfassungsänderung nicht gefährdet werden.

In Artikel 9 der Verfassung, die 1947 unter US-Besatzung entstand, heißt es: „... verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von Gewalt als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten. Zur Erreichung des Zwecks des Absatz 1 werden Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie andere Kriegsmittel nicht unterhalten. Ein Kriegführungsrecht des Staates wird nicht anerkannt.“ Diesen Artikel, kaum war die Verfassung verabschiedet, hat die japanische Monopolbourgeoisie durch die Aufstellung der heutigen „Selbstverteidigungsstreitkräfte“, einer hochgerüsteten 250000 Mann-Armee, unterlaufen. Die USA, die Japan zum fernöstlichen Bollwerk gegen die sozialistischen Länder ausbauen wollten, sorgten für die Erstausrüstung und rehabilitierten die für den Offizierskader unersetzlichen faschistischen Militärs. Das Verfassungsverbot kümmerte die japanischen Bourgeois auch nicht, als sie 1951 und 1960 mit den USA Militärabkommen schlossen, durch die sie praktisch kriegsteilnehmende Partei im Korea- und Vietnamkrieg wurden. Im Abkommen 60 ist ausdrücklich das „gemeinsame Interesse an Frieden und Stabilität im Fernen Osten“ festgeschrieben, damit der japanische Anspruch, auch militärisch tätig zu werden.

Dennoch ist der Verfassungsartikel den japanischen wie den US-Imperialisten ein Dorn im Auge. Schon 1953 erklärte der damalige US-Vizepräsident Nixon in Japan, mit dem Artikel 9 hätten die USA einen großen Fehler gemacht. In der japanischen Regierungspartei kursieren seit Jahren Abänderungsentwürfe, nach denen die japanische Armee und das Recht, Truppen ins Ausland zu senden, in der Verfassung verankert werden sollen. Der Kapitalistenverband Nikkeiren, in dem die Großkonzerne den Ton angeben,

fordert ebenfalls eine Revision von Artikel 9, weil er die „japanischen Anstrengungen für die kollektive Sicherheit in Asien behindert“. Die militantesten Wortführer der Reaktion kritisieren, die Verfassung habe den „japanischen Geist“ (gemeint ist das Militaristenethos) zersetzt. Diesen Geist wiederzubeleben und den Antimilitarismus zu brechen ist das Hauptziel der japanischen Imperialisten bei der geplanten Verfassungsänderung.

## Südliches Afrika US-Konterrevolutionskurs formuliert

Der Kurs der Reagan-Regierung im südlichen Afrika hatte sich schon Anfang Mai bei der Debatte des UN-Weltsicherheitsrats über Sanktionen gegen Südafrika zur Durchsetzung der Unabhängigkeit Namibias abgezeichnet: Das Veto der USA, Großbritanniens und Frankreichs brachte vier Resolutionen zu Fall, die Einstellung allen Handels mit Südafrika, auch bei Waffen und Öl, Abbruch der diplomatischen Beziehungen und wirksame Kontrolle der Sanktionen forderten. Die US-Delegierte erklärte: daß Sanktionen unwirksam seien, habe man bei Rhodesien gesehen (wo die USA nach besten Kräften den Boykott gebrochen hatten). Vor einer Verwirklichung der UN-Resolution 435 zu Namibia müßten auch erst den weißen Siedlern verfassungsmäßige Garantien gegeben werden. Von außen diktierte Vorbedingungen vor der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung in Namibia selbst kommen aber für die SWAPO und die Länder der Dritten Welt nicht in Frage. Die Vertreter der Länder der Dritten Welt im Sicherheitsrat wiesen das von den USA angeführte Imperialistenveto entschieden zurück. Der ugandische Delegierte nannte es ei-

ne äußerst unfreundliche Haltung und schlimme Sache von historischer Bedeutung.

Anfang Juni wurde vom US-Außenministerium „konstruktive Übereinkunft“ („constructive engagement“) mit Südafrika als Motto der US-Politik im südlichen Afrika bekanntgegeben. Dazu Haigs Afrikaexperte Crocker: „Wir haben viele Jahre versucht, mit schriller Denunziation (auf Südafrika) Druck auszuüben, mit Stellungnahmen, die fürs Protokoll gemacht waren, die oft gemacht wurden, damit wir uns gut fühlten und gut dastanden statt etwas Gutes zu tun, offen gesagt – während in Wirklichkeit unsere Druckmittel begrenzt waren. Die Zeit ist da, auch die positive Seite des Kontos zu sehen, zu schauen, was wir unterstützen können, was wir veranlassen und überzeugen können. Das ist es, was die neue Politik verkörpert“. Also: Schluß mit Anti-Apartheids-Phrasen, wie sie von Carter ab und an zu hören waren, wenn auch immer nur „fürs Protokoll“; ganz offene Ausweitung des Handels (im letzten Jahr 3,4 Mrd. \$ und der US-Investitionen in Südafrika (2 Mrd.)). Crocker hat auch von schon vollzogener Erhöhung der Militärhilfe berichtet. Die weltweite „Iltisstellung“ Südafrikas, gemeint ist die internationale Isolierung, soll mit allen Mitteln aufgebrochen werden. Ein Abzug der südafrikanischen Truppen aus Namibia käme erst nach Abzug der kubanischen Truppen aus Angola und Aufnahme der Unita in die angolansische Regierung in Frage. Es soll also bei der südafrikanischen Besetzung Namibias und den ständigen Überfällen auf Angola bleiben. Gegenüber Zimbabwe hat die Siedlerregierung in Pretoria schon den Einmarsch von Truppen angedroht. – Ein Kommissionsbericht an die Reagan-Regierung zur Lage im südlichen Afrika urteilte: „Die Zeit läuft ab“. Die US-Regierung ist entschlossen, dagegen Südafrika als Bollwerk mit allen Mitteln auszubauen.

## Zimbabwe

### „Der Hauptfeind ist der Kapitalismus“

Auf wütende Proteste und Drohungen der Bergbaukonzerne ist der Plan der Regierung von Zimbabwe gestoßen, alle Bergbauprodukte über eine staatliche Verkaufsorganisation zu vermarkten. Bislang verkaufen Konzerne wie Anglo America (Südafrika), Rio Tinto (GB) und Lonrho (GB), die neben dem Bergbau auch die Industrie und ein Viertel des Plantagensektors kontrollieren, die Produkte zu Billigpreisen an die Muttergesellschaften, von denen sie dagegen zu überhöhten Preisen Maschinen etc. beziehen. Damit minimieren sie den zu versteuernden Gewinn und zwingen die Regierung zu Anleihen gerade bei den imperialistischen Ländern, deren Konzerne Zimbabwe ausbeuten, wie ZANU-Generalsekretär Tekere feststellte.

Die Ölmonopole BP und Shell, die 40% der Anteile an der einzigen Raffinerie Zimbabwes besitzen, haben bislang systematisch die Wiederinbetriebnahme der Anlagen verhindert, die unter dem Siedlerregime stillgelegt waren. Dadurch ist Zimbabwe in der Ölversorgung völlig vom südafrikanischen Rassenregime abhängig. Ministerpräsident Mugabe drohte jetzt harte Maßnahmen der Regierung an, falls die Raffinerie nicht in kürzester Zeit wiedereröffnet werde. Außerdem schloß die Regierung ein Abkommen mit Mozambique, das demnächst die Hälfte von Zimbabwes Bedarf an Ölprodukten decken wird.

„Unser Hauptfeind ist eindeutig der Kapitalismus“, faßte Mugabe in der Zeitung „Tempo“ (Mozambique) die Erfahrungen seit der Unabhängigkeit zusammen. „Deswegen richten wir in der nächsten Kampfetappe unser Hauptaugenmerk darauf, die Rolle des Kapitalismus zu neutralisieren und die Rolle des Sozialismus zu stärken. Wir wollen die Arbeiter und Bauern ermutigen, sich in Kollektiven selbst zu organisieren, damit sie auf den verschiedenen Ebenen über ihre eigenen Probleme und die Staatsangelegenheiten mitbestimmen können.“

In den meisten Betrieben, Bergwerken und Behörden sind bald nach der Unabhängigkeit Arbeiterkomitees entstanden, die die Interessen der Belegschaften gegenüber Kapitalisten und dem vom Siedlerregime übernommenen Beamtenapparat vertreten und Streiks organisieren. Im April streikten 500 Arbeiter der Universität von Zimbabwe gegen Rassendiskriminierung und forderten die Entlassung von rassistischen Bürokraten. Jetzt will die Regierung Mitbestimmungs- und Kon-



Kundgebung von 30000 mit Robert Mugabe und Sam Nujoma (SWAPO) Anfang Juni in Salisbury am Ende einer Namibia-Solidaritätswoche in Zimbabwe

trollrechte der Arbeiterkomitees gesetzlich verankern. Gleichzeitig gehen die Bemühungen um den Gewerkschaftsaufbau voran. Gegenwärtig gibt es über 140 Gewerkschaften, die aber weniger als 10% der 1 Mio. schwarzen Lohnarbeiter organisieren. Ziel ist die Schaffung von wenigen großen Branchengewerkschaften nach westdeutschem Vorbild, zusammengeschlossen in dem Dachverband ZCTU.

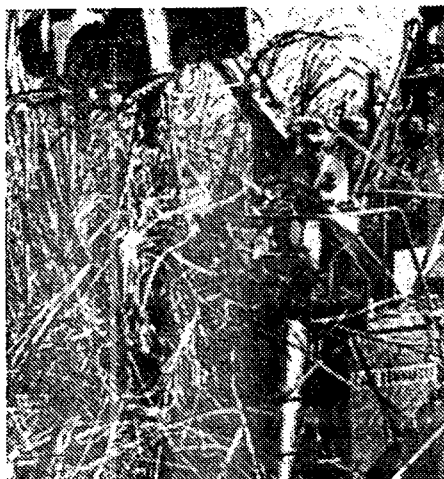
## **Jamaica USA und IWF am Werk**

4,6 Mio. \$ wollen US-Firmen in den nächsten Monaten in Jamaica anlegen. Präsident Reagan hat ein besonderes Komitee zur Förderung des Kapitalexports nach Jamaica eingesetzt. Jamaica ist wieder profitabel, nachdem die US-Imperialisten in den letzten Monaten eine erfolgreiche Erpressungskampagne gegen das Land unternommen haben.

Jamaica ist einer der Hauptlieferanten für Bauxit und Alumina, die Vorprodukte des Aluminiums. Kaiser Aluminium, Alcoa und andere US- und kanadische Firmen kontrollierten bis 1974 die Bauxitförderung uneingeschränkt.

Die 1972 gewählte Regierung Manley erhöhte 1974 den ausländischen Monopolen drastisch die Abgaben für die Bauxitförderung. 1976 kaufte sie 50% der Anteile der Förderfirmen auf, verstaatlichte seitdem eine Reihe ausländische Unternehmen. 1976 wurde Manley mit großer Mehrheit wiedergewählt. Als Jamaica vor zwei Jahren aufgrund steigender Importkosten für Öl und andere Güter in Zahlungsschwierigkeiten kam und neue Kredite brauchte, nutzten die US-Imperialisten ihre Chance. Kaiser Aluminium forderte demonstrativ die Senkung der Förderabgaben, während der IWF schwere Bedingungen für neue Kredite aufstellte. Manley lehnte ab und suchte Kredite in der Dritten Welt. Mexiko und andere Länder halfen, konnten aber die Abhängigkeit Jamaicas von den imperialistischen Banken nur lindern, nicht brechen. Die Banken weigerten sich, über neue Kredite und Umschuldungen auch nur zu verhandeln, solange Jamaica die IWF-Bedingungen nicht anerkenne.

Über die Kreditsperre und die daraus resultierende Benzin- und Importwarenknappeit stürzte Manley bei der Wahl Ende 1980. Aber die USA mußten auch die neue Regierung in fünfmonatigen Verhandlungen massiv zur Annahme der unverschämten Bedingungen zwingen.



Rohrzucker ist neben Bauxit wichtiges Exportgut Jamaicas.

Der IWF schreibt der Regierung jetzt vor, welche staatlichen Firmen sie zu verkaufen hat, welche Steuern zu erheben, welche Sozialleistungen zu kürzen sind, wieviel Bauxitabgaben zu fordern sind. Innerhalb von drei Jahren soll Jamaica statt bisher 12,5 Mio. 18 Mio. t Bauxit jährlich liefern.

Nachdem sie über den IWF ihre Bedingungen durchgesetzt haben, folgen die Banken direkt: Jamaica muß für die neuen Kredite jetzt 2,5% über dem Londoner Interbank-Satz (Libor) zahlen – das ist Rekordzins (andere Länder zahlen weniger als 1% über Libor).

## **Parteitag der PVAP KPdSU und westliche Banken üben Druck aus**

Die KPdSU hat den Brief, den sie an die PVAP geschickt hat, gezielt gegen die laufende Vorbereitung des 9. außerordentlichen Parteitages eingesetzt, sowohl gegen die Politik der polnischen Regierung wie auch gegen die Delegiertenwahlen zum Parteitag. Die Wahlen finden geheim statt. Die Delegierten müssen sich ihnen auf allen Ebenen stellen. Der 1. Sekretär der PVAP Kania erhielt in Krakow 365 von 392 Stimmen. Der von ihm und Ministerpräsident Jaruzelski gesteuerte Kurs der Demokratisierung findet offensichtlich in der Partei Unterstützung, einschließlich derjenigen Mitglieder, die gleichzeitig Mitglieder der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität sind. Die KPdSU hat diese Gewerkschaft erneut massiv angegriffen. Die Führung der PVAP ist aber nicht bereit, eine Verfolgung der Gewerkschaft zu starten. Zwar stieß auch Jaruzelski auf der Sondersitzung des ZK ernste Warnungen aus, gab aber gleichzeitig eine Art Nichteinmischungserklärung ab, indem er die Gewerkschaft aufforderte, sich selbst von anarchistischen Elementen zu reinigen.

Die Eröffnung des Prozesses wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ gegen die nationalistische Organisation „Konföderation für ein unabhängiges Polen“, deren Führer Moczulski von der westdeutschen Presse zum „Regimekritiker“ ernannt wurde, ist auch eine Antwort auf den Brief, in dem die Gefahr des Regierungsumsturzes und der Beseitigung der sozialistischen Ordnung beschworen wird.

Die Taktik der PVAP, den Gebietskörperschaften, also auch dem Parlament, mehr Macht einzuräumen, zahlt sich aus für die Beruhigung der Lage im Inneren. Der Sejmausschuß hat erfolgreich zwischen der Regierung und der Gewerkschaft Solidarität in Bydgoszcz mit Unterstützung der Gesamtgewerkschaft vermittelt und vorderhand die Rücknahme der Streikankündigung erreicht. Flugs hängte sich die katholische Kirche an und versuchte, die Erhaltung des Arbeitsfriedens auf dem Umweg über die Leiche des Kardinals Wyszyński und 30 Tage Trauerruhe für ihn auf ihr Konto zu buchen.

Beim Kampf für die Durchführung des Parteitages entgegen den Wünschen der UdSSR sieht sich die PVAP gleichzeitig dem Druck der westlichen Banken ausgesetzt, die durch Verzögerungen der Umschuldungsverhandlungen und In-die-Welt-Setzen von allerhand erpresserischen Varianten die polnische Regierung zu schärferem Vorgehen gegen die polnische Arbeiterbewegung zwingen wollen, sie andererseits hindern, von feststehenden Zahlungsverpflichtungen für die Planung der Wirtschaftsreform auszugehen. Rabiak erklärte die USA, sie wünschten ihre Objektfinanzierungen von dem Aufschub der Rückzahlung auszunehmen und überdies eine Zinsverpflichtung erheblich über den Geldbeschaffungskosten. Das Bankenkonsortium wird frühestens Ende Juni ein Protokoll über die Grundbedingungen vorlegen.

## **US-Bergarbeiter 72-Tage-Streik erzwingt besseren Tarifvertrag**

60% der in der Gewerkschaft UMW organisierten 160000 Bergarbeiter billigten in der Urabstimmung am 6.6. den neuen Tarifvertrag, den die UMW-Führung mit dem Verband der Kohlekapitalisten ausgehandelt hat. Ihr 72tägiger Streik hat die Kapitalisten gezwungen, einige der Unverschämtheiten zurückzunehmen, die sie im Frühjahr im ersten Anlauf gegenüber der UMW-Führung schon durchgesetzt hatten.

Damals waren ihre Ziele: Übergabe der Gelder der Branchen-Rentenkasse an die einzelnen Bergbaugesellschaften.

ten, Einführung von Sonntagsarbeit, weitere Schwächung der Gewerkschaftsarbeit. Das oberste US-Gericht leistete ihnen rechtzeitig zum Auslaufen des Tarifvertrages Schützenhilfe, indem es die Verpflichtung zur Beschäftigung von Gewerkschaftsmitgliedern zu Bau- und Instandsetzungsarbeiten, die im Tarifvertrag festgeschrieben war, für ungesetzlich erklärte. Die Kohlekapitalisten fühlten sich stark genug für diesen Vernichtungsfeldzug gegen gewerkschaftliche Positionen.

Denn die Gruben, in denen Gewerkschaftsorganisationen der UMW bestehen, haben heute einen Anteil von weniger als 50% an der US-Kohleförderung. Außerdem hatte UMW-Präsident Church erklärt, die Gewerkschaft wolle einen Streik unter allen Umständen vermeiden; die flüssigen Mittel der Gewerkschaftszentrale waren Ende 1980 auf 2 Mio. \$ gefallen.

In dem Ende März ausgehandelten ersten Tarifvertrag konnten die Kohlekapitalisten sich in vielen Punkten durchsetzen. Die Abgaben an die Rentenkasse für die Weiterverarbeitung von Kohle aus nicht gewerkschaftlich organisierten Gruben entfielen; eine 45tägige Probezeit ohne Gewerkschaftsrechte sollte in den Gruben eingeführt werden; die von der UMW verlangte Bezahlung zu Gewerkschaftstarif für unorganisierte Bau- und Reparaturarbeiter fiel unter den Tisch.

Vor allem wegen dieser Angriffe auf die Gewerkschaft und die Rentenversicherung lehnten  $\frac{2}{3}$  der UMW-Mitglieder den Vertrag ab und traten Ende März in den Streik. Obwohl sie kein Streikgeld bekamen, ihnen der letzte Lohn Anfang April ausgezahlt wurde und der Lohnverlust für den einzelnen Arbeiter etwa 3000 \$ betrug, konnten die Kapitalisten nirgendwo den Streik brechen. Der US-Kohleexport brach zusammen, die Lagervorräte der Kraftwerke und der US-Stahlindustrie halbierten sich. Größere Grubenbesitzer wie US-Steel bezifferten den täglichen Verlust auf über 1 Mio. \$.

Nach dem neuen Tarifvertrag müssen die Kapitalisten auf Kohle aus „unorganisierten“ Gruben höhere Abgaben als vorher zahlen und bei Bau- und Wartungsarbeiten bevorzugt UMW-Mitglieder beschäftigen. Die Probezeit ist gestrichen. Allerdings ließ die UMW eine Kürzung der Witwenrenten von 100 \$ auf 95 \$ zu. Die Laufzeit des Tarifs ist von 36 auf 40 Monate ausgedehnt: Die Löhne werden in dieser Zeit um 35% ansteigen bei einer jährlichen Inflationsrate von gegenwärtig 12%.

Der Abschluß gilt für die alten Kohlenreviere im Osten der USA. In den neuen Bergbaugebieten im Westen haben die Konzerne durch deutlich höhere Löhne und Sozialleistungen bislang die UMW ausschalten können.

## Frankreich nach den Wahlen

# Die Reaktion ist geschwächt, die Arbeiterbewegung jedoch keineswegs geeint

„Wir haben gewonnen.“ Tausende von Arbeitern, Angestellten und auch kleinen Handwerkern der Region um Alés in den südfranzösischen Cevennen unterbrachen mit diesem Ruf den Gewerkschaftssekretär der CGT, als er am vergangenen Freitag abend, den 12.6., verkündete, daß auf Beschluß des Industrieministers in Kürze die Kohleförderung in der Grube Ladrecht aufgenommen werde. 13 Monate lang hatten die Arbeiter dieses Reviers gegen die völlige Schließung der Gruben gekämpft. Sie hatten gestreikt, mehrfach demonstriert und schließlich kurz vor dem Stilllegungstermin Produktion und Vertrieb in eigene Regie übernommen. Jetzt feierten sie überschwenglich ihren Sieg, den „Sieg der Zukunft über die Vergangenheit“.

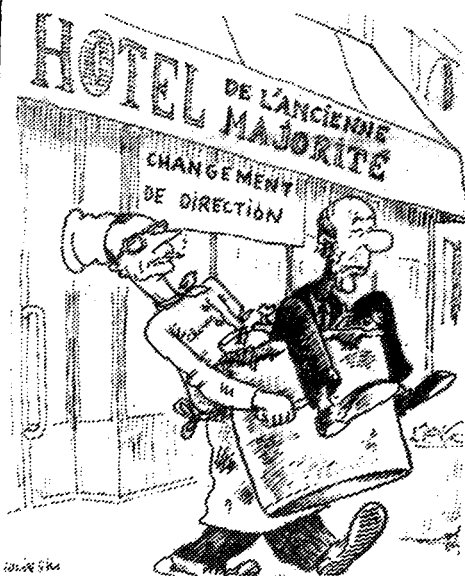
Es gab etliche ähnliche Freudensbekundungen in Frankreich seit dem 10. Mai, dem Wahlsieg Mitterands über Giscard d'Estaing. Der Wunsch, daß die Politik der Reaktion mit ihren Vertretern auf dem Misthaufen der Geschichte landen möge, fand in vielfältigen Formen Ausdruck.

einer Begegnung mit dem Premierminister sagen: Der Staat ist gut.“

Das Ergebnis des ersten Wahlganges der Parlamentswahlen mußte die Hoffnungen noch verstärken. Obwohl am 14.6. erst 156 von 491 Abgeordneten gewählt wurden, und die restlichen 335 in Stichwahlen der jeweils zweitbest Plazierten morgen, am 21., bestimmt werden, läßt die Untersuchung der Stimmenverhältnisse den Schluß zu, daß die politische Reaktion und ihre Parteien RPR und UDF eine schwere Niederlage einstecken werden. Mit über 55% der Stimmen für die Sozialistische Partei (PS), die revisionistische PCF sowie verschiedene kleine linksliberale Parteien und Organisationen der revolutionären Linken – die PS allein erhielt 37,6% – erzielte die Linke das beste Ergebnis seit dem zweiten Weltkrieg. Der zweite Wahlgang wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit von weit über 100 Sitzen, eventuell die absolute Mehrheit allein für die PS, bescheren.

E. Maire gab am Abend des 14. Juni einer Auffassung Ausdruck, die sicherlich gegenwärtig von der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, vielleicht aller Lohnabhängigen geteilt wird, wenn er ausrief: „Endlich sind Bedingungen geschaffen, die erlauben, daß eine neue Politik in Gang gesetzt wird; die gewerkschaftliche Aktion kann sich mit gesteigerter Wirkung entfalten. Denn um die Arbeit und die Gesellschaft zu ändern, ist die Mobilisierung der sozialen Kräfte entscheidend.“ Wer wollte bezweifeln, daß die durch die Wahlen veränderten politischen Bedingungen der französischen Arbeiterbewegung größeren Spielraum für die Verfolgung ihrer Ziele schaffen? Doch ob sie heute die Kraft besitzt, „die Arbeit und die Gesellschaft zu ändern“? Ernsthafte Hindernisse für die Verfolgung dieser Aufgabe ergeben sich jedenfalls aus folgendem:

Die PCF wird in der neuen Nationalversammlung nur mit ca. 45 Abgeordneten gegenüber vorher 86 vertreten sein, während die Sozialisten und Linksliberalen mit 250 und mehr rechnen können. Vier Millionen Menschen haben die PCF gewählt gegenüber 5,8 Millionen noch 1978. Besonders groß waren die Verluste in den Stimmbezirken der Industrie- und Arbeiterregionen um Paris. Konnte das ZK der PCF noch nach dem ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen mit einiger Glaubwürdigkeit verbreiten, ein Teil der PCF-Wähler hätte diesmal „nützlich“,



Karikatur in L'Humanité. Text: Hotel der alten Mehrheit. Wechsel in der Richtung.

Ladrecht ist ein Beispiel für die Erfolge, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung seit dem Antritt der Übergangsregierung Mauroy erzielen konnten. In einer Reihe von Punkten (s. Kasten) hat diese langjährigen Forderungen der Gewerkschaften entsprochen. Entsprechend zufrieden äußerte sich der Generalsekretär der CFDT Maire am 3.6.: „Zum ersten Mal in der Geschichte der CFDT können wir nach



## Regierung Mauroy löst Wahlversprechen ein

Seit ihrem Amtsantritt am 22.5. hat die Übergangsregierung Mauroy in Einlösung der Wahlversprechen Mitterands eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die einige Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erfüllen bzw. ihnen entgegenkommen.

Der *gesetzliche Mindestlohn* (SMIC) wurde mit Wirkung vom 1. Juni um 10% angehoben und liegt jetzt bei 2900 FF (1218 DM). 12 % aller Lohnabhängigen, 1,6 Mio. Arbeiter und Angestellte, müssen nach Berechnungen der Gewerkschaft CFDT gegenwärtig ihre Arbeitskraft zu diesen Bedingungen verkaufen. In der Nahrungsmittelindustrie liegt ihr Anteil z.B. bei 18%, in der Textilindustrie bei 27%. Seit 1974 blieb das Wachstum des Mindestlohnes um 3,3% hinter dem des Durchschnittslohns zurück. CGT wie CFDT fordern seit Jahren überdurchschnittliche Anhebung, um die Lohnspreizung zu verringern. Jetzt wollen sie eine Erhöhung auf 3400 FF (in konstanten Preisen von April 81) bis 1984 durchsetzen.

Die *Mindestrente* steigt am 1. Juli von 1417 FF (595 DM) auf 1700 FF, d.h. um 20%, und wird dann bei 58% des Mindestlohns liegen. 1,9 Millionen alte Arbeiter und Angestellte über 65 Jahre erreichen damit einen Kaufkraftgewinn von ca. 13%,

berechnet auf die letzten sechs Monate. Die Mindestrente, die unabhängig von der Zahl der Versicherungsjahre gezahlt werden muß und die heute 24% aller Rentner erhalten, wird jeweils vom Ministerrat festgelegt. Die jetzige Erhöhung ist nicht zuletzt Resultat der massiven Demonstrationen zehntausender Rentner und Gewerkschafter in den letzten Monaten.

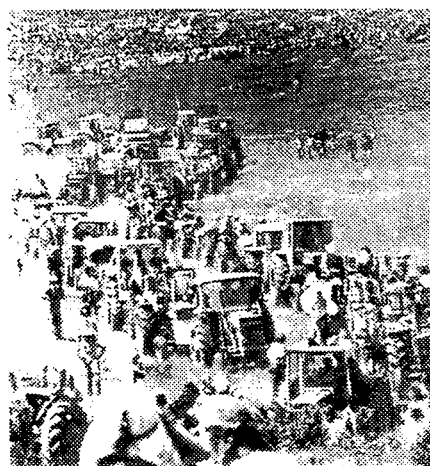


Die Gewerkschaften CFDT und CGT verlangen die Anhebung der Renten auf 80% des SMIC, bzw. 75% des Lohns und Verrentung mit 60 Jahren für Männer, 55 Jahren für Frauen.

Drittens werden die *Familienhilfen* um 25% wachsen. Sie bestehen aus 22 verschiedenen Zuschüssen (vom Kindergeld bis zur Zulage am Schulan-

fang) und betreffen 4 Mio. Familien. Bei Familien, deren Einkommen um den Mindestlohn liegt, machen sie 50% der verfügbaren Geldmittel aus.

Neben diesen wirtschaftlichen Maßnahmen mußte die Regierung in einer Reihe von politischen Fragen dem Druck der Volksbewegung nachgeben. Mitterand hat die Auflösung des *Gerichtshofes für Staatssicherheit*, eines Sondergerichtes, das in den letzten Jahren v.a. gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen von Korsen und Bretonen eingesetzt wurde, angekündigt. Das *Kernkraftwerk von Plogoff* in der Bretagne wird nicht gebaut, die Ausdehnung des Truppenübungsplatzes von *Larzac*, die die Existenz hunderter Bauern vernichtet hätte und gegen die Zehntausende jahrelang kämpften (Bild: 1977), wird nicht weiter verfolgt.



also taktisch, gewählt, um Mitterands Wahl zu sichern, so erweist sich dies jetzt als Trugschluß. Das Wahlergebnis bestätigt eine Entwicklung, die sich z.B. in der geschwundenen Schlagkraft gewerkschaftlicher Aktionen v.a. der CGT – deren Politik ja entscheidend von PCF-Kadern beeinflusst ist – schon andeutete. Erhebliche Teile der Arbeiterklasse haben mit der PCF gebrochen. In der Hauptseite sicherlich, weil sie verantwortlich ist für die Zerstörung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit, die noch 1979 unter den Forderungen nach 35-Stundenwoche, Mindestlohn, gewerkschaftlichen Rechten im Betrieb und im Kampf gegen die Kostendämpfungspolitik im Gesundheitswesen gegen Kapitalisten und Regierung antrat.

Die Kurskorrektur von PCF und CGT, die dazu führte, „das Problem der Einheit in unserem Land abhängig von der internationalen Lage zu behandeln“ (Resolution der CGT, Mai 1980), was auf die Forderung nach Unterstützung des „realen Sozialismus“ sprich Sozialimperialismus als Bedingung gewerkschaftlicher Aktionseinheit hinauslief, mußte die Gewerk-

schaftsbewegung schwächen. Zusammen mit der zeitweisen Gleichsetzung von PS und den Parteien der Reaktion trug sie entscheidend dazu bei, Mitterand den Raum zu verschaffen, um sich auch gegenüber der Finanzbourgeoisie als möglicher Präsident zu profilieren. Heute kann die Regierung Mauroy unwiderrspochen den Nachrüstungsbeschluß unterstützen, die französische Atombewaffnung forcieren und den Ausbau der EG befürworten.



Die Lage für die französische Arbeiterbewegung ist also durchaus kompliziert. Zwar hat die Reaktion ein gut Stück zurückweichen müssen, und es scheint auch, als könne sich die Gewerkschaftsbewegung auf ein Programm der dringendsten wirtschaftlichen Forderungen einigen. Tatsächlich jedoch ist die weiterbestehende Spaltung nur übertüncht, in entscheidenden politischen Fragen besteht keine Einheit. Viele Kommentatoren werden jetzt nach dem zweiten Wahlgang die Frage der Regierungsbeteiligung der PCF als entscheidend für den Kurs der neuen Regierung aufwerfen. Man sollte sich da nicht täuschen lassen. Die schwache Position der Revionisten läßt dies für Bourgeoisie wie Arbeiterbewegung zum zweitrangigen Problem werden. Entscheidend wird sein, ob die noch gesplante Arbeiterbewegung ein gemeinsames Programm entwickeln kann, das über die Beschreibung der kurzfristigen wirtschaftlichen Forderungen hinausgeht. Nur so und über die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades von jetzt nur 25% wird der notwendige Druck auf Mitterand und die neue Regierung erzeugt werden können.





Jackson Pollock. Number 32. 1950

### Kunstaussstellung

## „Westkunst“: Nichts zu den arbeitenden Klassen, dafür „Freiheit“ und „unverbrauchte Moderne“

Ein Jahr vor der Kasseler „dokumenta“ findet in den Kölner Messehallen eine weitere Mammutschau moderner Kunst statt, „Westkunst“ genannt. Galeristen, Museumsdirektoren und Kunstkritiker haben die am meisten individualistischen Kunstströmungen der letzten 40 Jahre aus Westeuropa und Nordamerika zusammengetragen und versucht, die Entwicklung dieser „Avantgarde-Kunst“ (Westkunst-Katalog) aufzuzeigen. Als Betrachter der Ausstellung sollte man sich darüber im Klaren sein, daß die gezeigte Kunst nur eine bestimmte Strömung innerhalb des Kunstgeschehens dieser Länder darstellt, daß die vertretenen Künstler nur einen Bruchteil der produzierenden Künstler ausmachen und daß so gut wie alle Kunst, die versucht, sich mit dem täglichen Leben der arbeitenden Klassen auseinanderzusetzen, hier fehlt. Deshalb werden die vertretenen Kunstströmungen auch fast ausschließlich nur in bestimmten Intellektuellen- und Geldkreisen be- und geachtet (mit Ausnahmen natürlich).

Die Aussteller stellen das in ihrem Katalog auch etwas betrubt fest, doch schimmert auch immer wieder die eitle Ideologie von der tragischen Einsamkeit unverstandener Genies in den Kommentaren (vor allem der Künstler selbst) durch. Solidarität mit der „Avantgardekunst“ versuchen die Aussteller auf andere Weise zu erzeugen: indem sie ihre Kunstschau im Jahre 39

beginnen lassen und zwar mit der „verfolgten Moderne“. Penetrant weitschweifig zeichnen sie dieses Bild von der ständig verfolgten Moderne; verfolgt vom Hitler-Faschismus, aber auch von „anderen Diktaturen“, verfolgt bis heute von Spießern, Bürokraten, staatlichen Stellen.

So wurde nach dem zweiten Weltkrieg das „Freiheitsmotiv“ mit dieser Art Kunst verknüpft und wird interessanterweise jetzt, am Anfang der achtziger Jahre, mit großem finanziellem Aufwand (über 7 Mio. Mark) und einer Flut von Belehrungen wieder aufgefrischt. Diese „Freiheit“ besteht darin, daß der einzelne Künstler machen kann, was er will, daß seine Kunst „frei“ ist von sozialen Aufgaben, von stilistischen, formalen „Einkerkungen“, Rücksichten auf Verständlichkeit usw. Diese Art Freiheit stellt sich in der Regel aber nur bei einem sehr kleinen Teil aller Künstler ein nach oft gehässigem Konkurrenzkampf und auch dann nur, wenn sie bezahlt worden ist. (Trotz gegenteiliger Kitschgeschichten vom armen van Gogh etwa, der ja auch zu Lebzeiten kein Bild verkauft habe und doch gerade einer der Urväter der „Moderne“ sei.) Ganz deutlich bekommt man diese bezahlte Freiheit zu spüren, wenn man die parallel zur Westkunst stattfindende Darbietung modernster Kunst in 20 Kölner Galerien besichtigt: kühle Geschäftsatmosphäre mit ausgewähltem Kundenverkehr, in einer Galerie mit gefüllten Ascheimern und

voller Badewanne vom Künstler Beuys wartet man beim Hinausgehen vor der Tür mit Sicherheitsknopf, bis der Galerist diskret den Summer drückt – gute Geschäfte tragen halt Risiken in sich ...

Interessant an der „Westkunst“-Ausstellung ist, daß man sich ein ziemlich gutes Bild davon machen kann, wohin die individualistische Freiheit in der Kunst des 20. Jahrhunderts geführt hat. Die wesentlichen Grundlagen der „Avantgarde-Kunst“ wurden von den „Klassikern der Moderne“ bereits zu Anfang unseres Jahrhunderts gelegt. Picasso, Duchamps, Kandinski u.a. zerstörten entscheidende Grundsätze der ästhetischen Tradition. Picasso z.B. zerrümmerte die einheitliche Gestalt des Menschen, entwickelte sie zu Kuben, die nur noch Gesetzmäßigkeiten im Bild unterworfen waren. Duchamps brach vielleicht noch radikaler mit der ästhetischen Tradition, indem er den Kulturbürgern die „Ästhetik“ entgegenhielt, zu der es der Kapitalismus gebracht hatte: die „Ästhetik“ oder Unästhetik der täglich massenhaft hergestellten Ware. So stellte er, um den verspießerten Kunstverstand zu provozieren, Waren mit möglichst banalem, alltäglichem Gebrauchswert in Ausstellungsräume, um sicher zu gehen, daß man an solchen Objekten nun wirklich nichts Ästhetisches mehr finden könne: Pissoir, eiserner Flaschentrockner, Fahrrad mit Gabel, verkehrt herum auf einem Schemel ... (Duchamps hat

sich übrigens geirrt. Das Profitinteresse war stärker als sein vermeintlicher Ästhetik-Schock: Seine „Werke“ werden heute auf dem Kunstmarkt so gehandelt wie die übrige „Moderne“.) Kandinsky durchbrach die Tradition der gegenständlichen Malerei.

All solche Ansätze findet man in der „Westkunst“ hundertfach variiert bis hin zu immer dumm-dreisteren Einfällen in den 60er Jahren (die einem gegen Ende der Ausstellung das Durchhalten fast unmöglich machen). Von der individualistischen Zerstörung und Neuverwendung jahrhundertalter künstlerischer Formen bleibt in vielen Werken der 60er Jahre (die Ausstellung läßt die 70er Jahre aus) nur noch flache, spinnerte Einfallslosigkeit übrig bis dahin, daß das Leben selbst zur Kunst erklärt wird (und derjenige „der“ Künstler ist, der's zuerst gemerkt hat).

„Jegliche Darstellung der Wirklichkeit, des wirklichen Lebens des deutschen Volkes, seiner sozialen Nöte und seiner Leiden, blieb fern ...“ Diese Kritik, die der Antifaschist Heartfield 1937 zu der großen Nazikunstaussstellung im „Haus der Deutschen Kunst“ schrieb, trifft ebenso auf etliche Strömungen in dieser „Westkunst“ zu, obwohl sie in krassem Gegensatz zur faschistischen Kunst gestanden hat und ganz anders als jene sich unabhängig, provozierend, radikal und freizügig gibt.

„Unverbrauchte Moderne“ nennen die Veranstalter diese individualistische Kunst. Daneben besteht immer schon und wächst gegenwärtig eine andere Kunst, die ihre Lebendigkeit vor allem aus dem Zusammenschluß verschiedener Volksteile im Kampf um ihre sozialen Interessen gewinnt. Solche Kunst wird kaum öffentlich subventioniert wie „Westkunst“, sie ist auch kaum in Schulbüchern und öffentlichen Bibliotheken zu finden wie „Westkunst“. Qualitativ ist sie oft noch nicht gut, und es gibt noch wenig – aber sie nimmt zu (ganz allmählich auch in den Gewerkschaften). Die „Westkunst“-Macher wissen das; ihr Lockruf an die jungen Künstler ist: Die Moderne ist unverbraucht, lernt von ihr, und ihr werdet auch zur „Avantgarde“ gehören. Ihr Kalkül ist, daß die jungen Künstler dabei Geschmack an der „Freiheit“ des individualistischen Außenseiters finden. Als Belohnung winken Bares und Nachruhm.



## Kriminaltango in der Kaserne

Und sie tanzen einen Tango  
Drücker Schmidt  
und Baby Genscher



Und er flüstert leise:  
Baby –

Plötzlich kommt  
ein Herr mit Handtuch

Schmidt wird blaß  
und Baby zittert

wenn ich aufstehe  
hältst du dicht!  
Dann bestellt er  
zwei Cruise Missile ...

doch dann löscht sie  
schnell das Licht ...



Kriminal Tango  
in der Kaserne  
dunkle Gestalten,  
rote Laterne,  
hungrige Blicke,  
schwankende Kurse –

Und in die Spannung –  
da fällt ein Kuß

Und sie tanzen einen Tango  
Drücker Schmidt  
und Baby Genscher,

und die Nato  
kann nicht finden,  
was daran verdächtig war.

Nur der Herr dort  
mit dem Handtuch,  
dem der Kuß  
im Dunkeln galt,

könnt' vielleicht  
dazu was sagen,

doch der Herr,  
der lächelt  
nur.



## Konzerttournee

# Dylan: Musiker des amerikanischen Liberalismus

Wenn Bob Dylan Mitte des Jahres in der Bundesrepublik auf Tournee geht, zielen seine Auftritte auf ein Publikum von 25- bis 35jährigen. Sie kalkulieren mit dem moralischen Gewicht, das Dylan noch anhängt, nicht aus seinem christlichen Missionseifer der letzten Jahre, aber aus seinem Auftreten in der ersten Hälfte der 60er Jahre. Sie kalkulieren mit dem Nimbus des Kopfs des Jugendprotestes, den ihm seinerzeit ebenso die Reaktion umgehängt hat („erfolgreichster Vorkämpfer im neuen Krieg der Klassen: Jugend gegen Alter“) wie die liberale Öffentlichkeit („Sprecher einer ganzen Generation“).

Als Dylan Anfang der 60er Jahre öffentlich aufzutreten begann, hatte gerade Kennedy für die Demokratische Partei die Präsidentschaft gewonnen. Eine liberale Opposition, die sich gegen die Kalte Krieg-Hetze, gegen die atomare Aufrüstung und den Terror von McCarthy's Senats-„Ausschuß gegen unamerikanische Umtriebe“ gebildet hatte, hatte ihn begünstigt. Kennedy trat für eine Politik der Stärke an, im Innern verknüpft mit einer Politik der „neuen Grenze“ („new frontier“), Scheinzugeständnissen nach Gleichberechtigung der Schwarzen. Zu dieser Zeit begann aber auch die Bürgerrechtsbewegung gegen Kriegspolitik und Rassenunterdrückung.

In diese Situation fielen Dylans erste Lieder. „Blowin' in the wind“ 1962: lauter Fragen, was eigentlich alles passieren muß, bis Ruhe und Frieden nicht mehr gestört werden; Fragen, in denen sich zu den Kriegsmaßnahmen des US-Imperialismus nichts findet, obwohl Kennedy zur gleichen Zeit Kuba vollständig blockieren läßt; Fragen, die ausdrücklich nicht beantwortet werden („die Antwort weht im Wind“) und auch gar nicht lösbar sein sollen. In „Masters of war“ ein Jahr später griff Dylan die Herren des Krieges hinter Mauern und Schreibtischen an, die sich im Sessel zurücklehnen, während die Jugend verblutet; denen er baldigsten Tod wünscht. Die „Herren“ bleiben aber wieder im Dunkel. In „The times they are a-changing“ 1963 forderte Dylan die Anerkennung der unumgänglichen Veränderungen. Die Schriftsteller sollten die Augen für die Bewegung vor sich aufsperrten. Die Eltern sollten, wenn sie schon nicht dabei sind, wenigstens nicht im Weg stehen. Die Senatoren und Abgeordneten sollten nicht dumm rumstehen, während draußen ein Kampf losgeht, der ihre Fenster zerbrechen und an ihren Wänden rütteln würde. – Wohin aber sollte der Kampf führen? Dylan äußert sich an dieser Stelle so wenig dazu wie später, auch nicht in „Like a rolling stone“ 1965, dem Lied, das er als eigentlichen Durchbruch ansah.

Die Musik dieser Lieder war aus Blues und Rhythm & Blues genommen, aggressiv und rauh vorgetragen mit „gewaltiger, zorniger Erregung“ (Dylan, 1965). Die Kritik der Gesellschaftszustände bleibt aber bei der Beschreibung der Lebensumstände einzelner Personen, meist der eigenen, stehen. Sofern Konsequenzen gezogen werden, sind sie auf die einzelne Person zugeschnitten und ganz individualistisch: sich zu ändern, einen in Ruhe zu lassen usw. Zu kollektiver Aktion hat Dylan nie aufgerufen, eine politische Verantwortung in der Bürgerrechtsbewegung, die seine Lieder aufnahm, hat er abgelehnt. Er hat aus diesem Grund stets verneint, ein „Protestsänger“ zu sein. Mit dem Kampf der Schwarzen oder den Gewerkschaften ist er nicht verbunden gewesen. Seine Musik bereits dieser Zeit war rebellische Musik der liberalen Opposition. Es fiel nicht aus dem Rahmen, wenn er von „meinem Freund John“ (Kennedy) sang („I shall be free“, 1963).

Während die Kämpfe der Schwarzen und Farbigen und die Bewegung gegen den Krieg der US-Imperialisten in Südostasien in der zweiten Hälfte der 60er Jahre an Heftigkeit zunahmen, versumpft die liberale Opposition schon zusehends – und Dylan mit ihr. Er begann von biblischen und kirchengeschichtlichen Sachen zu singen, von Traumbegegnungen mit Heiligen und lieben Landlords. Der rebellische Zahn war gezogen („John Wesley Harding“, 1968). Ein Jahr später ist Dylan bei direkt schwülstigem Country & Western angelangt („Nashville Skyline“, 1969).

In den 70er Jahren hat Dylan die direkt reaktionäre Entwicklung des amerikanischen Liberalismus mitvollzogen. Die religiösen Elemente sind mehr und mehr das Bestimmende geworden.

Carter konnte in seinem Wahlkampf 1976 ganz gut Textstücke von Dylan zitieren und versichern, daß er sich viele Anregungen von ihm hole, nicht nur, um mit seinen Söhnen zurechtzukommen, sondern auch für die Staatsgeschäfte. Dylans Plattenverkaufsziffern dieser Zeit stagnierten aber schon erfreulich kräftig.

Ab 1979, mit seinem Übertritt vom jüdischen zum christlichen Glauben, entwickelte Dylan schließlich missionarischen Eifer. „Mit Jesus zu wandeln, ist kein leichter Trip. Aber es ist der einzige Trip“, ist sein Motto. Mit Gospelchor und gottesdienstartigen Konzerten ist Dylan im letzten Jahr durch die amerikanische Provinz gezogen und hat in Evangelistenmanier über die Philosophien, die die Hirne verschmutzen, die Pornographie, die an den Schulen gelehrt würde usw. gewettert. Die Bild-Zeitung wußte schon auch, warum sie Anfang Juni würdigte, daß sich Dylan jetzt von Christus durch Leben führen läßt.

Er hat in den letzten Jahren seinen musikalischen Teil dazu beigetragen, eine moralische Grundlage für den Kreuzzug für Amerikas Größe zu schaffen, zu der die Reagan-Regierung angetreten ist.

## Hamburg

# Evangelischer Kirchentag „Fürchte dich nicht“

120000 Teilnehmer sind als Dauergäste zum Kirchentag vom 17.-21. 6. 81 angemeldet. 30000 Tageskarten sind verkauft. Die Mehrzahl der Teilnehmer sind Jugendliche, die in Gruppen an diesem Kirchentag teilnehmen, um Erfahrungen auszutauschen, 300 Gruppen haben sich für die Gestaltung des „Marktes der Möglichkeiten“ vorbereitet. In einer Messehalle werden die Ausstellungen aufbauen u.a. zur Arbeitswelt, zur Arbeitslosigkeit zum Problem der Drogenabhängigkeit, für Umweltschutz, für Entwicklungshilfe und vor allem für den Frieden. Hauptsächlich geht es den Jugendlichen um die Darstellung und Unterstützung bestimmter sozialer und politischer Forderungen und Verbesserung ihrer diesbezüglichen Zusammenarbeit.

Sie fassen die Losung „Fürchte dich nicht“ als Ermutigung zum Kampf für politische Forderungen auf, als Ermutigung, sich mit den sozialen Problemen dieser kapitalistischen Gesellschaft so zu befassen, daß Änderungen durchsetzbar sind. Deshalb ist angekündigt, den bürgerlichen Politikern wie Apel, Schmidt und Stoltenberg, die die Kirchenleitung als prominente evangelische Christen unter großem Protest aus vielen Gemeinden auftreten läßt, wegen ihrer Politik der Kriegsvorbereitung, Ausplünderung und Unterdrückung anzugreifen.

Zur Friedensdemonstration am Sonnabend werden über 50000 Teilnehmer erwartet. An die 100 kirchliche und politische Gruppen und Organisationen rufen auf: „Als Christen und Nichtchristen sind wir dem Leben verpflichtet ... Darum erklären wir, daß wir nach Kräften dazu beitragen werden, die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in unserem Land zu verhindern. Über diesen ersten Schritt hinaus werden wir uns für weitere Abrüstungsschritte einsetzen auf dem Weg zur Abschaffung aller Atomwaffen ...“. Die Forderungen des Aufrufs lauten: Gegen die Atompolitik der Bundesregierung! Keine Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa! Für die Abschaffung aller Atomwaffen! Die Kirche darf nie wieder Waffen segnen! Nie wieder Krieg!

Führende Politiker der bürgerlichen Parteien fühlen sich berufen, die „christliche Volksgemeinschaft“ zu propagieren und diesen „Dienst an den Deutschen“ (FAZ 16.6.) tatkräftig mitzubetreiben. Die CDU hat dazu vor dem Kirchentag ihren kleinen Parteitag abgehalten. Kohl brüstet sich, er fühle sich stark, auf dem Kirchentag der Friedensbewegung entgegenzutreten und mit dem gefährlichen Pazifismus fertig zu werden. Er will nachweisen, daß die Pazifisten historisch schon schwere Schuld auf sich geladen haben, indem sie, wenn nicht gar den Ausbruch des 2. Weltkrieges, so doch dessen Ausmaß provozierten, weil z.B. England die Ausrüstung gegen Hitler wegen der Pazifisten unterlassen hätte. Schmidt wird zum Thema Christentum und Politik reden. Beide machen sich die Bergpredigt nutzbar. In der Bergpredigt ginge es nicht um konkrete Politik, nicht um juristisch Faßbares und Einklagbares gegenüber der Politik, sondern es ginge um das Seelenheil des Einzelnen bei Gott. Man könne nun nicht das Interesse am eigenen Seelenheil – z.B. durch Gewaltverzicht – über die Verantwortung der Staatsmänner für die

Menschen setzen. Richard von Weizsäcker, neuer CDU-Bürgermeister von West-Berlin und Präsident des Evangelischen Kirchentages hält christlich-verantwortliches Handeln nur möglich, wenn sich der Christ, geleitet von der Bergpredigt, „auf die Verantwortungssituation des Sachverständigen und Politikers“ einlasse. „Insofern verlangt sachgemäßes politisches Handeln nicht den Verzicht auf die Bergpredigt. Es ist sogar deren Erfüllung. Das gilt einschließlich der notfalls zur Durchsetzung von Frieden, Recht und Freiheit nötigen angemessenen und ordnenden Gewalt. Das ist der Grund, warum Paulus der Zusammenfassung der Bergpredigt die Verpflichtung des Christen zur Einordnung in den Staat folgen läßt. Für die Kirche und den Glauben ist viel gewonnen, wenn der Kirchentag in Hamburg dazu hilft, das Interesse auf die Bergpredigt und allgemein auf die Bibel zu lenken“ (FAZ 16.6.). Die sozialdemokratische Bundesregierung steht in dieser Sorte Christlichkeit kaum der Christlich-Demokratischen oder Christlich-Sozialen Union nach.

Die Losung des Kirchentages hat schon einmal als solche Verwendung gefunden, in den Zeiten des kalten Krieges, als die westlichen Imperialisten den Angriffskrieg auf die damals noch sozialistische Sowjetunion vorbereiteten. Sie scheint offensichtlich geeignet in Zeiten heftiger Kämpfe gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, um von der Welt ab- und auf Gott, die Bibel und das Jenseits zuzulenken. Weizsäcker erklärt: „Gemeint ist mit der Losung ja nicht, jemandem auf die Schulter zu klopfen, ihm Optimismus zu injizieren oder ihn zum Kampf aufzurufen ... Gemeint ist auch nicht, Probleme und Konflikte zu leugnen, in denen der Mensch und die menschliche Gemeinschaft stehen ... Es ist die Zusage gerade an den, der immer mal wieder meint, von Hoffnungslosigkeit übermannt werden zu müssen ... eine im tiefsten Sinne religiöse Zusage ...“ Deshalb wird im offiziellen Vorbereitungsbuch vor der Versuchung gewarnt, die konkreten Ursachen für Furcht und Angst zu untersuchen. Angst und Furcht seien angeblich unabänderlich „beständige Schatten des menschlichen Daseins“, Grundgegebenheit der menschlichen Existenz, die so nach Gott verlange. „Vermutlich wird von vielen als nächstliegende Assoziation das aus der Weihnachtsgeschichte vertraute Engelswort bereitgestellt werden, das insofern eine Brücke zum richtigen Verstehen bilden kann, als es den Aufruf zur Furchtlosigkeit mit dem Handeln Gottes begründet.“ Gott beseitige aber selbstverständlich nicht die Ursachen für Angst und Furcht, sondern er legt den Menschen irdische Prüfungen auf, damit sie zu ihm ins Paradies gelangen. Gott will, „daß wir jetzt in diese Not, in diese Gefahr hineingehen, hindurchgehen oder darin umkommen.“ Daher wird zur Kirchentagseröffnung in Gottesdiensten der Trostpsalm 23 verabreicht: „Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln ... Und ob ich schon wanderte im finstern Tal, fürchte ich kein Unglück, denn du bist bei mir ...“ Wer soll dahinter AMEN sagen?

Bischof Wölber weiß, „in einer sich nur aus sich selbst verstehenden Welt sind wir mit denen zusammen, die suchen und fragen“, im Kirchenjargon, die „Gott-Fernen“ oder in der Bibelsprache „Widerchristen“, man braucht bloß an die Millionen Gewerkschaftsmitglieder zu denken, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten nicht an die Kapitalisten verkaufen mit dem Hinweis auf das ewige Leben nach dem Tod. Die Schlußveranstaltung auf der Stadtparkwiese widmet sich diesem Problem mit dem 1. Joh. 14: „Ihr Lieben, glaubet nicht einem jeglichen Geist, sondern prüfet die Geister, ob sie von Gott sind; denn es sind viele falsche Propheten ausgegangen in die Welt ... und das ist der Geist des Widerchristen, von welchem ihr habt gehört, daß er kommen werde, und ist jetzt schon in der Welt ... sie sind von der Welt, darum reden sie von der Welt und die Welt hört sie ... Wir sind von Gott ... Gott ist die Liebe ...“ Anschließend gibt es die Speisung der Hunderttausend gegen bar.

Mit viel Aufwand wird die Szenerie für die „Gemeinsamkeit“ hergestellt. Musik, Theater, Kabarett und reichhaltiges Unterhaltungsprogramm fehlen nicht. Über 4 Mio. DM hat alleine der Hamburger Senat aus Steuergeldern dem Unternehmen zugesprochen. Die Schulbehörde läßt den Unterricht an den Hamburger Schulen für zwei Tage ausfallen und stellt die Gebäude für Massenquartiere zur Verfügung. Staatsbedienstete können Sonderurlaub erhalten, die Kapitalisten anerkennen ihn als Bildungsurlaub. Die Bundesbahn gewährt großzügige Verbilligungen. Die Kosten des Kirchentages fallen unter die Kriegskosten. Wie sollen die Imperialisten ihren Krieg vorbereiten, wenn sich die Soldaten nicht von den Militärpfaffen trösten lassen mit „Fürchte dich nicht, denn Gott kämpft mit dir ...“

## Grüne

# Strafanzeige gegen Bundesregierung

Der Bundesvorstand der Grünen hat kürzlich Strafanzeige gegen den Kanzler Schmidt, die Minister Genscher und Apel sowie die Fraktionsvorsitzenden Kohl, Wehner und Mischnick wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gem. § 80 StGB erstattet. Diese Nachricht hat viele Menschen im Lande erfreut: Zum einen stimmt der Vorwurf, und es wäre schön, wenn es darauf noch einen passenden Paragraphen im Strafgesetzbuch gäbe. Es gibt ihn, und wenngleich nicht erwartet werden darf, daß ein bürgerliches Gericht die Regierungsmitglieder wegen Verfolgung imperialistischer Interessen durch Vorbereitung eines Angriffskrieges lebenslänglich ins Loch steckt, so war doch diese Strafanzeige unbedingt richtig. Die Problematik dieser Vorschrift umreißt der Richter am Bundesgerichtshof Willms im Leipziger Kommentar so: „Dabei werden, was die Effektivität dieser Vorschrift natürlich in Frage stellt, jedoch kaum anders vorstellbar ist, in erster Linie gerade in staatlichen Machtpositionen sitzende Personen als Täter in Betracht kommen.“ Ist das nicht, ganz am Rande, die Beerdigung des sog. Legalitätsprinzips, das die Staatsanwaltschaft verpflichtet, ohne Ansehen der Person jede Straftat zu verfolgen? Es bleibt die Beantwortung der interessanten Frage, ob nach dem Buchstaben des Gesetzes gegen die Beschuldigten Anklage erhoben werden müßte. § 80 Strafgesetzbuch lautet: *Wer einen Angriffskrieg (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.* Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes lautet: *Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.* Die westdeutsche Bourgeoisie tat sich schwer mit diesem „Verfassungsauftrag“ aus dem Jahre 1949. Bei den Beratungen eines Entwurfs erklärte der Abgeordnete Wahl 1951, in der 87. Sitzung des Rechtsausschusses, daß sich „unter dem Eindruck der Koreakrise die Vorstellung gewandelt habe, von der das Grundgesetz ausgegangen sei.“ Die Beratungen wurden „zurückgestellt“ und schließlich „eingestellt“ bis zum Jahr 68, als die Große Koalition das Gesetz verabschiedete. Mit der Anzeige der Grünen wird erstmals seine Anwendung gefordert. Sie begründen ihre Anzeige u.a. so: „Da die neuen US-Waffen, die ab 83 in der BRD aufgestellt werden sollen, ausschließlich und eindeutig die Eigenschaften von Erstschlagwaffen besitzen, die das bislang herrschende atomare Gleichgewicht durchbrechen, macht sich die Bundesregierung durch ihre Zustimmung zu diesem Stationierungs-Beschluß der Vorbereitung eines Angriffskrieges schuldig.“ Die Grünen belegen in ihrer Anzeige, daß der Zustimmung zur „Nach“-Rüstung eine „friedensfeindliche Einstellung“ zugrunde liegt, wie sie Willms im Leipziger Kommentar für den „Angriffskrieg“ fordert: „Ein Überraschungsangriff (der Sowjetunion) könnte genauso gut mit stationären und stundenlang zuvor aufgetankten Raketen der älteren Bauweise geführt werden. Die Aufregung der NATO über die neuen sowjetischen SS-20 Raketen wäre nur dann verständlich, wenn man annehmen wollte, die NATO plane ihrerseits einen überraschenden Angriff gegen die Sowjetunion. Nur unter diesem Gesichtspunkt wäre die Sowjetunion mit ihren heutigen SS-20 besser gewappnet als mit den früheren SS-5 Raketen ... Die USA könnten sich ausrechnen, daß sie mit ihren Pershing 2 und Cruise missiles in einem Überraschungsschlag nicht nur die wichtigsten sowjetischen Befehlsmitteln im europäischen Teil der SU ausschalten könnten, sondern auch einen Teil der in Bunkern untergebrachten interkontinentalen Fernraketen, die auf die USA gerichtet sind. Damit könnten Schäden in den USA kalkulierbar bleiben. Westeuropa würde jedoch durch die mit SS-20 Raketen geführten Vergeltungsschläge mit absoluter Sicherheit vollständig vernichtet werden.“ Die hier stark verkürzt wiedergegebene Beweiswürdigung könnte sicher noch verbessert werden. Doch für die Anklageerhebung genügen ja konkrete Anhaltspunkte dafür, daß der Beschuldigte die Tat begangen hat. Es müßte Anklage erhoben werden.

# Beschäftigung und Lohnhöhe

Im Ergebnis der Lohnbewegungen dieses Jahres, insbesondere bei Betracht der metallverarbeitenden Industrie, fallen starke gewerkschaftliche Mobilisierung und schlechtes Ergebnis zusammen. Daß die Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte trotz starker gewerkschaftlicher Mobilisierung nicht gesichert werden konnte, führt zu der verbreiteten Ansicht, daß Kaufkraftminderungen auch für die Arbeiter und Angestellten, die beschäftigt sind, bei sinkender Beschäftigung unvermeidlich wären. Diese Ansicht läßt sich bis hin zu äußerst bewegten Klagen über den Kapitalismus im allgemeinen ausbauen. Wer jedoch nicht zugeben will, daß auch bei sinkender Beschäftigung Faktoren wirksam sind und ausgenutzt werden können gegen die Tendenz der Kapitalisten, den Lohnstandard zu senken, wird sich außerstande setzen, den Punkt zu bestimmen, an dem die erfolgreiche Verteidigung des Lohnstandards möglich ist.

Beschäftigungsrückgang und Beschäftigungszunahme im Gang der Konjunktur treffen die Belegschaften keineswegs gleichmäßig. Durch Rückgriff auf statistisches Material lassen sich gewisse Eigenarten aufzeigen, die erklärlich sind, weil die konkreten Arbeiten in den Tarifverträgen umschrieben sind. Die Effektivlohnstatistik ist nach Leistungsgruppen aufgebaut, die zusammengefaßten Tarifgruppen entsprechen. Die Statistik weist für diese Leistungsgruppen einen Lohndurchschnitt aus. Um die Veränderung in der Beschäftigungsstruktur und die dadurch verursachte Veränderung der Lohnsummenverteilung messen zu können, haben wir unterstellt, daß die Lohndurchschnitte in den Leistungsgruppen von 1966 auf 1967, von 1967 auf 1969 und von 1974 auf 1975 gleich geblieben wären und sich nur die Belegung dieser Leistungsgruppen nach der Statistik geändert hätte.

1966 auf 1967 bauen die Kapitale in der Elektroindustrie die Beschäftigung um mehr als 100000 ab. Der Beschäftigungsrückgang ist, bezogen auf Lohnklassen, völlig verschieden. Der stärkste Rückgang ist im Bereich unterhalb des Durchschnittslohnes zu verzeichnen. Ferner ist ein Beschäftigungsrückgang bei hoch verdienenden Angestellten festzustellen, der wahrscheinlich durch die beginnende technologische Umwälzung bedingt ist.

1967 bis 1969 nimmt die Beschäftigung wieder um weit über 100000 zu. Die Zunahme stellt sich im Bereich der unteren Lohn- und Gehaltsklassen stark überproportional dar, wie auch im Bereich der höchsten Gehaltsgruppen.

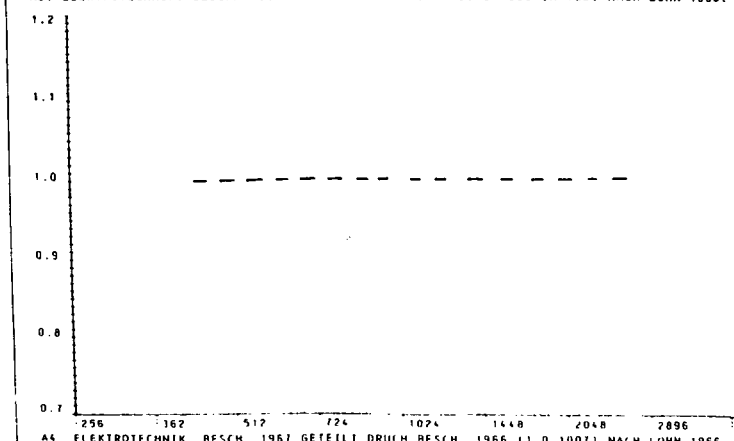
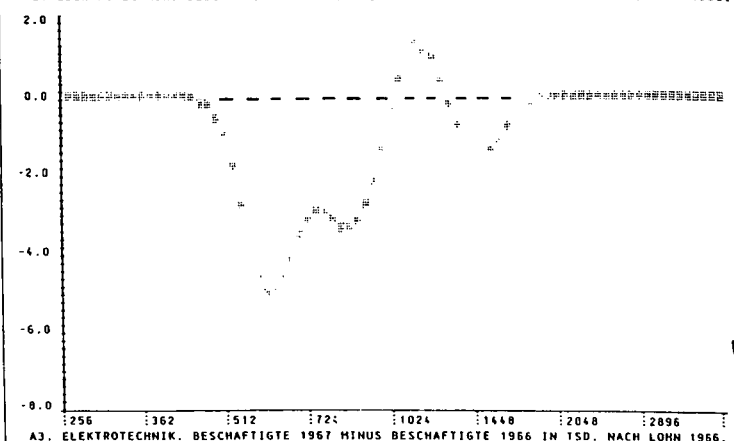
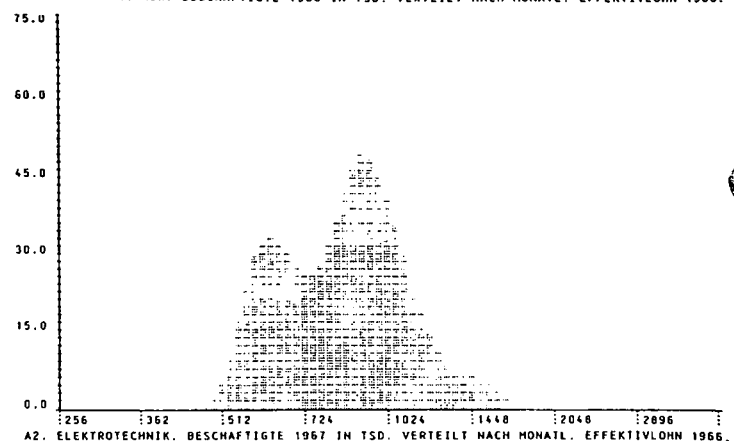
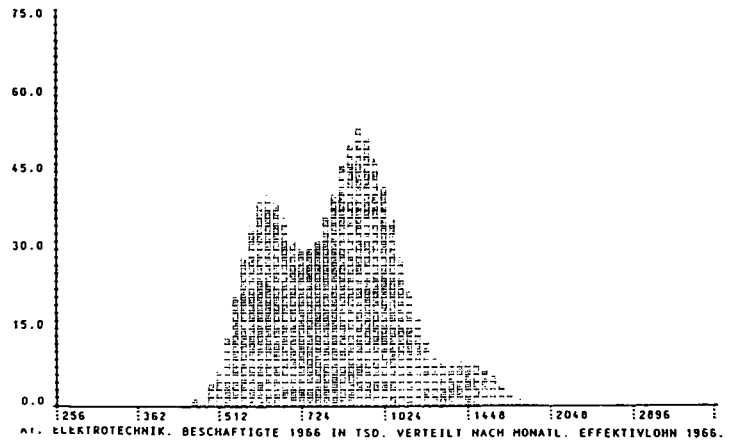
1974 auf 1975 geht die Beschäftigung um nicht ganz 100000 zurück. Wiederum nicht proportional, sondern in der untersten Lohnklasse auf rund 85%, in den höchsten Gehaltsklassen ist jedoch sogar eine Zunahme feststellbar.

Diese Bewegungen sind erklärlich, weil in der hierarchischen Ordnung der Tarife die wertbildende Arbeit, d.h. jene Arbeit, die direkt proportional zu produzierten Stückzahlen anfällt, am niedrigsten gezahlt wird und sowohl Produktionsrückgang wie Rationalisierungen solche Arbeiten am meisten überzählig machen, wie Produktionszunahmen eine starke Nachfrage schaffen.

Die für die Elektroindustrie errechneten Bewegungen lassen sich für die ganze Industrie auch nachweisen; es scheint sich tatsächlich um allgemein feststellbare Erscheinungen zu handeln.

Auf die Verteilung der Lohnsumme wirkt sich der Vorgang ziemlich wahnsinnig aus: Obwohl ein Kapital entläßt, steigt der von ihm pro Beschäftigtenkopf gezahlte Lohn- und Gehaltsdurchschnitt an. Wenn ein Kapital einstellt, so sinkt der Lohndurchschnitt. Denkbar, daß alle Arbeiter und Angestellten, die in Beschäftigung bleiben, Einbußen hinnehmen müssen und dennoch der vom Kapitalisten pro Kopf gezahlte Lohndurchschnitt steigt. Denkbar, daß alle aufgebessert werden und dennoch der gezahlte Lohndurchschnitt sinkt. Abnehmende Beschäftigung führt zu einer Räumung der untersten Tarifgruppen, zunehmende zu einer Aufstockung. Die niedrigst gezahlten Löhne werden wahrscheinlich bei sinkender Beschäftigung fallen, aber das fällt in der Statistik der zusammengefaßten Tarifgruppen gar nicht auf. Dort erscheint sogar ein Steigen der Durchschnittslöhne in den niedrigsten Leistungsklassen gerade dann, wenn die tatsächlich da gezahlten Löhne stark stagnieren oder fallen, denn wenn in einer Leistungsklasse drei oder vier Tarifklassen zusammengefaßt sind, wird innerhalb derselben der gleiche schiefe Effekt wirksam sein, der in der Gesamtverteilung auffällig wird.

## A. Elektrotechnik: Entlassungen 1966 auf 1967



A1. Beschäftigte 1966: 954,2 Tsd.

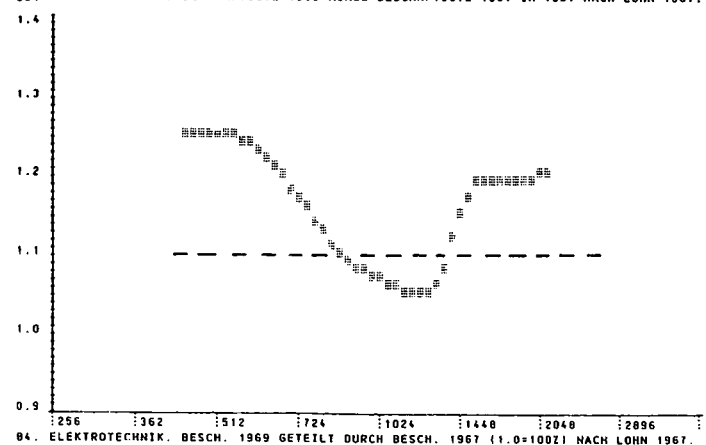
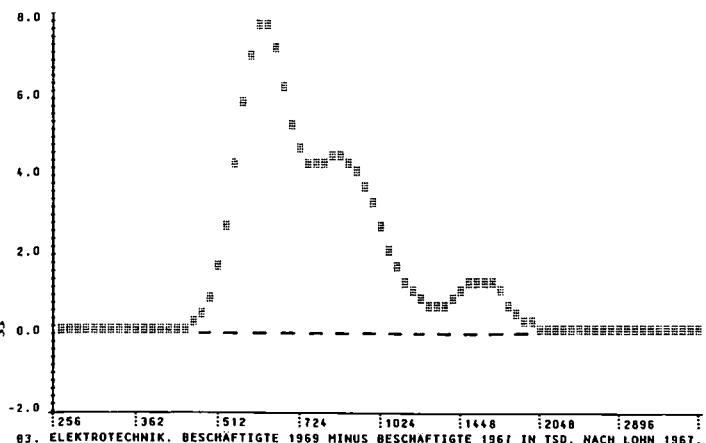
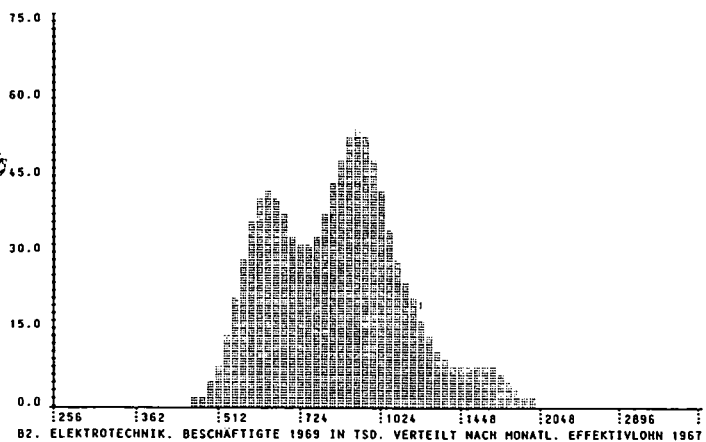
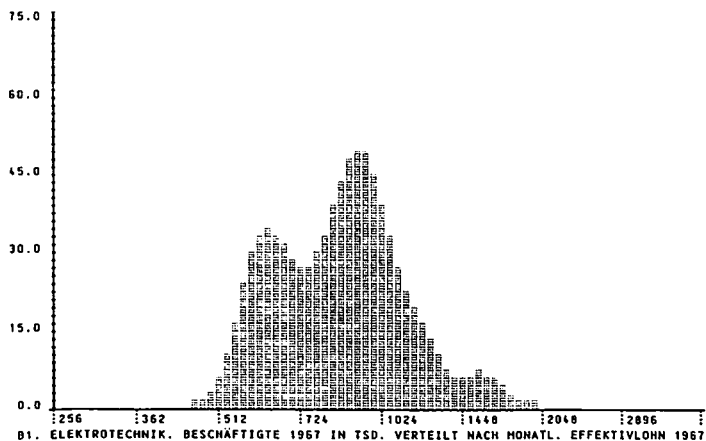
A2. Beschäftigte 1967: 833,3 Tsd. Effektivlohndurchschnitt 1966: 846 DM monatl.; bei Belegung mit den Beschäftigten von 1967 würde der Durchschnitt 1966 liegen auf 853 DM.

A3. Beschäftigte 1967 minus Beschäftigte 1966 = -70,9 Tsd. Gesamt.

A4. Beschäftigte 1967 geteilt durch Besch. 1966 = 0,93 im Durchschnitt.

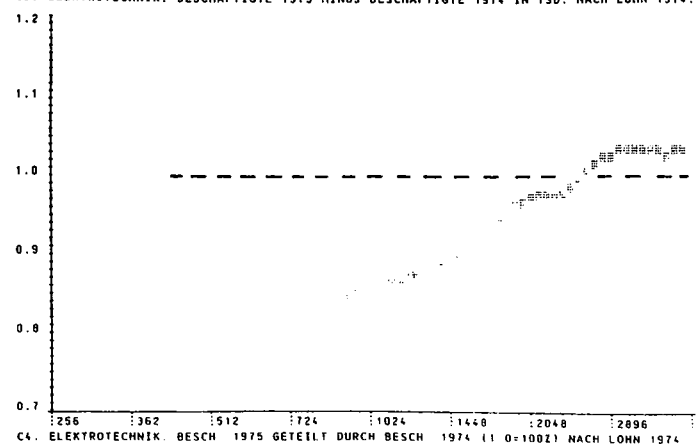
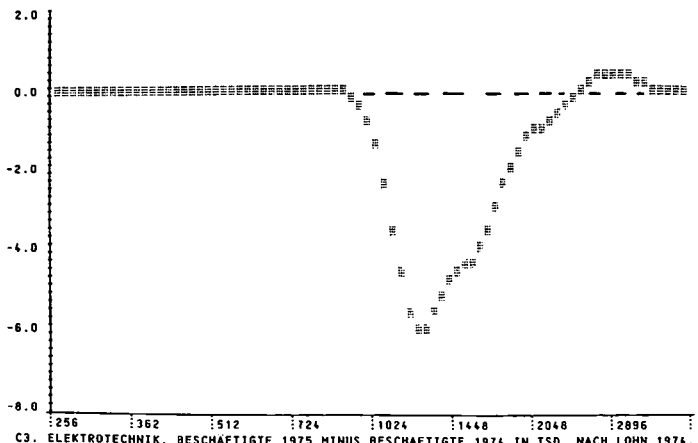
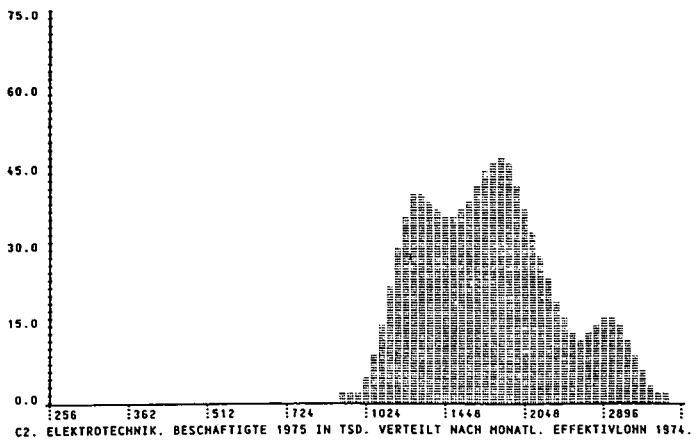
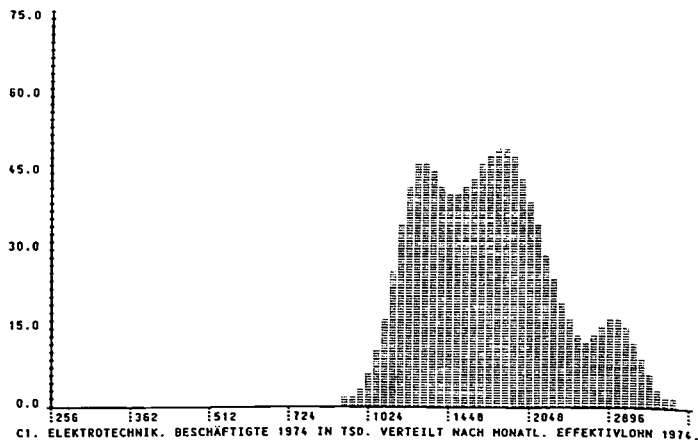


## B. Elektrotechnik: Einstellungen 1967 auf 1969



- B1. Beschäftigte 1967: 833,3 Tsd.  
 B2. Beschäftigte 1969: 1000,9 Tsd. Effektivlohndurchschnitt 1967: 864 DM monatl.; bei Belegung mit Beschäftigten von 1969 würde der Durchschnitt 1967 liegen auf: 855 DM.  
 B3. Beschäftigte 1969 minus Beschäftigte 1967 = 117,6 Tsd. gesamt.  
 B4. Beschäftigte 1969 geteilt durch Besch. 1967 = 1,13 im Durchschnitt.

## C. Elektrotechnik: Entlassungen 1974 auf 1975



- C1. Beschäftigte 1974: 1067,4 Tsd.  
 C2. Beschäftigte 1975: 988,1 Tsd. Effektivlohndurchschnitt 1974: 1740 DM monatl.; bei Belegung mit den Beschäftigten von 1975 würde der Durchschnitt 1974 liegen auf: 1769 DM.  
 C3. Beschäftigte 1975 minus Beschäftigte 1974 = -79,3 Tsd. gesamt.  
 C4. Beschäftigte 1975 geteilt durch Besch. 1974 = 0,93 im Durchschnitt.

## Spanien/Portugal

### Dreiste Einmischungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie

Gegen ihre imperialistischen Konkurrenten in EG und NATO versucht die westdeutsche Finanzbourgeoisie, Spanien und Portugal zu ihrem direkten Einflußgebiet zu machen. Eine CDU-Delegation inspiizierte vor kurzem Portugal: „In Portugal müßten die sozialistisch-marxistischen Prämissen aus dem Grundgesetz gestrichen werden.“ Das „perfektionistische Arbeitsgesetz“ sei zu beseitigen, und „Privatbanken müßten sich wieder niederlassen können“.



## BRD-Rohstoffpolitik

### Auf der Jagd nach Rohstoffquellen rund um die Welt

„Führende Industrienationen sind notwendigerweise die größten Rohstoffverbraucher“, heißt es wie selbstverständlich aus dem Wirtschaftsministerium. Zur „führenden Industrienation“ brachten es die westdeutschen Imperialisten durch Meisterleistungen in der Ausbeutung der Arbeiterklasse in der BRD und

Westberlin. Zu einem der „größten Rohstoffverbraucher“ wurden sie, selbst arm an Rohstoffen, vor allem durch Ausplünderung der Dritten Welt. Dabei untergraben sie rücksichtslos die Existenzbedingungen der Menschheit: Die Vorkommen von  $\frac{1}{3}$  aller Rohstoffe sind innerhalb der nächsten 50 Jahre erschöpft.



## Betäubungsmittelrecht

### „Therapie statt Strafe“ – Höchststrafe jetzt 15 Jahre



„Therapie statt Strafe“ lautet das Schlagwort, mit dem die Bundesregierung das neue Drogenrecht verkaufen will. Tatsächlich wird sich für viele Drogenabhängige die Strafe weiter verschärfen: Die Höchststrafe soll nun von 10 auf 15 Jahre hochgehen, damit erhöht sich auch das Strafmaß für mittelschwere Fälle.

Beispiel: der Mechaniker A.

wurde vom Landgericht Freiburg wegen Handeltreibens zu vier Jahren verurteilt. Bei dem neuen Strafraumen hätte er mit sieben Jahren rechnen müssen. Sein schwerstes Vergehen: Er hatte sich auf ein Gespräch mit einem Kaufinteressenten eingelassen. Der „Interessent“ war der V-Mann Klaus des Landeskriminalamtes.

## Demokratisches Kampuchea

### Vietnamesische Invasoren in Bedrängnis

2½ Jahre nach der vietnamesischen Invasion haben die Truppen des Demokratischen Kampuchea Teile des Landes wieder befreit und operieren auch in den Zentren der Besatzungsmacht. Die Schaffung einer Einheitsfront macht Fortschritte. Was sind die Aussichten des Befreiungskampfes? Wie ist die Lage der vietnamesischen Besatzer und ihrer Marionetten? Welche Fortschritte sind von der kommenden UNO-Konferenz zu Kampuchea zu erwarten?



## Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich – Preis 2,- DM

## Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften

Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:  
Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/ 51 74 57

## Bezugsbedingungen

Politische Berichte: Halbjahresabonnement incl. Versand 29,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 58,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement incl. Versand 40,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 80,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement incl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement incl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/ 51 74 57